



Plenarprotokoll

76. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 21. Januar 1999

Ausgleichsflächen für die Erweiterung des Werkes der Daimler-Benz-Aerospace-Airbus GmbH in Hamburg-Finkenwerder

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1898

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]... 5575
Holger Astrup [SPD]..... 5575

Beschluß: Dringlichkeit verneint..... 5576

Bericht zur politischen Bildung

Landtagsbeschluß vom 26. März 1998
Drucksache 14/1390

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1849

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 5576, 5593
Jürgen Weber [SPD] 5579, 5597
Jost de Jager [CDU]..... 5581, 5595
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5584, 5596
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 5587, 5596

Anke Spoorendonk [SSW]..... 5589
Sabine Schröder [SPD]..... 5592
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 5593
Martin Kayenburg [CDU] 5594

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung 5598

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1882

Klaus-Peter Puls [SPD] 5598, 5615
Klaus Schlie [CDU] 5601
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5603, 5616
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 5606
Anke Spoorendonk [SSW]..... 5609, 5615
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 5612
Thomas Stritzl [CDU] 5614
Hans Siebke [CDU]..... 5616

Beschluß: Annahme 5617

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Anträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/1539 und 14/1575

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/1878

Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	5617
Martin Kayenburg [CDU]	5617
Lothar Hay [SPD]	5620
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5622
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5625, 5633
Anke Spoorendonk [SSW].....	5629
Thomas Stritzl [CDU]	5631
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5632
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5633
Bernd Schröder [SPD].....	5634
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	5635

Beschluß: Ablehnung

Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt Kiel

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1893

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.....	5638
Thorsten Geißler [CDU].....	5641
Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	5644
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5645
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5646
Anke Spoorendonk [SSW].....	5647

Beschluß: Für erledigt erklärt

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1883

Bernd Saxe [SPD]	5648
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	5649
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5650
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5651
Anke Spoorendonk [SSW].....	5653
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	5653

Beschluß: Annahme

Gleichbehandlung der Schularten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1333

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/1871

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1901

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	5655
Jost de Jager [CDU]	5655
Sabine Schröder [SPD].....	5656
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5656
Anke Spoorendonk [SSW].....	5657
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	5657

Beschluß: Annahme

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.
Die Abgeordnete Ursula Kähler hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Frau Abgeordnete, ich darf Ihnen im Namen des Hauses sehr herzlich gratulieren.

(Beifall)

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vor:

Ausgleichsflächen für die Erweiterung des Werkes der Daimler-Benz-Aerospace-Airbus GmbH in Hamburg-Finkenwerder

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1898

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Frau Abgeordnete Todsens-Reese.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Schlagzeilen von gestern haben uns alle aufgeschreckt: „Airbus und Löffelente auf Kollisionskurs“, „Scheitert der Airbus am Naturschutz?“ und vergleichbare Schlagzeilen und Pressemitteilung vom BUND und vom Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Realisierung eines der größten europäischen Industrieprojekte, der Bau des Airbus in Hamburg-Finkenwerder, steht offensichtlich auf dem Spiel. Wir alle müssen nach meiner Meinung ein Interesse daran haben, heute - auch angesichts der Zeitenge - etwas über dieses Projekt sowie darüber zu erfahren, wie der Stand der Dinge ist. Darum haben wir uns entschieden, diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen und die Ministerpräsidentin zu bitten, uns noch heute über den Sachstand und die Konsequenzen zu berichten. Wenn man weiß, daß die DASA und Hamburg noch in diesem Frühjahr mit dem ganzen Verfahren fertig sein müssen, wenn der Standort Hamburg nach wie vor eine ernsthafte Chance haben soll, wenn im Februar die Verfahren in die Anhörung gehen, dann ist es einfach entscheidend, daß wir gemeinsam alles tun,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht erst einmal um die Begründung der Dringlichkeit!)

- genau das versuche ich zu begründen, Frau Fröhlich, vielleicht hören Sie einfach zu - das in dieser Zeitnot heute zu erfahren. Wir machen Ihnen ein Angebot, weil wir das Projekt nicht gefährden wollen - damit das ganz klar ist -: Vielleicht können wir uns darauf verständigen - wenn es für Sie wichtig ist -, daß wir dieses Thema heute in einer internen Sondersitzung des Umweltausschusses in der Mittagspause behandeln.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut!)

Entscheidend ist, daß wir dies heute noch gemeinsam beraten und Informationen über das hinaus bekommen, was uns gestern als Kabinettsbeschlußlage vorgelegt worden ist. Darum möchte ich Sie ganz herzlich bitten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Das Wort hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich habe Zeitung gelesen, Frau Todsens,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

und habe das, was Sie hier kritisieren, allerdings bereits gestern im Parlament gelesen - wenn ich mich recht erinnere, gestern morgen im „Pressespiegel“. Gestern mittag hat meines Wissens der Umweltausschuß getagt,

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

in dem - so glaube ich - kein einziger Satz zu diesem Thema gefallen ist.

Ich kritisiere nicht, daß ein Dringlichkeitsantrag gestellt wird - wie sollte ich auch, er hat mich um 9:45 Uhr, vor exakt 20 Minuten, erreicht. Sie erwarten eine Stellungnahme zu einem höchst komplizierten Thema - wie wir gemeinsam wissen - auf der Grundlage der Zeitungslektüre. Ich halte das für unverantwortlich.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Ich bitte Sie, diesen Antrag formal für das Februar-Plenum einzureichen. Es gibt überhaupt keine Veranlassung, nicht darüber zu reden, denn in der Februar-Tagung wird eine Stellungnahme der EU vorliegen. Wir haben dann auch eine Faktenlage, über die es sich zu reden lohnt. Auf der Grundlage von Zeitungsberichten jeden Morgen einen neuen Dringlichkeitsantrag zu stellen, halten wir nicht für besonders klug. Wir verneinen die Dringlichkeit.

(Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Der Landtag muß aktuell sein!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Sie wissen, daß eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Wer die Dringlichkeit bejahen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Dringlichkeit ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. verneint.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe mit der CDU und der F.D.P. gestimmt! - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist in Ordnung!)

- Haben Sie mit der CDU und der F.D.P. gestimmt?

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Die Dringlichkeit ist also verneint - einschließlich der Stimme der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay, die die Dringlichkeit ebenfalls bejaht hat.

Meine Damen und Herren, ich begrüße auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher des Kulturkreises Tarp und der Realschule Schenefeld. Ich hoffe, sie sind beide schon da. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Bericht zur politischen Bildung

Landtagsbeschluß vom 26. März 1998

Drucksache 14/1390

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1849

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Interesse an **Politik** und politischer **Bildung** ist nicht naturgegeben. Es hängt von großen Themen und von Kontroversen, von Anstößen und von immer wieder neuer Bejahung demokratischer Spielregeln und Verhaltensweisen ab. Die demokratische pluralistische Gesellschaft braucht Anstöße und Erneuerung, nicht nur weil die Welt nicht stehenbleibt, sondern auch, weil sie von unterschiedlichen **Wertvorstellungen**, von Meinungen und Ideen lebt.

Überzeugungen, Meinungen, Wertvorstellungen, Werthaltungen können und dürfen nicht verordnet werden. Es sind die Tradition der Aufklärung, die Ideen der demokratischen, der liberalen Freiheitsbewegungen und die christlichen und humanistischen Wertvorstellungen, die unsere Gesellschaft im Kern begründen und die uns auffordern, uns des eigenen Verstandes zu bedienen und eigene Entscheidungen zu fällen.

Zu unserer demokratischen **Gesellschaft** gehören deshalb Auseinandersetzungen und **Konflikte**. Dies glaubwürdig zu vermitteln - auch im Parlament und auch als Parlament etwa gegenüber unseren jugendlichen Besucherinnen und Besuchern -, ist unsere Aufgabe. Dennoch muß es auch in der pluralistischen Demokratie ein Mindestmaß an Übereinstimmung geben, einen **Konsens** über Ziele, Verfahren und Grundwerte.

Politische Bildung hat nach meiner Überzeugung zwei Aufgaben: Zum einen die Auseinandersetzung und Standortbestimmung und zum anderen die Zusammenführung und Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung sowie Befähigung zum politischen Handeln.

Das Landeshaus - der Landtag - ist ein Ort politischer Bildung. Er ist und muß auch immer wieder Gegenstand und Anlaß sein. Aber derzeit ist das Landeshaus ein Ort politischer Bildung schlechthin.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den letzten 13 Tagen - das waren die Zahlen von gestern abend - haben 7.600 Menschen,

(Zurufe von SPD und SSW: 17.000!)

- also knapp 18.000 Menschen - junge, alte, einzeln, in Gruppen - die **Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“** besucht.

Diese erstaunliche Resonanz ist für mich Beleg für zweierlei: Hier wird zielgenau und trotz unterschiedlicher Bewertung ein Bedarf an Reflexion getroffen. Durch die öffentliche Kontroverse, meine Herren und Damen von der CDU, ist dieser Bedarf nur gestärkt worden. Dies bleibt festzuhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Es zeigt sich hier im übrigen exemplarisch, was sich durch den Bericht zur politischen Bildung insgesamt als roter Faden zieht: Die Qualität dieses hervorragenden Begleitprogramms und das Engagement der Einrichtung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Nur stellvertretend nenne ich die Volkshochschulen, den Landesverband, aber viele einzelne Volkshochschulen, auch die Arbeit des Instituts für Praxis und Theorie der Schule, das Lehrkräfte aller Schularten intensiv vorbereitet und Material zur Verfügung gestellt hat. Ich nenne die Kirchen, ich nenne die parteinahen Stiftungen, viele, die sich hier engagiert haben und engagieren und denen ich Dank sage.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ein Zweites belegt diese Resonanz. Wer glaubt, es gebe ein Desinteresse, einen Überdruß an der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, der wird hiermit wahrlich eines Besseren belehrt.

(Beifall bei der SPD)

Zugleich wird für mich auch klar: Es kommt auf die Form an, auf die Art der Begegnung, die Art der Vermittlung, auf Authentizität, aber auch auf Emotionalität - gerade bei diesem Thema. Deswegen gibt die aktuelle Situation auch Anlaß, auf der Grundlage des jetzt vorgelegten Berichts die Leistungen der Schule als politische Grundbildungsstätte für alle zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein Stück zu bilanzieren.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Viele von uns, die der Generation angehören, die hier gewissermaßen den Altersdurchschnitt bildet - da beziehe mich ein -, haben sehr gemischte Erfahrungen mit diesem Thema in ihrer eigenen Schulzeit gemacht. Da gab es die Lehrer, die bizarre Geschichten aus ihrer eigenen Wehrmachterfahrung erzählten, es gab Lehrkräfte, die das Thema ganz und gar verdrängten oder merkwürdig schweigsam wurden, wenn sie darauf angesprochen wurden, und rückblickend betrachtet waren vielleicht gerade die Schweigsamen diejenigen, die sich dem Thema verweigerten, weil sie sich vor der Verarbeitung ihrer eigenen grausamen Kriegserfahrungen gefürchtet haben. In den Familien - einschließlich meiner eigenen Familie - war es oft nicht anders.

Oft fehlte also die Auseinandersetzung mit dem **Nationalsozialismus** in den **Schulen** gänzlich. Empirische Umfragen aus dieser Zeit ergeben nicht selten einen erschreckenden Mangel an Wissen über diese Zeit. Teils wurde die Epoche des Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht aus Zeitgründen gar nicht mehr erreicht, teils wurde sie eher cursorisch und anhand nüchterner Daten und Fakten behandelt.

Ich finde, wir können gemeinsam stolz darauf sein, daß sich dies auch in Schleswig-Holstein gründlich gewandelt hat. Die Lehrpläne weisen für das Fach Geschichte in allen Schularten das Thema Nationalsozialismus als verbindlich aus, speziell die Themen „Alltag im Nationalsozialismus“, „Judenverfolgung und Holocaust“, „Rassismus“ und „Antisemitismus“.

Der Unterricht soll sich an der Aufarbeitung von Alltagsgeschichte orientieren, um den Schülerinnen

und Schülern einen unmittelbaren, einen persönlichen Zugang zu dieser Epoche zu ermöglichen, zum Beispiel durch Biographien oder das Befragen von Zeitzeugen. Dabei kann es weder um eine moralisierende Aneignung noch um eine distanzierte und nüchtern informierende Betrachtung des Nationalsozialismus gehen. Nationalsozialismus ist ein spezifisch deutsches Erbe, das nicht zuletzt seine Wurzeln in der Mißachtung und Zerstörung von Recht, von Freiheit und von Menschenwürde und in der persönlichen Bereitschaft zur Unterordnung und zur kritiklosen Mitwirkung hat.

Deshalb heißt für mich **Erziehung und Bildung** nach Auschwitz nicht nur Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Krieg und Gewaltherrschaft, sondern Bildung und Erziehung nach Auschwitz heißt: Erziehung zur **Mündigkeit**,

(Beifall bei der SPD)

zur **Toleranz** und zur **Teilhabe** am gesellschaftlichen und politischen Leben. Dies sind die Zielsetzungen und Orientierungen, die nationalen und totalitären Ideen und Orientierungen, Ideologien aller Art diametral entgegenstehen, entgegenwirken und entgegenwirken müssen.

Aus der Aufklärung und aus der Erinnerung leitet sich also Erziehung zur Mündigkeit ab. Deshalb ist es so gefährlich, wenn öffentlich so mißverständlich über das Erinnern an den Holocaust geredet wird, wie es nach meiner Einschätzung Martin Walser getan hat,

(Beifall bei der SPD)

dann etwa, wenn in diesem Zusammenhang von „Lippengebete“, von „Einschüchterungsroutine“ oder „Moralkeule“ gesprochen wird - diese Begriffe sind wörtlich so gefallen -, weil daraus zu leicht der Schluß mit dem Schlußstrich abgeleitet werden kann. Ignatz Bubis, der ja heute hier im Landeshaus sein wird, hat dies in meinen Augen sehr zutreffend in seinem Gespräch mit Martin Walser in der „FAZ“ zusammengefaßt - ich zitiere -:

„Ich muß dabei bleiben, daß durch die Wirkung Ihrer Rede in der Öffentlichkeit Sie anderen ein Tor geöffnet haben. Das war nicht Ihre Absicht, aber Sie haben das Tor öff-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

net.“

(Beifall bei der SPD)

Wachsam zu sein also, sich auseinanderzusetzen, sich auseinandersetzen zu können mit totalitären, extremistischen Ideen, Wertvorstellungen, Orientierungen - auch heute -, dazu sollen junge Menschen durch Unterricht, durch politische Bildung befähigt werden. Das geschieht in diesem Land an den **Schulen**, aber auch in der **außerschulischen Jugendbildung und Erwachsenenarbeit**. Das ist gut und richtig so und bedarf der nachhaltigen weiteren Unterstützung. Ich ermuntere alle Schulen und Bildungseinrichtungen ausdrücklich dazu.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverantwortung, Toleranz, Mündigkeit und Beteiligung können aber nicht allein Gegenstand von Unterricht sein; sie müssen auch geübt und erprobt werden. Es muß Möglichkeiten der Mitgestaltung des eigenen Lebens- und Erfahrungsraums geben. Zur **Stärkung der politischen Grundbildung** in den **Schulen** ist in den vergangenen Jahren vieles geleistet worden: etwa die Einführung des Pflichtfaches Wirtschaft/Politik in der gymnasialen Oberstufe, die neuen Lehrpläne mit ihrer generellen Verstärkung politischer Bildung in den unterschiedlichen Fächerzusammenhängen und die beträchtlichen Leistungen des Instituts für Praxis und Theorie der Schule, das in kurzer Zeit über 200 Lehrkräfte für das neue Fach qualifiziert hat sowie auch vielfältige Angebote zur intensiven Auseinandersetzung mit den verschiedensten Facetten politischer Bildung macht.

(Beifall bei der SPD)

Schule ist aber nach meinem Verständnis nicht mehr allein eine Bildungsanstalt, sondern sie ist Lebens- und Erfahrungsraum für demokratisches Lernen und für demokratische Grundsätze. Dazu gehörte eben die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz. Dazu gehört die Stärkung der schulischen Eigenverantwortung

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und auch die Beteiligung an der Unterrichtsgestaltung. Das sind Bausteine von **Mitgestaltung**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manches deutet ja darauf hin, daß die Gestaltungsmöglichkeiten von Politik im Zeitalter von Weltmärkten und zusammenwachsendem Europa schwinden. Der Soziologe Ulrich Beck hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß **Systemveränderung** einen neuen Namen habe; sie heiße **Globalisierung**. Der Unterschied bestehe darin, daß sich diese Systemveränderung der Politik entziehe. Kein Zweifel - es gibt eine Tendenz zu rein ökonomischen Sphären, die sich der Politik verschließen. Unverkennbar sind auch Tendenzen, für

politische Lähmung den demokratischen Staat und seine Errungenschaften verantwortlich zu machen.

Aber ich meine, es gibt zugleich auch neue Felder von Politik, die nicht zuletzt von einer an Beteiligung und Mitgestaltung orientierten politischen Bildung erschlossen werden können. Steigert nicht auch die Globalisierung zugleich die Bedeutung der Kenntnis anderer Gesellschaften und Kulturen, und steigert sie nicht auch Toleranz und kommunikative Kompetenz? Ich finde, wir tun gut daran, insbesondere jungen Menschen auch die Chancen, die in einer solchen Globalisierung liegen, zu vermitteln. Welch eine Chance ist es zum Beispiel, wenn junge Menschen weltweit über die Netze miteinander kommunizieren und voneinander lernen können! Dies sollten wir unterstützen und positiv vermitteln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, ich möchte Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, ich sehe natürlich, daß hier die rote Lampe blinkt. Ich komme in Kürze zum Ende. Aber dies ist ein Thema, bei dem zehn Minuten wirklich sehr knapp kalkuliert sind.

Gewinnen nicht - -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin!

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ja, Herr Präsident, ich bemühe mich.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nehmen Sie mir bitte den Einwurf nicht übel, aber die Frage, wie lange ein solches Thema diskutiert wird, -

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Das wird im Ältestenrat festgelegt, das weiß ich, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

- wird im Ältestenrat festgelegt, und die Regierung hat zehn Minuten Redezeit beantragt.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Das weiß ich;

(Jost de Jager [CDU]: Das sollte die ehemalige Präsidentin wissen!)

ich möchte mich auch nicht auf die Paragraphen der Geschäftsordnung berufen, sondern nur sagen, daß ich in Kürze zum Ende kommen werde.

(Jost de Jager [CDU]: Die Anmerkung des Präsidenten war auch ein Beitrag zur politischen Bildung!)

Landesregierung und Landtag haben in den vergangenen Jahren wichtige und vielfältige Schritte getan, um neue Möglichkeiten der Beteiligung und Mitgestaltung zu eröffnen: die **plebiszitären Elemente**, die Reformen an Schulen und Hochschulen und nicht zuletzt das Wahlalter von 16 Jahren, das im übrigen bei der ersten Kommunalwahl, bei der es angewandt wurde, doch zu einer unerwartet hohen Beteiligung der jungen Menschen geführt hat, und ähnliches.

Der Bericht zur politischen Bildung und meine Rede heute dazu konnten nicht so umfassend sein, wie es beim ersten Mal - mit umfangreichen Statistiken - der Fall war. Dies ist wohl auch von allen akzeptiert worden. Die politische Bildung hatte in der Vergangenheit den Ruf, viele Ressourcen zu binden. Das ist hier auch oft kritisch diskutiert worden.

Der vorliegende Bericht zeigt - dies soll jetzt meine letzte Bemerkung sein - eines: Befähigung zur Demokratie, Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen, von der Agenda 21 bis zu den Entwicklungen im Ostseeraum - das sind Beiträge, die politische Bildung zur Entwicklung unseres Landes leistet. Deshalb bedarf sie weiterhin unserer nachhaltigen Unterstützung, denn sie ist für die Demokratie überlebensnotwendig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einigkeit herrscht, wie ich glaube, sicherlich über den hauptsächlichen Auftrag für **politische Bildung**, nämlich die Grundelemente unseres demokratischen

Rechtsstaates einsichtig, nachvollziehbar und erlernbar zu machen, das Wissen über die Entstehung und den Ablauf politischer Prozesse zu vermitteln, die Alltagswirklichkeit der Politik zu transportieren sowie die Einstellungen zu fördern - so darf ich es einmal sagen -, die die Teilhabe am demokratischen Prozeß akzeptieren und für sich selbst befördern.

Über die Herausforderungen, die konkreten Aufgaben, Ziele und Organisationsformen politischer Bildungsarbeit läßt sich wohlfeil streiten. Das sollten wir in diesem Parlament auch tun. Dabei möchte darauf hinweisen, daß nicht der politische Streit als solcher, aber die Streitkultur in der Politik über die Politik selbst Bestandteil und Anschauungsgegenstand der politischen Bildung ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das sollten wir uns hier im Hohen Hause im Rahmen dieser Debatte hinter die Ohren schreiben; denn wir sind nicht nur Handelnde, sondern auch zu Behandelnde in der Frage der politischen Bildung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Und daraus müssen sich dann auch einige Konsequenzen ableiten lassen.

Ich teile die Auffassung in dem Bericht der Landesregierung, daß man die politische Bildung auf den Bereich des **organisierten Lernens** konzentrieren soll und sie von bloßer **politischer Information** abgrenzen muß. Es ist allerdings ein Trugschluß zu glauben, das politische Lernen lasse sich auf die Bereiche beschränken, die wir uns für die zu Bildenden ausdenken.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist wahr!)

Ich will ein ganz aktuelles Beispiel sagen. Politische Bildung vom Feinsten liefert meines Erachtens der CDU-Landesverband mit seinem Beschluß, die Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Denn diese Kampagne ruft sowohl eine kontroverse Debatte hervor, als sie auch - dialektisch betrachtet allerdings in Verkehrung der Motive der Initiatoren - Humanisierungseffekte in unserer Gesellschaft freisetzt und dabei - wenn sie möglichst wenig Schaden

(Jürgen Weber)

anrichtet - auch nötige und sinnvolle Lerneffekte hervorbringen kann. Also, auch das ist politische Bildung. Und was lernen wir daraus? Es gibt eine politische Bildung, die sich nicht in Berichten wiederfindet. Was in solchen Berichten steht, kann immer nur ein kleiner Ausschnitt der individuellen gesellschaftlichen und politischen Bildungs- und Lernprozesse sein.

Diese Vorbemerkung soll natürlich das Lob über den vorliegenden **Bericht** zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein nicht schmälern. Ich glaube, es war richtig, daß wir gemeinsam beschlossen haben, in jeder Legislaturperiode einen solchen Bericht zu erhalten und zu diskutieren. **Aktualisierung** tut in der Tat not.

Ich möchte auf die umfassende Zusammenstellung en détail nicht eingehen, sondern nur ein paar Punkte hervorheben, die vertieft im Ausschuß zu beraten es lohnt.

Ich nenne als erstes die immer wieder hervorgehobene These vom **politischen Desinteresse** junger Menschen. Diese These stellt - um es vorsichtig zu sagen - eine starke Verkürzung dar. In der Tat wird man feststellen können - dafür liefert der Bericht spannende Beispiele -, daß diese Abstinenz beziehungsweise dieses Desinteresse nur zum Teil mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Diese These ist nur dann zu rechtfertigen, wenn wir sozusagen erkennen, daß der Selbstanspruch der etablierten Politik, nämlich zu kenntnisorientierten Lösungen zu kommen, tatsächlich zutrifft. Je weiter wir uns von diesen Zielen entfernen, desto weniger wird diese Form der Politik von den jungen Leuten goutiert werden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man könnte sicherlich noch einiges zum Thema der beständigen geistigen Deregulierung im politischen Bereich sagen, über die Austauschbarkeit von Formeln, die nicht dazu Anlaß geben, für mehr diskursive Formen politischer Bildung und Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft zu sorgen.

Ich will das in der Kürze der Zeit nicht im Detail ausführen. Ich möchte vielmehr zu einem zweiten Punkt kommen, der mir wichtig scheint. Auch dafür gibt der Bericht hilfreiche Hinweise. Er hebt nämlich deutlich hervor, daß politische Bildung am effektivsten durch - wie man neudeutsch sagt - **learning by doing** geschieht.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Der Kollege Hay klatscht; er hat's verstanden. Das ist gut.

(Heiterkeit und Beifall)

Der beste Weg, jenseits des normalen und regulären Unterrichts politische Bildung an den Schulen zu treiben, ist, die jungen Menschen so früh wie möglich und

dem Alter jeweils angepaßt an die Teilnahme an der Verantwortung heranzuführen. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen. Die Frau Ministerin ist darauf eingegangen. Ich nenne das neue Schulgesetz, die Lehrpläne und auch die Frage des Wahlalters mit 16 Jahren. Ich gebe unumwunden zu, daß ich zunächst auch zu denen gehört habe, die persönlich sehr lange skeptisch gewesen sind, was den Sinn, die Bedeutung und die Konsequenzen der **Senkung des Wahlalters** auf 16 Jahren angeht. Aber schauen wir uns doch einmal an, was daraus jetzt schon erwachsen ist. Der Bericht nennt einige vorbildliche Aktivitäten wie zum Beispiel „Jetzt frei ab 16“ des Landesjugendrings oder die „Nutze dein Recht“-Kampagne der Landeschülervertretung und das Projekt der Stadt Neumünster. Das sind hervorragende Beispiele für ein selbstorganisiertes politisches Lernen der jungen Menschen. Das sollten wir loben, und wir sollten sagen, es war richtig, bei den Kommunalwahlen auf das Wahlalter 16 Jahre zu gehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es lohnt sich auch - glaube ich -, einen dritten Punkt dieses Berichts einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Deswegen erwähne ich das hier ebenfalls besonders. Ich meine das **freiwillige soziale Jahr** und das **freiwillige ökologische Jahr**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Hier verbinden sich in hervorragender Weise freiwillige, gemeinnützige Tätigkeiten, die Schulung in Fragen sozialer und ökologischer Zusammenhänge, das Lernen von Zusammenhängen sozialer und ökologischer Beziehungen sowie das Lernen von Kooperation in Verbindung mit beruflicher Vorbereitung und die Orientierung an verantwortungsbewußtem Handeln. Das alles sind Dinge, die es auszubauen gilt, und das sollten wir auch tun. Denn es ist kein reines Bildungsthema, sondern es ist vor allem ein gesellschaftliches Thema, das wir uns gemeinsam weiterhin auf die Fahnen schreiben sollten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, für etwas sehr Traditionelles eine Lanze zu brechen.

(Jürgen Weber)

Das ist ein Plädoyer für die alteingesessenen traditionellen, klassischen **Einrichtungen politischer Bildung**.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Zurufe von der CDU)

Ich glaube, daß wir mit Einrichtungen wie der Hermann-Ehlers-Akademie, der Heinemann-Bildungsstätte, den Volkshochschulen sowie den Bildungsstätten, die sich jetzt neu profilieren, einen Fels der politischen Bildung in der Brandung von Beliebtheit, die wir in unserer Gesellschaft empfinden, haben, den es zu stützen gilt. Und ich sage deutlich: In der Gesamtheit darf dieses Stück politischer Bildungsarbeit nicht „handlungsunfähiggespart“ werden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Zur Bedeutung der Geschichte und der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Rahmen der politischen Bildung hat die Ministerin einiges gesagt. Ich will deswegen diesen Teil beiseite lassen. Ich möchte jedoch deutlich machen, daß wir in diesem Lande auch in diesem Bereich eine große Vielfalt von **Geschichtswerkstätten** bis hin zu **Ausstellungen** haben, wie sie beispielsweise Admiral Feldt nach Kiel geholt hat. Da gibt es ein breites Feld verschiedener Träger und Interessenten, die Mosaiksteine bei der Aufarbeitung der politischen Vergangenheit sind.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, das ist auch ein Stück politischer Bildung, das wir positiv vermerken sollten und das es auszubauen gilt.

Ich komme zum Schluß und möchte für die Diskussion ein paar Punkte benennen, die ich als Herausforderung an die politische Bildung bezeichnen möchte. Ich glaube, es sind Punkte, die es im Ausschuß zu vertiefen lohnt und die jetzt nur sehr allgemein formuliert werden können. Es sind Herausforderungen verschiedener Art, die wir an uns zu richten haben und die an die politische Bildung zu formulieren sind.

Ich nenne die Herausforderung, die **Mechanismen politischer Herrschaft** durchschaubar und kontrollierbar zu machen: das Erkennen, daß Politik eine Verknüpfung von Kulturtechniken, von Interessenvertretungen, Ideologien und auch von sehr persönlichen Lebensverhältnissen ist, die Verfolgung des Anspruchs, den Kopf auch für Neues, für Ungedachtes freizubekommen, die Ermunterung, sich einzumischen, bis hin auch zu sinnvollen politischen Formen von Ungehorsam,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

das Einüben ziviler Formen des Konfliktaustragens und nicht zuletzt natürlich die Erkenntnis, daß Autonomie

und Mündigkeit nur in demokratischen Gesellschaften zu haben sind und daß es einen Orientierungsfaden von Freiheitsrechten gibt, wie sie in westlichen Demokratien entwickelt sind, die das Grundelement von politischer Bildung bieten müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich noch einen Punkt als Klammersatz hinzufügen. Ich bin überzeugt, daß die politische Bildung sich einem reinen Utilitarismus entzieht. Wer glaubt, Zwecke und meßbare Erfolge vorgeben zu können und vorgeben zu sollen, wird eine lebendige politische Bildung nicht erreichen. Dort ist Flexibilität und Offenheit angebracht und angesagt.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Das Thema der politischen Bildung ist nicht nur die Vergangenheit, es ist die Zukunft, es ist die Hinwendung zur zukünftigen Risikogesellschaft. Ulrich Beck ist schon zitiert worden, ich will das hier nicht weiter ausführen.

Lassen Sie mich den letzten Satz so formulieren: Bemühen wir uns, bei allen kontroversen Auffassungen im einzelnen selbst weniger Teil des Problems zu sein, sondern dafür mehr für die politische Bildung zu tun, und zwar in erster Linie durch unser Handeln als Politiker, als gewählte Repräsentanten im Lande.

(Ursula Röper [CDU]: Da gibt es viel zu tun!)

Ansonsten sehen wir uns zur Diskussion im Ausschuß wieder. Ich denke, wir haben spannendes Grundlagematerial.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun wird diese Debatte selbst zu einem Teil der politischen

(Jost de Jager)

Bildung. Wir haben einiges gelernt. Wir haben gelernt, daß der Ältestenrat die Redezeiten festlegt,

(Ingrid Franzen [SPD]: Das wußten wir schon, das ist nicht neu!)

und wir haben gelernt, daß sich auch Ministerinnen an die Redezeit halten müssen. Das ist auch gut so, daß sie nicht einfach überziehen können, denn, Frau Erdsiek-Rave, Sie hätten gar kein Problem mit Ihrer Redezeit gehabt, wenn Sie sich wirklich auf das beschränkt hätten, was in diesem **Bericht zur politischen Bildung** steht.

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie diesen Bericht - ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir zuhören würden, auch Sie, Herr Kollege Astrup - zu einer Debatte über die Ausstellung, die draußen vor der Tür stattfindet, instrumentalisiert haben, das werfen wir Ihnen vor. Das ist nicht lauter, und das ist nicht richtig!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Diskussionen müssen eigentlich an anderer Stelle geführt werden. Ich will der Versuchung nicht widerstehen und auch ein wenig zu dem sagen, was Sie hier angeführt haben.

Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie sagen, daß es bei solchen **Ausstellungen** wie der draußen vor der Tür auch um **Emotionalität** geht, dann bezweifle ich das. Wenn wir hier über politische Bildung reden, dann ist genau die Ausstellung da draußen haargenau einer der problematischen Punkte. Denn daß diese Ausstellung - emotional wie sie angelegt ist -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist sie ja gar nicht! Quatsch! - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

wirklich den Ansprüchen historisch-politischer Bildung genügt, bezweifle ich. Diese Ausstellung da draußen politisiert und pauschalisiert, und das ist nicht das, was politische Bildung machen soll. Die Methode ist bedenklich, denn sie will schockieren und nicht differenzieren, und das dient eher der Politik und der politischen Propaganda als der politischen Bildung. Lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch folgendes hinzufügen - denn das gehört mit zu dem Gesamtgefüge, wenn wir über diese Ausstellung reden -: Es ist ja schön und gut, daß wir diese Ausstellung hier im Landeshaus haben. Es ist aber ein Skandal, daß gleichzeitig die Ausstellung „50 Jahre Grundgesetz“ vom Haus der Geschichte, die auch hier im Landeshaus gezeigt werden sollte, wegen angeblicher Umbauarbeiten ausgelassen wird. Das ist nicht mehr in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu dem Bericht kommen. Ein **Bericht zur politischen Bildung** ist etwas anderes als ein Be-

richt über die Bildungspolitik der Regierung. Diese Unterscheidung ist im vorliegenden Bericht nicht so recht zu erkennen. Da finden sich seitenweise Ausführungen über schulpolitische Vorhaben und Aktivitäten des Bildungsministeriums, und so recht ist der Bezug zur politischen Bildung nicht zu erkennen.

(Lothar Hay [SPD]: Was für einen Begriff von politischer Bildung haben Sie überhaupt?)

So erfahren wir viel über Kunst und Kultur und über die Agenda 21 und vielerlei mehr. Der Bericht soll uns glauben machen, daß das Schulgesetz ein fulminanter Beitrag zur politischen Bildung in diesem Lande gewesen sein soll. Die Drittelparität und das Erarbeiten eines Schulprogramms sind danach Maßnahmen zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen in diesem Lande. Wenn Sie allerdings das Schulgesetz als einen Beitrag zur politischen Bildung anführen, Frau Erdsiek-Rave, dann dürfen Sie auch nicht die 30.000 Unterschriften von Eltern gegen das Schulgesetz unterschlagen. Auch das war nach Ihrer eigenen Logik ein Beitrag zur politischen Bildung - so wie wir als Union ja ohnehin der Auffassung sind, daß Unterschriftensammlungen ein geeignetes Mittel darstellen, um die unveröffentlichte öffentliche Meinung deutlich zu machen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die eben genannten Beispiele zeigen den Mangel des Berichts auf. Es fehlt ihm an Trennschärfe, an Trennschärfe zwischen **politischer Bildung** auf der einen Seite und **politischer Beteiligung** auf der anderen Seite. Frau Erdsiek-Rave, das sind in der Tat zwei unterschiedliche Dinge. Denn indem ich Kinder und Jugendliche an bestimmten Entscheidungen beteilige, bilde ich sie noch lange nicht zwangsweise auch politisch in Form der politischen Bildung und in Form der politischen Ausbildung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist weder demokratisch noch pädagogisch korrekt!)

Frau Erdsiek-Rave, die politische Bildung hat eigentlich auch einen anderen Ansatz. Sie will die Grundlagen unseres freiheitlich-demokratischen Staatsgefüges vermitteln, zum Verständnis der politischen Welt,

(Jost de Jager)

in der wir leben, beitragen, Toleranz und Staatsbürgerlichkeit einüben und Jugendliche wie Erwachsene gegenüber politischem Extremismus von links und rechts immunisieren. Dazu bedarf es unter anderem eines **Angebots an außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung**. Hier verschweigt der Bericht - man kann sich ja denken, naheliegenderweise - Entwicklungen, die uns in der Tat interessieren und besorgt machen sollten.

So ist nach der Lektüre dieses Berichts festzustellen, daß das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz für den Bereich der politischen Bildung vollkommen irrelevant ist. Es ist überhaupt irrelevant. Es ist darüber hinaus festzustellen, daß Sie sich in sträflicher Weise der Verantwortung für die **Finanzierung** von Bildungsstätten und Organisationen der politischen Bildung entziehen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Stimmt doch gar nicht! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was dieser Bericht nicht erwähnt, ist, daß Sie mit dem Haushaltsjahr 1997 die Förderung zum Beispiel folgender Organisationen der politischen Bildung eingestellt haben:

- die Förderung der Arbeitsgemeinschaft „Staat und Gesellschaft“,
- die Förderung der evangelischen Erwachsenenbildungsarbeit,
- die Bildungsarbeit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und
- die Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerks.

Das haben Sie einfach auf Null gefahren. Dies zeigt, daß die Landesregierung im Begriff ist, sich von der klassischen politischen Bildung in diesem Lande zu verabschieden. Das kann man auch daran erkennen, daß diese Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung am liebsten weggekürzt hätte.

Nun kann ich verstehen, daß man inhaltlich mit der **Landeszentrale für politische Bildung** nicht immer einverstanden ist. Das waren wir im vergangenen Jahr auch nicht. Dennoch wäre es falsch, wegen inhaltlicher Differenzen den Erhalt dieser Einrichtung im Lande grundsätzlich in Frage zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

So viel Toleranz müssen wir im Umgang mit Einrichtungen der politischen Bildung haben, wenn wir Toleranz als Inhalt der politischen Bildung haben möchten. Wir lagen mit der Landeszentrale über die PDS-Veranstaltung im Juni vergangenen Jahres über Kreuz. Wir glauben auch heute noch, daß die Landeszentrale der politischen Bildung keinen guten Dienst erwiesen hat, diese extremistische Partei durch eine derartige Veranstaltung salonfähig zu machen. Uns ist natürlich klar, daß man die SED-Nachfolgepartei nicht durch Totschweigen bekämpft, sondern durch politische Auseinandersetzung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist doch Unsinn!)

Nur bekämpfen wir sie auch nicht dadurch, daß wir Regierungsbündnisse mit Ihnen schließen, und deshalb

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

- vielen Dank, Herr Kollege Geißler - war der Protest der damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Frau Erdsiek-Rave, gegen diese Veranstaltung ohne Wert und ohne Substanz.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir vermissen übrigens auch hier Trennschärfe. Denn während Sie, Frau Erdsiek-Rave, noch kritisierten, mit der Veranstaltung werde den „falschen Leuten ein Podium geboten“, hat sich der frühere Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein und zeitweilige SPD-Kanzlerkandidat Björn Engholm aufs Podium der PDS gesetzt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er recht getan!)

Selbstzufrieden sinnierte Herr Engholm am 8. Dezember vergangenen Jahres auf einer PDS-Veranstaltung in Berlin mit dem Titel „Roter Salon“ zusammen mit PDS-Vorstandsmitglied Edda Seiffert über Sinn und Sinnlichkeit. Im „Roten Salon“ werden wir die SED-Erben auf keinen Fall bekämpfen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann zählen Sie doch einmal auf, wo Sie mit denen überall gemeinsam Politik machen! Nennen Sie doch die ganzen Kreise und Gemeinden!)

- Frau Heinold, daß Sie sich echauffieren, kann ich verstehen, weil Sie als Grüne erkennen müssen, daß die PDS zunehmend zum Ersatzkoalitionspartner der SPD wird. Das ist natürlich ein Problem für Sie.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Anke Spoorendonk [SSW]: Was ist das denn für ein Niveau?)

(Jost de Jager)

Dem Bericht ist zuzustimmen, wenn er feststellt, daß die **Distanz** von Jugendlichen zu Parteien und Politik, zu Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden zugenommen hat und daß das Vertrauen in die politische Gestaltung und Gestaltungsfähigkeit abnimmt.

Allerdings darf man hier die Dinge nicht vermengen. Es gibt einmal eine Distanz und einen **Vertrauensschwund**, der darauf beruht, daß die Menschen sich von der Politik, wie sie betrieben wird, nicht mehr in ausreichendem Maße verstanden fühlen. Das ist etwas, was wir als praktische Politiker ernst zu nehmen haben. Gleichwohl hat hier die politische Bildung auch ihren Beitrag dazu zu leisten,

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

die Komplexität der demokratischen Willensbildung in einem modernen Staat weiterhin nachvollziehbar zu machen.

Ein moderner Staat ist heute nun einmal eine Medien- demokratie. Wer heute die Welt verstehen will - das ist fast eine Binsenweisheit -, der muß die Medien verstehen. Professor Sarcinelli, der ja hier oben immerhin ein Name ist, hat in diesem Zusammenhang zum Beispiel vor einer Art Illusion einer medialen „Greenpeace- Politik“ gewarnt. Politische Bildung - so sagt er - müsse deshalb vor allem dazu beitragen, daß die **mediale Politikszene** nicht für die **politische Wirklichkeit** gehalten werde. Er warnte vor einer politischen Protest- kultur mit faktischer Vetomacht, die sich vorwiegend über ihre mediale Wirkung legitimiert. Das wäre in der Tat eine virtuelle Politikwelt.

Durch die zunehmende Medialisierung politischer Kommunikation und durch die zunehmende Internationalisierung politischer Entscheidungsläufe tritt aber etwas Weiteres ein: **Politik** wird zunehmend anonym, und **Anonymität** schafft **Distanz**. Deshalb wird die Europa-Bildung einer der allerwichtigsten Schwer- punkte politischer Bildung insgesamt sein. Da sehe ich, daß die außerschulischen Anbieter von politischer Bil- dung weiter sind als etwa der Schulunterricht.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich unterstützen, daß das Fach WiPo eingeführt worden ist. Ich möchte aber auch ausdrücklich erwähnen, daß zum Beispiel durch das Zusammengehen der Europäischen Akademie mit der Akademie Sankelmark die große Chance besteht, daß die **europäische Bildung** in die- sem Land im außerschulischen Bereich ausgeweitet wird.

Für die Schule wird immer wieder auf die neuen Lehr- pläne verwiesen. Doch ich glaube, daß darin der The- menbereich Europa viel zu diffus definiert ist, um eine vernünftige Europa-Bildung im Schulunterricht wirk- lich zu gewährleisten. Wir brauchen dort keine Kern- kompetenzen - ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident! -, sondern wir brauchen schlichtweg fakti- sches Wissen. Wenn wir unsere Bemühungen für eine europäische Bildung nicht auch in den Schulen verstär-

ken, dann werden wir erneut erleben, daß im Bereich der Europa-Bildung der Europawahlkampf in diesem Jahr der größte Beitrag sein wird.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meinen herzlichen Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums sagen, die diesen Bericht zusammengestellt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

In seinem Umfang und in seiner Gründlichkeit zeigt sich, daß dort das Anliegen, politische Bildung im Land fest zu verankern, mit dem notwendigen Engagement betrieben wird. Ich möchte aber auch sehr deutlich sagen, daß jedenfalls aus meiner Sicht dieser **Bericht zur politischen Bildung** insofern auch zielführend ist, als er uns die ganze Breite vor Augen führt, die politi- sche Bildung umfaßt und die wir zu betrachten haben, wenn wir uns ein Bild über den Stand der politischen Bildung in Schleswig-Holstein machen wollen.

Zugleich haben wir einen durchaus **dynamischen Pro- zeß** vor uns, und das kann gar nicht anders sein, ist doch auch die **Demokratie** ein dynamischer Prozeß. Das sieht man zumindest daran, daß sich plötzlich eine parlamentarische Opposition der Methoden außerpar- lamentarischer Oppositionsarbeit bedient, was zumin- dest überraschend ist, wenn nicht manchmal auch am Rande der Legitimität.

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Ekke- hard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Aktuell hat mir auch die Wahl des Landrates in Nord- friesland - Sie können gleich reden; seien Sie einmal still! - noch einmal deutlich gemacht, welche **Defizite**

(Irene Fröhlich)

im Wissen um politische **Funktionsträger** und **Strukturen** immer wieder ausgeglichen werden müssen. Wie Sie wissen, fiel die Wahlbeteiligung alles andere als zufriedenstellend aus. 35 % der Menschen haben abgestimmt. In Befragungen der Bürgerinnen und Bürger zeigte sich, daß viele nicht wissen, was ein Landrat ist. Sie hielten ihn für eine Art Minibundesrat oder so etwas, manche hielten ihn für ein Gremium, andere zeigten sich ratlos, wenn sie die Aufgaben des Landrates benennen sollten.

Demokratische Wahlen allein nützen also wenig, wenn nicht auch die notwendige politische Bildungsarbeit geleistet wird. Ich möchte hier vielleicht sinngemäß eine Äußerung des Bundestagspräsidenten Thierse aufgreifen, der sagte, es sei nötig, ein Mindestmaß an gemeinsamer Bildung in einer Gesellschaft zu haben, um einen Zusammenhang zu garantieren. Er hatte dabei auf Goethe und auf die Bibel abgehoben, aber man könnte natürlich genauso gut sagen, für die Demokratie ist ein Mindestmaß an Informationen, aber auch an Know-how im Umgang mit den demokratischen Spielregeln nötig,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD], Peter Lehnert [CDU] und Roswitha Strauß [CDU])

damit sich eine Gesellschaft, die demokratisch sein will, über sich selbst und über ihre Instrumente festigen kann.

Beispielhaft ist hier aus meiner Sicht das Engagement der Schülerinnen und Schüler sowie Jugendverbände zu nennen, die mit wirkungsvollen Kampagnen **Jugendliche** über ihr **Wahlrecht** aufgeklärt und zur Teilnahme an der Kommunalwahl animiert haben. Das Jugendministerium hat die Projekte gefördert. Wir haben das sehr begrüßt. Immerhin haben dann auch über 50 % der 16- bis 20jährigen ihr Wahlrecht genutzt, während die Quote der 21- bis 24jährigen unter 40 % lag. Ich finde, daß das schon relativ signifikant ist. Information bringt also etwas, jedenfalls dann, wenn wir davon ausgehen, daß eine Wahlbeteiligung an sich schon ein Wert sein kann.

Der Bericht betont zu Recht, daß es uns auch darum gehen muß, die politischen **Beteiligungsrechte** und **Mitgestaltungsmöglichkeiten** auszuweiten. Wählen allein reicht den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollten möglichst früh die Erfahrung machen - das ist auch ein wesentlicher Teil von Pädagogik -, daß ihre Meinung gefragt ist und Eingang in Entscheidungen findet. Dann haben sie die Chance, zu starken Persönlichkeiten heranzuwachsen, die ihre Interessen vertreten können.

Leider ist es noch viel zu selten, daß Kinder konkret an der Gestaltung von Freizeitanlagen, Schulhöfen oder Kindertagesstätten beteiligt werden. Der Bericht nennt aber ermutigende Beispiele für geglückte Beteiligung.

Im Grunde ist die Erkenntnis, daß Menschen wirksamer mit Dingen umgehen, an deren Herstellung sie selbst beteiligt waren, ein Selbstgänger. Ich verweise nur darauf, daß der Bericht zum Beispiel auch sagt, der Vandalismus an Schulgeräten, Schulhöfen läßt merklich nach, wenn Schülerinnen und Schüler die Schulhöfe mitgestaltet haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, das Machen, Herr de Jager, ist ein ganz wesentlicher Teil des Lernens. - Ich wiederhole das.

Dennoch haben wir diese Erkenntnis noch nicht in institutionalisiertes Handeln umgesetzt. Allzuoft tun sich leider Verwaltungen mit einem offenen Verfahren schwer. Ich glaube, manchmal fehlt ihnen auch die Phantasie - jedenfalls entnehme ich das manchen Gesprächen -, wie kleine Kinder schon vernünftig über Dinge mitreden und mitplanen und mitentscheiden können, wenn man es denn auch ihnen gerecht und vernünftig aufarbeitet. Das ist übrigens auch für die Erwachsenen gut. Das finde ich auch immer einen ganz wichtigen Aspekt bei dieser Geschichte. Wir haben das gestern im Zusammenhang mit dem weniger schönen Thema der sexuellen Mißhandlung und Vergewaltigung von Kindern angesprochen. Wer Frauen schützt, schützt auch die Kinder. Ähnlich könnte man sagen: Wer eine Gesellschaft kindgerecht, demokratisch, offen entwickelt, tut auch den Erwachsenen etwas Gutes.

Ich hoffe, daß die in dem Bericht genannten Beispiele eine Multiplikatorenwirkung erzeugen können. So könnten Kommunen voneinander lernen.

Dankenswerterweise benennt der Bericht auch **Defizite**, an deren Abbau gearbeitet wird. Insofern kann ich auch Ihre Kritik, Herr de Jager, nicht teilen. Ein Beispiel ist der **Weiterbildungsbereich**. Angesprochen wird die mangelnde Transparenz und Überschaubarkeit des Angebots, die Notwendigkeit verbesserter Information und Beratung sowie eine Angebotsinnovation. Das Wirtschaftsministerium - ich muß es loben - hat sich erfreulicherweise die Aufgabe vorgenommen, mit Hilfe eines Konzeptes zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur beizutragen. Übrigens bin ich auch von Anfang an nicht ganz so skeptisch gewesen wie manch andere Bildungsträger, diesen Bereich dem Wirtschaftsministerium anzugliedern. Es ist gut, daß hierbei die politische Bildung

(Irene Fröhlich)

einbezogen wird und somit ein umfassender Weiterbildungsbegriff Anwendung findet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Etwas mehr Marketing und Vernetzung beispielsweise im **Internet** kann auch der politischen Bildung nur gut tun. Ich möchte an dieser Stelle anregen, neben den Volkshochschulen auch die Landeszentrale für politische Bildung in die Lage zu versetzen, sich im Internet zu präsentieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Ingrid Franzen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir haben das neulich in einem Gespräch mit der Landeszentrale auch so vorgeschlagen. - Übrigens möchte ich an dieser Stelle Herrn Dr. Harbeck begrüßen, der dieser Debatte aufmerksam folgt.

Da dazu mit Sicherheit die Finanzmittel der **Landeszentrale** nicht ausreichen werden - „mit Sicherheit“ will ich nicht so sagen -, aber da geprüft werden muß, ob hier die Finanzmittel projektgebunden aufgestockt werden müssen, werden wir uns darum bemühen, dies im Haushalt 2000 zu klären und mit allen Fraktionen abzustimmen und zu beschließen.

Ich halte es für ein notwendiges Unterfangen, auch die Landeszentrale für die Mediengesellschaft fit zu machen, in der wir leben. Herr de Jager, woher Sie Ihr Wissen haben, daß die rot-grüne Regierung darangegangen sei, die Landeszentrale „plattzumachen“, möchte ich doch gern einmal wissen.

(Zurufe von der CDU)

Daß man sich kritisch mit einer Einrichtung auseinandersetzt, wie ich das beispielsweise auch getan habe, bedeutet doch eher, daß man ihr seine ganze Aufmerksamkeit zuwendet und fragt: Wie können wir etwas fit machen, wie können wir etwas verbessern, wie können wir für die Menschen im Land die Dinge noch besser machen, als sie zur Zeit sind? Da bitte ich Sie doch um eine etwas feingliedrigere Darstellung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein zentraler Ort für die Vermittlung politischer Bildung ist die **Schule**, und selbstverständlich wird sie dann auch erwähnt und aufgezählt, und zwar nicht allgemein im Rahmen von Bildungspolitik dieser Landesregierung - wie Sie es gesagt haben, Herr de Jager -, sondern natürlich ganz spezifisch auf die Themen **Wirtschaft** und **Politik** und Vermittlung politischer Bildung und Information bezogen.

Hier war in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren leider ein kräftiger Nachholbedarf auszugleichen. Der Bericht zeigt, daß die Überarbeitung der Lehrpläne, die Verankerung des Faches Wirt-

schaft/Politik in der Sekundarstufe und die Verbesserung der Medienkompetenz der Lehrkräfte gut vorangekommen sind. Das IPTS hat bei der Weiterbildung von Lehrkräften im Fach Wirtschaft/Politik gute Arbeit geleistet. Erfreulicherweise können auch 1999 Weiterbildungsmaßnahmen diesbezüglich angeboten werden. Dann kann es vielleicht gelingen, das Fach Wirtschaft/Politik auch in der Fläche in ausreichender Stärke und Qualität anzubieten. Wir halten das für ausgesprochen notwendig.

Alles in allem ist das Land in Sachen politische Bildung auf einem guten Wege, aber in den Haushaltsverhandlungen zeigt sich alljährlich wieder, mit welchen Schwierigkeiten wir bei der Sicherung der notwendigen finanziellen Ressourcen zu kämpfen haben, denn Weiterbildung ist kein Sektor, der zu den staatlichen Kernaufgaben gehört. Herr de Jager, insofern habe ich Verständnis dafür, daß man kritisch durchforstet, wer unbedingt unterstützt werden muß und wer einen Teil der politischen Bildung vielleicht aus eigener Kraft leisten kann. Das dient der Vielfalt im Lande. Denn wir müssen sehr darauf achten, daß politische Bildung nicht zu einer Gefälligkeitsveranstaltung verkommt.

Wo mit **Weiterbildung** ein direkter wirtschaftlicher Nutzen eines Arbeitgebers verbunden ist, ist einsehbar, daß sich der Staat auf die **Qualitätskontrolle** konzentriert. Die politische Bildung aber muß uns als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ein Herzensanliegen sein, denn sie hat sonst keine Lobby und keine Geldquelle, die sie in ihrem unabhängigen Charakter erhält. Alles, was wir in dieser Hinsicht unterlassen, kommt uns in Gestalt undemokratischer Tendenzen in unserer Gesellschaft wieder entgegen. Um die zu bekämpfen, ist politische Bildung sicherlich nicht hinreichend, aber ohne sie kann es schon gar nicht klappen.

Abschließend möchte ich ein Wort zu der Ausstellung sagen, die hier vor der Tür stattfindet, die sogenannte Wehrmachtsausstellung. Es ist keine Wehrmachtsausstellung, sondern eine Ausstellung über den Vernichtungskrieg und die Verbrechen der Wehrmacht von 1941 bis 1945.

(Günter Neugebauer [SPD]: Richtig!)

Wir hätten uns gewünscht, im Landtag begleitend zur Ausstellung eine Debatte zu führen. Das wäre gut

(Irene Fröhlich)

möglich gewesen; es wäre gut gewesen, wenn sich auch der Landtag selber mit der Ausstellung befaßt, die in seinen Räumen stattfindet.

Ich bin inzwischen überzeugt - ich war es eigentlich von Anfang an, aber was ich hier erlebt habe, bestärkt mich darin -, daß der Landtag die originäre Stelle und der richtige Platz ist,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

wo dies angemessen eingebettet und begleitet stattfinden und geschützt werden kann. Ich habe nie Zweifel daran gehabt, aber das hat sich jetzt bekräftigt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich finde es schade, daß man das so nebenbei abhandelt. Deswegen habe ich in meiner Rede nichts weiter dazu gesagt, obwohl ich deutlich machen will: Wir sind ganz stark Mitinitiatoren dieser Ausstellung gewesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wat?)

Wir sind froh, daß sie hierherkam. - Ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken, aber daß die Ausstellung hierher kommt, dafür habe ich mich in einem meiner ersten Gespräche eingesetzt.

(Zurufe der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nachdem ich in den Landtag gewählt worden war, bin ich zum Präsidenten gegangen und habe gesagt: Wir möchten diese Ausstellung sehr gern hier haben. Der Präsident war ganz meiner Meinung. Insofern will ich noch einmal deutlich sagen, daß wir von Anfang an keine Zweifel daran hatten, daß die Ausstellung hierhergehört.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Allerdings hätte ich mir gewünscht, daß wir hier eine begleitende Debatte dazu führen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür hätten Sie doch sorgen können!)
und das Thema nicht so nebenbei abhandeln.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Dann stellt man als Fraktion einen Antrag dazu!)

- Ich habe getan, was ich konnte, aber manchmal setzt man sich nicht durch. Herr Kubicki, das wird Ihnen nicht ganz fremd sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einleitend einen Beitrag zur politischen Bildung der

Kollegin Fröhlich leisten. Wenn man eine Debatte im Landtag haben möchte, stellt man dazu einen Debattenantrag. So einfach ist das.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn wir Sie nicht hätten - man müßte Sie erfinden!)

Wenn Sie das nach drei Jahren Parlamentszugehörigkeit noch nicht wissen, ist es vielleicht ein bißchen zu spät, diese Erfahrung erst jetzt zu machen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Regen Sie sich etwas ab!

Der vorliegende Bericht geht im Einleitungsteil davon aus, daß „politische Bildung als organisiertes Lernen ... von der politischen Information, etwa durch Presse, Funk und Fernsehen sowie Literatur,“ abzugrenzen sei. Deren Beiträge zur politischen Orientierung seien zwar unumstritten, sie sollten „hier jedoch nicht als Bildungsprozesse im engeren Sinne verstanden werden“.

Während sich der Kollege Weber dieser Unterscheidung ausdrücklich angeschlossen hat, möchte ich hier gewisse Zweifel an dieser Unterteilung anbringen. Ich darf darauf verweisen, daß bei einer Anhörung des Deutschen Bundestages zum Thema **politische Bildung** vor neun Jahren Ralf Dahrendorf diesbezüglich zu bedenken gegeben hat:

„Tatsächlich ist die Rolle der Massenmedien weit höher zu veranschlagen als die der politischen Bildung. Das hat zur Folge, daß bewußte politische Bildung sich zu einem nicht geringen Teil auf die Massenmedien konzentrieren muß.“

Als Beispiele nannte Dahrendorf dazu die Fragen: Wie lese ich den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung? Wie interpretiere ich Fernsehnachrichten?

Die **Ausstellung** - um auch dieses Thema aufzugreifen -, die zur Zeit in diesem Hause gezeigt wird, mag als aktuelles Beispiel dienen. Ich wage zu behaupten, daß die dadurch in den Medien ausgelöste Diskussion - so kontrovers und so vielschichtig, wie sie bislang verlaufen ist - einen kräftigeren Anstoß zur historisch-politischen Bildung geliefert hat, als es ein Dut-

(Dr. Ekkehard Klug)

zend - oder mehr - Seminarveranstaltungen mit begrenzten Teilnehmerzahlen hätte leisten können.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine solche Einschätzung schmälert in keiner Weise die im vorliegenden Bericht dargestellten schulischen und außerschulischen Aktivitäten zur politischen Bildung im engeren Sinne. Tatsächlich wird durch solche Bildungsangebote in vielfältiger Weise aufgenommen, was die öffentliche politische Diskussion bewegt. Gerade was Volkshochschulen, Schulen oder andere Einrichtungen mit der Begleitung der Ausstellung leisten, demonstriert das eindrucksvoll.

Wenn man an aktuelle, große politische Themen wie die **Globalisierung** oder die Einführung des Euro denkt, wird das ebenfalls deutlich. Politische Bildung kann und darf nicht statisch sein. Sie muß aktuelle Themen und Entwicklungen aufgreifen. Nur so kann sie neben dem Auftrag, über politische Institutionen, Probleme und Prozesse zu informieren, auch die weiteren Aufgaben, die sie hat, erfüllen, von denen Ralf Dahrendorf in der genannten Anhörung gesprochen hat, nämlich so etwas wie innere Teilnahme, die zustimmende Mitwirkung an unserer Demokratie zu fördern und den dazu nötigen politischen Diskurs wachzuhalten.

Nach diesen einleitenden Ausführungen möchte ich aus der Fülle der Themen, die der Bericht inhaltsreich anschnidet, einige wenige Punkte herausgreifen. Zunächst einige Anmerkungen zur **politischen Bildung** in den **Schulen!** Als einen Mangel des Berichts betrachte ich das Fehlen nachvollziehbarer Angaben, wie sich dieser Bereich in quantitativer Hinsicht entwickelt hat.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wieviel Unterricht im Fach **Wirtschaft/Politik** tatsächlich stattfindet und vor allem inwieweit es in dieser Hinsicht in den letzten Jahren Veränderungen gegeben hat, geht aus der Vorlage leider nicht hervor. Frau Ministerin, Sie haben in dem Bericht nur zu den Gymnasien punktuell für ein Schuljahr die Zahl der Klassen und Kurse genannt, in denen Wirtschaft/Politik unterrichtet wird. Das ist aus meiner Sicht zu wenig. Wenn man Entwicklungen im Lehrangebot in Wirtschaft/Politik bewerten will, muß man eine Zeitreihe haben und einen Vergleich ziehen können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] und Roswitha Strauß [CDU])

Was die Entwicklung angeht: Wir wissen ja, daß angesichts des Ungleichgewichts zwischen Lehrerstellen, die nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden, und dem Anstieg der Schülerzahlen Unterrichtsangebote in vielen Bereichen zurückgehen. Es stellt sich die Frage, ob das für den so wichtigen Bereich Wirtschaft/Politik eventuell auch der Fall ist.

Ein zweiter Aspekt aus dem Schulbereich, den ich hier ansprechen möchte, betrifft die Gewichtung der Teilbe-

reiche im zusammengefaßten Fach Wirtschaft/Politik. Ich plädiere dafür, bei der Neugestaltung der Lehrpläne für die Sekundarstufe II Themen der ökonomischen Bildung,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

vor allem volkswirtschaftlich ausgerichtete Unterrichtsthemen wie zum Beispiel Globalisierung, Außenwirtschaftspolitik und wirtschaftlicher Strukturwandel stärker zu verankern, als dies im alten schleswig-holsteinischen Lehrplan WiPo Gymnasien von 1990 der Fall ist. Mit einer stärkeren Gewichtung volkswirtschaftlicher Themen würde sich Schleswig-Holstein im übrigen im Bereich des Fachs Wirtschaft/Politik der Praxis in anderen Bundesländern anschließen. Wir würden sonst auf einem curricularen Sonderweg bleiben.

In welcher Weise **ökonomische Bildung** in Schleswig-Holstein in der breit angelegten Themenpalette der politischen Bildung bislang unterbelichtet ist, zeigt im übrigen auch die in Anlage 1 enthaltene Übersicht Ihres Berichtes, Frau Ministerin, über **Lehrerfortbildungsmaßnahmen** des IPTS. Ich habe mir das einmal angeschaut und ausgewertet. So waren zum Beispiel 1995 nur drei von 28 Veranstaltungen ökonomischen Themen gewidmet, 1996 waren es vier von 45, 1997 zwei von 37. Erst die vorläufige Übersicht für das Jahr 1998 ergibt mit sieben von 30 Veranstaltungen ein etwas ausgewogeneres Bild. Themen wie internationale Währungsfragen, der Euro, Chancen und Risiken der Währungsunion, aktuelle Entwicklungen im Wirtschafts- und Verkehrsraum Ostsee erscheinen 1998 zum ersten Mal im Lehrangebot für Lehrerfortbildungsmaßnahmen. Ich ermuntere Sie ausdrücklich, in allen Bereichen der politischen Bildung in den Schulen den Teilaspekt der ökonomischen Bildung stärker zu gewichten, als dies bisher der Fall ist. Ich glaube, daß das Land hier einen Nachholbedarf hat.

Auf die allgemeine Bedeutung einer besseren ökonomischen Bildung möchte ich nur mit einem Beispiel hinweisen. Anfang des Jahres, am 8. Januar, brachte „n-tv“ Emnid-Umfragedaten über die Erwartungen der Bürger für das Jahr 1999. Da sagten 16 % der Befragten, sie erwarteten eine positive Entwick-

(Dr. Ekkehard Klug)

lung der Wirtschaftslage, 51 % erwarteten dagegen eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Man mag sich fragen, wie auf dem Arbeitsmarkt eine nachhaltige Besserung, also ein Rückgang der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann, wenn sich nicht auch die Wirtschaftslage bessert. Die Diskrepanz zwischen diesen Antworten, 16 % für das eine, 51 % für das andere, zeigt doch einen gewissen Mangel an Grundbildung in ökonomischen Fragen in diesem Land.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oder Realitätssinn! Das sind die Argumente der vergangenen 16 Jahre!)

Ich möchte ganz kurz die außerschulischen Bereiche ansprechen. Hier hat es erhebliche - auch negative - Entwicklungen in den zurückliegenden Jahren gegeben. Ich weise auf die Zahlen, die der Bericht zum Rückgang der politischen Bildung bei den **Volkshochschulen** seit 1993 liefert. Auch die Landesregierung hat dazu in ihrem Verantwortungsbereich mit den Kürzungen bei der **Landeszentrale für politische Bildung** von ehemals - 1993 - 800.000 DM für Maßnahmen auf jetzt 182.000 DM beigetragen.

Ich möchte dem entgegenhalten, was Bundespräsident Herzog Anfang Juli letzten Jahres vor einer Veranstaltung zum 40jährigen Bestehen der Friedrich-Naumann-Stiftung gesagt hat. „Politische Bildung“, so sagte er, „verkümmern zu lassen, wäre Ausdruck einer fatalen politischen Kurzsichtigkeit, die uns noch einmal sehr teuer zu stehen kommen könnte.“

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Um zum Schluß die Notwendigkeit einer besseren politischen Bildung mit ein paar Beispielen zu unterstreichen, weise ich auf das hin, was einige hochgeschätzte Institutionen - wenn vielleicht in diesem Zusammenhang in den vergangenen Monaten auch unfreiwillig - kundgetan haben.

Ich verweise auf einen Artikel in der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 20. April letzten Jahres unter der Überschrift „Volkshochschulverband verärgert über Kieler Politik“. Dort heißt es, Vertreter der Volkshochschulen seien verärgert darüber, „daß die Landesregierung immer noch kein Weiterbildungsgesetz erlassen habe“. Daß die Regierung neuerdings Gesetze erläßt, ist mir neu - ehrlich gesagt.

Noch bemerkenswerter fand ich den Protestbrief der **Bildungsstätten** und der **Heimvolkshochschulen** vom 27. August letzten Jahres an die Landtagsfraktionen, der in heller Empörung dagegen wetterte, „daß das Parlament in einem ersten Entwurf für das Haushaltsjahr 1999 offenbar eine zehnpromzentige und alle Einrichtungen linear betreffende Kürzung bereits eingeplant und vorgesehen hat“.

Als Beitrag zur politischen Bildung habe ich daraufhin einige Kopien aus dem Landtagshandbuch, nämlich Artikel 50 der Landesverfassung, kursieren lassen, in

Umlauf gebracht, wo - wie man weiß - steht, wer Haushaltsentwürfe einbringt, daß das die Regierung ist und nicht das Parlament. Das sollte eigentlich auch Trägern der politischen Bildung bekannt sein,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eigentlich!)

war es bislang aber offenbar nicht.

Was zu dem Thema vielleicht noch anzumerken ist, betrifft das Stichwort „Ende gut, alles gut“. Denn der Landtag hat den zehnpromzentigen Kürzungsvorschlag der Landesregierung am 21. Dezember letzten Jahres in der zweiten Lesung des Landeshaushalts in der Ausübung seiner von der Verfassung bestimmten Funktion als Haushaltsgesetzgeber wieder rückgängig gemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Gegen die Stimmen der F.D.P.!)

Man muß es einfach einmal sagen: Manchmal sind wir richtig gut.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir haben es auch beantragt!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte jetzt große Lust, diesen Faden weiterzuspinnen, was wir in diesem Hohen Haus in Sachen politische Bildung leisten oder nicht leisten. Ich werde das nicht tun, weil ich mit meiner Redezeit sonst überhaupt nicht hinkomme.

Es ist nicht lange her, da wurde unter **politischer Bildung** hauptsächlich verstanden, daß jemand wußte, welche politischen Institutionen es gibt und wie der Parlamentarismus funktioniert. Das sind natürlich wesentliche Fragen. Vor der Tür dieses Saals liegen Falblätter, die ebenfalls darüber aufklären, was wir hier tun - wenn wir denn das tun, was wir tun sollen.

Aber nicht nur das, was Parteien oder Parlamente machen, ist politisch, und politische Bildung handelt nicht nur davon, Menschen knochentrockene **Staatsbürgerkunde** beizubringen, die sie zu echten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern machen soll. Es geht allgemein darum, die Entwicklung von Einsicht, Urteilsfähigkeit und Engagement zu unterstützen.

(Anke Spoorendonk)

Man mag sich fragen, was denn das spezifisch Politische an einer Bildung ist, wenn der Begriff so weit definiert wird, ob er, so ausufernd ausgelegt wie im Bericht der Landesregierung - das meine ich nicht negativ -, nicht jeden Gehalt verliert. Das führt aber nach meiner Ansicht nicht dazu, den demokratischen Bildungsansatz in Frage zu stellen, sondern zuerst den Begriff politische Bildung zu hinterfragen. Die politische Bildung hat ihren Hintergrund in der deutschen Geschichte. Es geht - kurz gesagt - vorwiegend darum zu verhindern, daß extremistische Kräfte wieder mehrheitsfähig werden. Nicht ohne Grund wurde der letzte Bericht zur politischen Bildung vor vier Jahren unter dem Vorzeichen der Tatsache diskutiert, daß damals noch undemokratische Abgeordnete in diesem Haus viel zu zahlreich vertreten waren. Es bleibt das wichtigste Ziel politischer Bildung, daß sich dies nicht wiederholt.

Wie sehr eine direkte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nützt, zeigen die **Wehrmachtsausstellung** hier im Landeshaus und die Begleitdebatte dazu. Offensichtlich ist eine solche Ausstellung an einem solchen Ort eine hervorragende Form politischer Bildung, denn sie hat vermocht, die Bruchstellen politischer Kulturen aufzuzeigen und kontroverse gesellschaftliche Fragen in den politischen Raum zu rücken, wo ihnen breite öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird. Darum bleibe ich dabei: Es ist wichtig und war eine richtige Entscheidung, die Ausstellung hier im Landeshaus zu zeigen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ähnliches gilt für die von Martin Walser mit seiner Paulskirchenrede ausgelöste Debatte und teilweise auch für die Diskussion um das Holocaust-Mahnmal in Berlin.

Auseinandersetzungen wie der Walser-Bubis-Disput sind von zentraler Bedeutung für die politische Bildung. Sie werfen die Frage auf, wie künftig mit den Erfahrungen und dem Erbe des nationalsozialistischen Deutschland umzugehen ist. Wir brauchen diese Diskussion nicht zu mögen. Sie ist aber trotzdem wichtig.

Es fällt auf, daß diese Debatten hauptsächlich Auseinandersetzungen zwischen älteren Männern und Frauen sind. Jenseits der persönlichen Betroffenheit von den Nazigreueln, jenseits der Bedeutung, die sie für viele Biographien - auch der unmittelbaren Nachkriegsgeneration - gehabt haben, muß geklärt werden, wie junge Menschen, die nicht dieselbe emotionale Bindung an dieses Thema haben, daran herangeführt werden. Es gilt, einen Weg der Vermittlung zu finden, der bei jungen Menschen nicht Verdruß und Gleichgültigkeit auslöst, wie es heute mit dem Unterricht zum Nationalsozialismus und zum Holocaust leider häufig der Fall ist, wenn man dem glauben kann, was - nicht alle, aber doch manche - junge Menschen dazu sagen. Hier liegt noch eine große Herausforderung für die politische Bildung.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß es sehr wohl möglich ist, junge Menschen zu engagieren. So wurde am 15. September letzten Jahres am Grenzübergang Harrislee-Padborg ein Mahnmal eingeweiht, das daran erinnert, daß 1944/45 rund 1.600 dänische Gefangene aus dem Inhaftierungslager Frøslev über den Bahnhof in Harrislee in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden. Das Mahnmal wurde im Rahmen eines Schulprojekts errichtet, an dem die Duborg-Skole Flensburg, die Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg und die Zentralschule Harrislee beteiligt waren. Das Projekt - das will ich auch noch einmal sagen - wurde vom Land unterstützt. Das ist gut so. Das ist richtig. Das ist auch im Sinne des Berichts.

Jenseits der Diskussion um den Umgang mit Vergangenen ist es aber auch erforderlich, **neue Formen politischer Bildung** zu finden, die sich aus anderen Quellen als dem Rückgriff auf die undemokratische Geschichte speisen. Je weiter die Verbrechen des Dritten Reiches zurückliegen, desto wichtiger wird es, auch andere, zusätzliche Wege der Festigung und Lebendighaltung der Demokratie zu finden als die Erinnerung. Unsere Erfahrungen zeigen, daß eine solche langfristige stabile Sicherung nicht auf Volkspädagogik bauen kann, daß eine von den Wurzeln her gesunde Demokratie die beste Abwehr gegen Versuche darstellt, sie wieder herauszureißen. Politisch ist in diesem Sinne dann alles, was dazu beiträgt, daß jede einzelne Mitbürgerin und jeder einzelne Mitbürger die Möglichkeit bekommt, ein Verständnis für den Wert **demokratischen Zusammenlebens** zu entwickeln. Politisch ist alles, das Menschen darin unterstützt, aktiv und im Rahmen der eigenen Lebenswelt Demokratie zu leben.

Der wesentlichste Aspekt bei der Sicherung der Demokratie ist ihre Weitergabe über die Generationen hinweg. Je ferner die beiden totalitären Deutschlande dieses Jahrhunderts liegen, desto entscheidender wird es, Kinder und Jugendliche über positive Erfahrungen in der Gegenwart an die Demokratie, an die gemeinsame Gestaltung des Sozialen heranzuführen. Wie wenig dabei auf Erfahrungen aus der Geschichte gebaut werden kann, zeigen uns schon jene jungen Menschen im deutschen Osten, die sich zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR schon wieder nach einem autoritären, totalitären Staat sehnen.

(Anke Spoorendonk)

„Demokratie lernen durch Demokratie“ ist das Schlagwort. Die jungen Menschen sollen erfahren, daß Demokratie, Politik und Gesellschaft nicht nur im Fernsehen, sondern in ihrem Alltag stattfinden und mit ihrem Handeln zu tun haben. Es geht darum zu vermitteln, daß Demokratie nicht nur aus wenigen parlamentarischen Gremien besteht und schon gar nicht nur aus Parteipolitik, sondern ein Teil jeglichen Zusammenlebens mit anderen Menschen ist.

Daß die Landesregierung gerade in diesem Bereich Vorbildliches leistet, ist bekannt. Ein wichtiger Beitrag war die Senkung des **Kommunalwahlalters** auf 16 Jahre. Und es ist sehr erfreulich, daß das Interesse der jüngsten Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl so stark geweckt werden konnte.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Aus diesem Wahlergebnis erwächst eine Verpflichtung an die Politik, dieses Interesse auch zwischen den Wahlen aufrechtzuerhalten und zu pflegen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sonst werden auch diese jungen Menschen spätestens bei der nächsten Wahl genausowenig wählen gehen wie die etwas älteren. Das sind Zahlen, die der Bericht belegt. Mit der Einführung der **Drittelparität an den Schulen** ist ein weiterer Schritt gegangen worden, um Jugendliche im Alltag ernst zu nehmen. Weitere müssen folgen.

Was die Erwachsenen angeht, so ist die Bilanz, die der Bericht zeichnet, leider nicht besonders positiv. Das **Interesse an politischer Weiterbildung** scheint sich zugunsten eher individueller Interessen wie der Gesundheitsbildung zu verschieben. Das spricht aber nicht unbedingt dafür, diesen Bereich aufzugeben, sondern dafür, die Angebote erst einmal attraktiver zu gestalten. Dazu brauchen die Träger bessere Bedingungen.

Wir vom SSW sind bei weitem nicht die einzigen, die auf das **Weiterbildungsgesetz** warten, das die Regierung vor über zwei Jahren angekündigt hat. Leider ist nicht zu erkennen, daß in dieser Sache schon etwas geschehen ist. Es ist verständlich, daß das Land bei der momentanen Haushaltslage nur ungern neue finanzielle Verpflichtungen eingeht. Wenn die Regierung es mit der Absicherung der Weiterbildung ernst meint, dann sollte sie aber zumindest ein mittel- oder langfristiges Konzept präsentieren, in dem Teilschritte hin zum Weiterbildungsgesetz aufgezeigt werden.

Ähnliches gilt für die **Landeszentrale für politische Bildung**, bei der nicht erst seit dieser Legislaturperiode die Frage nach einer neuen Aufgabendefinition diskutiert wird, ohne daß Handhabbares dabei herausgekommen wäre. Das Bild, das im Bericht gezeichnet wird, von der Landeszentrale als Dienstleisterin für Weiterbildungseinrichtungen und zur Multiplikatorenbildung halte ich für einen guten Ansatz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber das ist im Prinzip auch das Bild, das schon 1994 skizziert wurde.

- Die Lampe fängt an zu blinken; deshalb komme ich gleich zum Schluß.

Es ist lobenswert, daß uns die Landesregierung einen Bericht zur politischen Bildung vorgelegt hat, der einen breiten, offenen Begriff der politischen Bildung und damit auch des Politischen zugrunde legt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es gelingen soll, dem Politischen wieder einen höheren Stellenwert bei den meisten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu geben, dann muß man sich auf die Prämissen ihrer Lebenswelt einlassen.

Eine letzte Bemerkung: Ich muß deutlich sagen, der Bericht zur politischen Bildung ist trotzdem eine recht „dünne Tasse Tee“ - wie ich in meiner anderen Sprache sagen würde. Eine Evaluation auf der Grundlage der bereits 1994 formulierten Ziele der Landesregierung sucht man weitestgehend vergebens. Der Bericht betont die Weiterentwicklung der politischen Bildung als Bildung von unten, ohne jedoch selbst für diese Zwecke brauchbar zu sein. Ich hätte mir gewünscht, daß der Bericht der Landesregierung nicht nur eine Chronik über vergangene Aktivitäten darstellen, sondern daß er auch hinterfragen, kritisieren, inspirieren und bei der Umsetzung von politischer Bildung eine Handreichung darstellen würde.

Ich bin sicher, daß wir uns über diesen letzten Punkt im Ausschuß noch ausführlich unterhalten müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Frau Abgeordneter Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, ich war von Ihrem Redebeitrag richtig enttäuscht.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Er zeigte wieder einmal, daß Sie auf dem rechten Auge blind sind, was die PDS betrifft. Ich könnte ja jetzt einmal die Kommunen aufzählen, in denen CDU und PDS zusammenarbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie die mangelnde Trennschärfe beklagen, verkennen Sie, daß **Demokratie** von **Mitwirkung** lebt und nicht nur vom Wissen über politische Bildung. Man muß das Fachwissen auch anwenden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich habe überhaupt nichts gegen Fachwissen, man muß es dann aber auch anwenden. Und was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch ein dummer Spruch!)

Deswegen müssen das Lernen von Demokratie und das Übernehmen von Verantwortung in der Schule beginnen. Deshalb haben wir die **Mitwirkungsrechte von Schülerinnen und Schülern** im Schulgesetz gestärkt. Das gilt für die Schulprogramme und die umstrittene Drittelparität.

Es war gerade die **Landeschülervertretung** der Gymnasien und Gesamtschulen, die sich hierfür stark gemacht hat. Die Landeschülervertretung hat bewiesen, wie junge Menschen aktiv mitwirken können. Ich erinnere an die Aktion „Schüler helfen leben“. Allein der soziale Tag brachte 1,45 Millionen DM. Insgesamt konnten in fünf Jahren 5 Millionen DM für die Bekämpfung der Not in Bosnien-Herzegowina eingeworben werden. Es war auch die Landeschülervertretung, die mit der Kampagne „Nutze dein Recht“ Podiumsdiskussionen und Faltblätter sowie eine Telefonaktion „Wählen mit 16“ organisiert hat. Das ist aktive politische Bildung, das sind mündige Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Sie haben bewiesen, daß sie selbständig planen, durchführen und kontrollieren können, wie es die Schlüsselqualifikationen in den Lehrplänen fordern.

Auch die TIMSS-Studien fordern den weit gefaßten Begriff der politischen Bildung, nämlich Umweltbildung, Selbständigkeit, Kreativität, neue Medien und interkulturelle Bildung. Es geht also um einen weit gefaßten Begriff.

Die Schulen organisieren im übrigen auch Austauschmaßnahmen. 60 Schulen aller Schularten beteiligen sich an Schulpartnerschaften des SOKRATES-Programms und des Programms COMENIUS I. Elf Schulen dürfen sich bereits Europaschulen nennen. Auch das haben Sie beklagt, aber auch hier sind wir auf dem richtigen Weg. Ich denke, es könnte noch mehr werden.

Auf das Pflichtfach Wirtschaft/Politik haben die Ministerin und auch Herr Dr. Klug hingewiesen. Es wird weiter ausgebaut. Auch das IPTS beteiligt sich hier an den Fortbildungsmaßnahmen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich erwähne auch, daß es gerade eine Gesamtschule in Lübeck ist, die **Geschwister-Prenski-Schule**, die sich an der Aktion „Schule gegen Rassismus“ beteiligt. Sie organisiert mehrere Ausstellungen, darunter eine Ausstellung zu einem Schiff mit jüdischen Mitbürgern, das zurückkommen mußte und den Exodus nicht geschafft hat.

Ich erwähne auch die Aktionen des **Landessportverbandes** und das **Rates für Kriminalitätsverhütung**. Herr Minister, daß man über die Schulen hinaus zusammenarbeitet, das finde ich ganz wichtig.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen: Auseinandersetzung bildet! Insofern finde ich es hervorragend, wie viele Schülerinnen und Schüler die **Wehrmachtausstellung** hier besucht haben. 100 Schülergruppen besuchten sie bisher, 300 Schülergruppen werden noch hindurchgeführt. Die Resonanz ist positiv. Beeindruckend sind vor allen Dingen die Diskussionen mit älteren Ausstellungsbesuchern. Aus diesem Grund danke ich insbesondere dem Landtagspräsidenten und der Landtagsverwaltung für die ausgezeichnete Organisation, aber auch den engagierten Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in einem Drei-Minuten-Beitrag kurz auf die Ausführungen des Kollegen de Jager, was die **Wehrmachtausstellung** angeht, eingehen, die ich sehr bedauere und von denen ich glaube, daß sie auch nur von einem Teil seiner Fraktion getragen werden.

Herr Kollege de Jager, ich glaube, Sie verkennen den Sinn und den Wert dieser Wehrmachtausstellung. Ich bedauere im übrigen auch, daß sich die Union nicht im Rahmen von Begleitveranstaltungen daran beteiligt und ihre Überlegungen dazu einbringt. Die Diskussionen, die die Besucher dieser Wehrmachtausstellung in diesen Begleitveranstaltungen führen, sind nach meiner Einschätzung wesentlich ernsthafter als die Beiträge, die bisher aus Ihrer Partei und Ihrer Fraktion hierzu geliefert worden sind.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Die ständig wiederholte Behauptung, diese Wehrmachtausstellung sei selektiv, wird ihr nicht gerecht. Jede Ausstellung, die sich darauf beschränkt, eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, ist selektiv. Ausstellungen sind nicht die objektive Wahrheit, sie können ihr nur möglichst nahekommen. Geleistet werden soll aber durch die Rahmenprogramme und Begleitveranstaltungen, daß in Diskussionsprozessen der Versuch unternommen wird, der historischen Wahrheit möglichst nahezukommen.

(Vereinzelter Beifall bei der F.D.P. - Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Der Beitrag der Union hierzu wäre vielleicht sehr sinnvoll gewesen.

Aber eines kann nicht bestritten werden. Der **Zweite Weltkrieg** war von deutscher Seite aus ein **Vernichtungskrieg**, von vornherein darauf angelegt - jedenfalls in Richtung Osten -, nicht nur Raum zu erobern, nicht nur mit den Untermenschen Rußlands fertig zu werden, sondern einen Genozid an Millionen von Menschen, die dort lebten, zu begehen. Das ist völlig unbestritten und unbestreitbar. Es ist durch vielfältige Dokumente belegt. Dies war jedenfalls allen oberen Führern der deutschen Wehrmacht bekannt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Völlig richtig!)

Die entscheidende Frage, die für mich daraus resultiert, ist die nach dem Kern des politischen Unterrichts. Deshalb glaube ich auch, daß ein Parlament zumindest sehr gut beraten ist, sich in seinem eigenen Hause - deshalb war die F.D.P.-Fraktion dafür - diesem Problem zu widmen. Der Kern des politischen Unterrichts ist für mich die Frage nach der Grundlage unseres Gemeinwesens - auf das wir verpflichtet sind, in dem ich groß geworden bin, für das ich stehe -, die in Artikel 1 unseres Grundgesetzes formuliert worden ist und die da lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie

zu achten und zu schützen ist Aufgaben aller staatlichen Gewalt.“

Gerade wenn wir wollen, daß sich dies vermittelt, daß unser Gemeinwesen die Würde des Menschen achtet, und zwar unabhängig von der Frage Rasse, Herkunft, Stand - Bürger oder Proletarier, da gibt es in unserer Geschichte ja auch andere Entwicklungen -, gerade wenn wir dies deutlich machen wollen, müssen wir uns mit der Geschichte des Dritten Reiches - auch mit der Geschichte der Wehrmacht als einer Institution des Dritten Reiches, in der gekämpft worden ist - auseinandersetzen, damit sich solches nicht wiederholt, daß Einrichtungen des Staates für Ziele, die gegen die Grundlagen unserer Verfassung sind, mißbraucht werden können.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Deswegen ist es, denke ich, eine gelungene Veranstaltung, die hier gezeigt wird. Ich war gestern abend in einer Veranstaltung der SPD-Fraktion, die mir ausgesprochen gut gefallen hat, mit einem sehr differenzierten Vortrag. Wir haben heute abend eine entsprechende Veranstaltung.

Der mit Abstand zweiten großen demokratischen Volkspartei Union hätte es gut angestanden, sich nicht nur in die Schmollecke zurückzuziehen und zu sagen: „Das ist eine Ausstellung, die diffamiert“, sondern sich an der notwendigen Diskussion und an der Aufarbeitung unserer Geschichte zu beteiligen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr guter Beitrag!)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr de Jager, nun könnte ich sagen, zu einem Mindestmaß an politischer Grundbildung gehöre auch ein Grundwissen über den Ablauf von dialektischen Prozessen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich werfe Ihnen aber gar nicht vor, daß Sie das nicht wüßten. Ich halte das eher für eine Abwehrreaktion Ihrerseits. Ich spreche hier von dialektischen Prozessen, weil die Form und die Art, in der Ihre Partei diese Ausstellung und seinen Initiator öffentlich angegriffen und dadurch in die Diskussion gebracht hat, nur dazu geführt hat, daß hier genau das stattfindet, was derzeit stattfindet.

Ein Mindestmaß an intellektueller Redlichkeit gehört schon dazu, mindestens anzuerkennen - wenn Sie die **Ausstellung** schon in ihrer Machart ablehnen oder Kritik daran üben, was ja legitim ist, mehr als legitim ist -, daß hier

(Ingrid Franzen [SPD]: Ja!)

durch die Unmengen an Veranstaltungen von hoher Qualität, die durchgeführt werden, politische Bildung stattfindet und daß Sie in Ihrem Beitrag nicht nur dieses Thema ignorieren, sondern

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Entschuldigung, Herr Kayenburg, ich wollte Herrn Jäger direkt ansprechen - daß Sie die gesamte Problematik und Thematik der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und daraus folgend die Auseinandersetzungen mit heutigen Erscheinungsformen von Totalitarismus und Rechtsextremismus, Linksextremismus in Schulen und in der politischen Bildung allgemein, gänzlich aus Ihrem Beitrag ausblenden. Das finde ich in der Tat etwas mager.

(Zuruf von der CDU: Blödsinn!)

Daran schlossen sich einige Bemerkungen Ihrerseits über den Begriff der **Emotionalität**, den ich verwandt habe, an. Ich weiß nicht, woraus Ihr politisches Interesse einmal entstanden ist. Aber meines - das möchte ich Ihnen erzählen - ist dadurch entstanden, daß ich irgendwann durch Zufall in meinem Elternhaus darauf stieß, daß mein Vater sein Abitur auf einer Napola gemacht hat. Das war mir bis dahin als 16jähriger Schülerin von meinem Elternhaus verschwiegen worden. Das hat Kontroversen und Auseinandersetzungen ausgelöst, die sehr emotional waren, aber es hat natürlich auch intellektuelle und geistige Auseinandersetzungen ausgelöst. Mein Interesse an Politik und auch an politischer Tätigkeit ist daraus entstanden. Das gilt, glaube ich, für sehr viele meiner Generation. Emotionalität oder das Ansprechen und Auslösen von geistigen und intellektuellen Prozessen durch Emotion und Gefühl ist etwas, was auch in der politischen Bildung nicht nur stattfinden muß, sondern ganz selbstverständlich stattfindet.

(Beifall bei SPD und SSW)

Natürlich darf es nicht bei Emotionalität stehenbleiben, sondern die geistige Auseinandersetzung muß dem emotionalen Auslöser immer folgen.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft Ihre quasi abwertende Einlassung zu der Frage, inwieweit Formen und Inhalt auch an Schulen zusammengehören. Das betrifft die Tatsache, daß es in Deutschland fast 40 Jahre gedauert hat, bis man nicht nur über demokratische Formen unterrichtet oder etwas darüber an den Universitäten lehrte, sondern sich die Institutionen selbst in Richtung auf mehr Demokratie veränderten und sich die Schulen und Hochschulen eigentlich erst heute in einem Zustand befinden, daß man sagen könnte, er sei demokratisch, hier werde Beteiligung auch gelebt und gelernt. Das war in Deutschland ein sehr, sehr langer Prozeß.

Ich finde, es gehört unbedingt zur politischen Bildung dazu, daß man nicht nur intellektuell lernt, wie Demokratie funktioniert, sondern daß man sie auch an den Schulen lebt. Solche Schulen und Hochschulen wünsche ich mir jedenfalls hier im Lande.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun schlage ich vor, daß wir uns über die Fragen Finanzierung, Weiterbildungskonzept, Weiterbildungsgesetz im Ausschuß unterhalten, sonst überziehe ich wieder meine Redezeit. Darüber muß sicherlich noch weiter diskutiert werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch! Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit erst gar nicht der Anschein entsteht, daß sich die CDU mit der **Geschichte des Dritten Reiches** nicht auseinandersetzen wolle, möchte ich betonen: Dies hat niemand von der CDU in Abrede gestellt; im Gegenteil, wir müssen uns mit diesem Teil der Geschichte auseinandersetzen, denn er ist ein Teil der Geschichte des deutschen Volkes. Wir müssen uns insbesondere gerade deswegen damit auseinandersetzen, weil es Verbrechen gegeben hat. Diesem Auftrag ist die CDU auch in der Vergangenheit immer gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Bezüglich der Ausstellung, die ich gar nicht verkürzt Wehrmachtsausstellung nennen will - der Titel ist hier ja zu Recht erwähnt worden -, haben wir den **Ort der Ausstellung** kritisiert. Es gibt zum Teil auch Kritik an der Machart dieser Ausstellung. Dies hat dazu geführt, daß die CDU-Fraktion hier in gewisser Weise Abstinenz geübt hat.

Nun kann man ja zu Ausstellungen - die Frau Ministerin hat über Macharten gesprochen - unterschiedliche Auffassungen haben. Dies sollte allerdings dann, weil es auch Teil der Diskussion ist, nicht einer Partei zum Vorwurf gemacht werden. Deshalb sollten wir auch nicht vergessen, Herr Kubicki, daß sich die CDU-Fraktion an dem Forum in diesem Hause beteiligt hat. Nach meiner Meinung war dies ein gutes Forum und eine gute Veranstaltung, die dazu beigetragen hat, Nachdenklichkeit zu erzeugen. Das ist für mich wichtig.

Abschließend möchte ich sagen, daß die Ausstellung nicht unumstritten ist, sondern daß sie auch zu Problemen führt. Wenn Sie - was ja recht ungewöhnlich ist - das gelbe Schild an der Tür des Plenarsaals sehen, so stellen Sie fest, daß Pastorinnen und Pastoren Gespräche zu dieser Ausstellung anbieten. Das zeigt mir, daß noch lange nicht jeder, der in diese Ausstellung geht, sie auch so betrachten kann, daß er damit fertig wird. Ich frage mich: Sind wir eigentlich alle dem Anspruch gerecht geworden, den wir mit dieser Ausstellung verbinden?

Deswegen betone ich für die CDU: Wir müssen aufarbeiten, wir müssen uns auseinandersetzen, wir dürfen nicht wegdiskutieren. Aber wir müssen auch die Chance geben - dies wäre dann ebenfalls ein Auftrag der politischen Bildung, und ich stelle überhaupt nicht Abrede, daß die Ausstellung Teil der politischen Bildung ist -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

daß man sich mit diesem Teil sachgerecht auseinandersetzen kann, damit Mißverständnisse, Fehldeutungen und auch innere Probleme gar nicht erst entstehen.

In diesem Sinne bin ich wirklich für Aufarbeitung und Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch gern einige Mißverständnisse ausräumen, zum einen die Behauptung, daß sich die CDU an der Diskussion um diese Ausstellung nicht beteiligt habe. Das ist natürlich aberwitzig; natürlich haben wir uns beteiligt. Wir haben uns sehr intensiv daran beteiligt; wir haben auch vernünftige Beiträge dazu geleistet. Wer sich

wirklich einmal die Mühe macht und durchliest, Herr Kubicki, was Herr Dr. Stoltenberg dazu gesagt hat, der würde eine solche Behauptung in diesem Raum auch nicht aufstellen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens möchte ich auf das eingehen, was mir in diesem Zusammenhang vorgeworfen worden ist, daß ich offenbar eine schwierige Auffassung zu dem Thema hätte. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Ausstellung den Titel trägt „Verbrechen der Wehrmacht“;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Das ist der entscheidende Punkt. Sie heißt: „Verbrechen der Wehrmacht“. Das ist der Punkt, an dem sich der Meinungsstreit - der Meinungsstreit der Experten und auch der politische Meinungsstreit - entzündet, ob man nämlich - zunächst einmal - von Verbrechen „der“ Wehrmacht reden kann und ob diese Ausstellung -

(Anhaltende Zurufe - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lesen Sie doch einmal die Befehle durch! Das sind die Verbrechen „der“ Wehrmacht! - Zurufe: Aufhören! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann doch nicht wahr sein!)

denn in der Tat

(Anhaltende Zurufe)

so, wie sie aufgemacht ist, dazu beiträgt, diesen Titel zu rechtfertigen. Dazu habe ich in meinem Beitrag gesagt, daß ich der Auffassung bin: So, wie diese Ausstellung arbeitet, dadurch, daß sie schockieren will, dadurch, daß sie Bilder - das ist ja der Punkt der fachlichen Kritik, die daran geübt wird - zeigt,

(Lothar Hay [SPD]: Sie schockt doch nicht! Das sind Fakten, die dargestellt werden! Damit muß man sich auseinandersetzen!)

die eben nicht in diesem Sinne ausschlaggebend sind, tut sie das nicht, und da habe ich dann die Frage gestellt, ob denn diese Ausstellung, weil sie eben mehr pauschalisiert als differenziert, wirklich auch die

(Jost de Jager)

Wirkung hat, die wir von der politischen Bildung in diesem Bereich erwarten.
Da habe ich - das ist die fachliche Kritik, das ist aber auch die politische Kritik - meine Zweifel angemeldet.
Das habe ich jetzt noch einmal getan.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Ihr Vorsitzender hat gerade eben aber besser geredet! Si tacuisses!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kayenburg, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich den Versuch machen möchte, das, was Sie an Nachdenklichkeit in die Debatte hineingetragen haben - was ich sehr gut hören kann und womit ich auch gut umgehen kann -, ein bißchen zu verbreitern und auszuweiten und nicht wieder an dem Haken hängen zu bleiben, sondern ein Stück darüber hinwegzugehen. Dennoch bin ich bei einem Satz, den Sie gesagt haben, eingehakt; Sie haben gesagt, die CDU habe sich abtinent verhalten. Dazu habe sich ja auch Herr de Jager schon vehement geäußert.

Ich kann das auch nicht bestätigen. Die CDU hat vielmehr durch etliche Aussagen und etliche Stellungnahmen an dieser Stelle sehr stark auf sich aufmerksam gemacht, und dies auch sehr problematisch. Was bei der Jungen Union geschehen ist, hat die Junge Union selbst als problematisch eingestuft, weil das eine sehr einseitige Debatte war, die dort in Neumünster - wenn ich mich richtig erinnere - geführt worden ist. Ich nenne jetzt absichtlich keine Namen, weil ich wirklich nicht Öl ins Feuer gießen möchte. Ich möchte vielmehr wirklich zu überlegen geben, ob wir es nicht schaffen können, zu einer gemeinsamen Betrachtung und Bewertung zu kommen. Das müßte dann vielleicht im Februar geschehen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß sich zum Beispiel die niedersächsische CDU mit den Sozialdemokraten und den Grünen im Niedersächsischen Landtag deutlich hinter die Ausstellung und ihre Bedeutung gestellt hat, ohne eine Wertung oder eine politische Gewichtung vorzunehmen. Das mußte ja auch gar nicht sein. Dort hat die Ausstellung im hannoverschen Rathaus stattgefunden, und dort gab es einen - wie ich finde - sehr konstruktiven Antrag aller drei Fraktionen im Niedersächsischen Landtag.

Ich wünschte mir, daß so etwas auch bei uns hier möglich wäre und wir das auf die Reihe bekommen könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dazu sollte mein Beitrag dienen, um dies aufzugreifen und - wie ich es ausdrücken möchte - diesen Faden weiterzuspinnen, nicht aber den anderen, an dem wir alle dann dauernd hängenbleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, lieber Jost de Jager, dir diesen Problemkomplex einmal anhand eines Beispiels zu verdeutlichen.

Vor nicht allzulanger Zeit hat es in diesem Landeshaus eine andere Ausstellung zu dem Thema - ich habe jetzt den genauen Titel dieser Ausstellung nicht mehr im Kopf - „Unrechtsjustiz im SED-Staat“ gegeben. Mit einem solchen Titel und einem solchen Begriff wird ja nicht ausgesagt, daß jeder, der im Justizwesen der DDR tätig gewesen ist, ein Verbrecher gewesen ist. Jemand, der dort als Verkehrsrichter oder als Familienrichter tätig gewesen ist, ist sicherlich nicht für verbrecherische Urteile der SED-Justiz verantwortlich zu machen. Aber daß die SED-Justiz insgesamt Instrument, Werkzeug eines Unrechtsstaates gewesen ist und daß es dort auch massives politisches Unrecht und politische Verbrechen gegeben hat, ist sicherlich unbestreitbar.

Jeder Vergleich hinkt natürlich, aber wenn man sich dies einmal deutlich macht - und ich möchte an das erinnern, was Wolfgang Kubicki gesagt hat -, dann ist doch unbestreitbar, daß die Wehrmacht Instrument eines verbrecherischen Regimes gewesen ist, das einen Vernichtungskrieg geführt hat, gerade im Osten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unbestreitbar, daß in nicht unerheblicher Zahl auch unter Beteiligung von Einheiten und Soldaten der Wehrmacht Kriegsverbrechen stattgefunden haben. Dies ist im übrigen in der historischen Forschung seit langem unbestritten.

(Dr. Ekkehard Klug)

Ich kann den Kollegen aus der Union empfehlen, einmal nachzulesen, was Professor Michael Salewski von der Universität Kiel in der von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte „Vom Deutschen Bund zur deutschen Katastrophe, 1815 - 1945“ zum Thema „Kriegführung im Osten“ geschrieben hat. Ich könnte das jetzt seitenweise zitieren. Die historischen Fakten sind also unter Wissenschaftlern und denen, die sich mit Geschichte befassen, völlig klar.

Die Ausstellung trifft natürlich eine Auswahl aus dem Bildmaterial, und durch diese Konzentration auf das, was von Teilen der Wehrmacht an Kriegsverbrechen begangen worden ist, spitzt sie die Diskussion natürlich auf dieses Thema zu. Aber man muß sich doch der Gesamthematik stellen und die Tatsache einfach zur Kenntnis nehmen, daß - wie ich gesagt habe - diese Wehrmacht Instrument, Werkzeug eines verbrecherischen Regimes gewesen ist und bis zum letzten Tag des Krieges dazu beigetragen hat, daß solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen stattfinden konnten.

Ich appelliere noch einmal an die Kollegen von der Union: Nehmen Sie diese Ausstellung als Anstoß zu einer - auch kritischen, auch differenzierenden - Diskussion über das Thema, über die Rolle der einzelnen Soldaten! Selbstverständlich ist nicht jeder Angehörige der Wehrmacht ein Verbrecher gewesen. Das unterstellt die Ausstellung im übrigen nach meinem Dafürhalten auch überhaupt nicht. Auch unter den Bedingungen des Krieges, auch unter den Bedingungen von Befehl und Gehorsam, in denen natürlich für den einzelnen eine ganz schwierige Situation besteht, wie er sich gegebenenfalls einem verbrecherischen und von ihm als moralisch verwerflich erachteten Befehl widersetzen kann, hat es unterschiedliche Verhaltensweisen gegeben. Es hat Fälle gegeben, in denen sich Leute auf das Prinzip von „Befehl und Gehorsam“ zurückgezogen und solche Befehle ausgeführt haben; es hat aber auch solche Fälle gegeben - das wissen wir -, in denen Angehörige der Wehrmacht das Beste versucht haben, um im menschlichen Sinne Gutes zu tun und Menschenleben zu schonen.

Dies alles im einzelnen mit einzubeziehen, heißt aber nicht, daß der Grundtatbestand „Die Wehrmacht war Instrument eines Vernichtungskrieges, eines verbrecherischen Regimes“, gewissermaßen zugedeckt werden kann.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen. Kollege Klug hat im wesentlichen das gesagt, was auch ich ansprechen wollte. Ich möchte nur noch einen Punkt betonen. Für mich ist schon erstaunlich, daß in diesem Parlament überhaupt solche Beiträge gehalten werden müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Ich meine insbesondere Ihnen, Herr Klug; das ist schon ein Tatbestand an sich, der verwundern kann.

Ich möchte jetzt darauf eingehen, daß hier im Hohen Haus mehrfach der Begriff „differenzierte Darstellung“ gefallen ist, und darauf, daß sich Herr Kayenburg bemüht hat darzutun, daß es durchaus eine Abwägung in seiner Partei gegeben habe, die sozusagen anders verlief, als es hier dargestellt worden sei.

Die Darstellung von Geschichte, geschichtlichen Fakten und Ereignissen entzieht sich einer „Kompromißlerei“, wie wir sie vielleicht bei Fachanträgen im politischen Raum handhaben können. Hier geht es nicht um mehr oder weniger Differenzierung, sondern darum, Geschichte zu präsentieren, darzustellen, und zwar wissenschaftlich, intersubjektiv, überprüfbar. Das ist kein politisches Spiel, sondern es geht um etwas, was auch belegbar sein muß und auch belegbar ist.

Da kann man sich dann meinerwegen über die Präsentation und die Gestaltung streiten, aber es geht nicht, sich hinzustellen und zu sagen, das eine oder andere sei so dargestellt, daß es schmerze; das müsse man ein wenig verpacken und in eine differenziertere Aussage pressen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Nun bauen Sie doch nicht ein so falsches Bild von der Aussage auf! Das ist nicht in Ordnung, Herr Weber!)

- Herr Kayenburg, wir haben so etwas schon häufiger in der Ausstellungspolitik Schleswig-Holsteins gehabt. Ich kann mich entsinnen, daß wir im Jahre 1983 in Flensburg eine Ausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus hatten, bei der man kurz vor Ausstellungseröffnung noch einmal durchgegangen ist, um sicherzustellen, daß kein lebender Mensch in SA-Uniform abgebildet ist. Und da hat man dann vier Fotos abgehängt. Wenn das Differenzierung sein soll, so ist das eine auf Akzeptanz und Kompromiß hinzielende Form von Geschichtsfälschung, und dann

(Jürgen Weber)

wird etwas falsch verstanden bei der Frage, was Geschichte sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1882

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Münchener Giovane Elber, Ali Daei und Hasan Salikamidzic mit Doppelpässen in den Strafraum eindringen, jubeln regelmäßig 50.000 bis 60.000 Bayern.

(Lothar Hay [SPD]: Und Stoiber! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte einerseits sagen, die Herren Stoiber und Huber sollten öfter einmal ins Stadion gehen, aber andererseits müssen sie das eigentlich auch nicht, denn wenn sie selbst den Doppelpaß benutzen, um die deutsche Abwehr zu verstärken und den Strafraum vor ausländischen Mitspielern zu schützen, dann jubeln dieselben Bayern, und nicht nur sie. Das hat mit doppelter Staatsangehörigkeit nichts zu tun. Das ist doppelte Moral mitten in unserer Gesellschaft. Ich finde, Deutschland sollte seine Einstellung zu den Ausländern nicht davon abhängig machen, ob sie Fußball spielen können oder nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU/CSU hat bundesweit eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft eingeleitet, an der sich ab nächster Woche auch die CDU Schleswig-Holsteins beteiligen wird.

Die Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben für unsere heutige Sitzung einen Antrag zur geplanten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eingebracht. Damit scheint auch im Norden - so die „Kieler Nachrichten“ in ihrer gestrigen Ausgabe - politischer Streit um ein empfindliches Thema programmiert.

Lassen Sie uns alle gemeinsam versuchen, in unserer heutigen Debatte den, wie ich finde, notwendigen politischen Streit in der Sache so zu führen, daß er nicht zu parteipolitischem Hickhack auf dem Rücken ausländischer Menschen mißbraucht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der rot-grüne Antrag lautet: „Der Landtag unterstützt die von der Bundesregierung geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.“

Was die Bundesregierung plant, steht bereits in der Bonner Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 mit folgendem Wortlaut, dem wir uns uneingeschränkt anschließen können. Ich zitiere:

„Wir erkennen an, daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß in der Vergangenheit stattgefunden hat, und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen. Im Zentrum unserer Integrationspolitik wird die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen. Dabei sind insbesondere zwei Erleichterungen umzusetzen:

Erstens. Kinder ausländischer Eltern erhalten mit der Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt.

Zweitens. Unter den Voraussetzungen von Unterhaltsfähigkeit und Strafflosigkeit erhalten einen Einbürgerungsanspruch

a) Ausländerinnen und Ausländer mit achtjährigem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt

b) minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, von denen wenigstens ein Elternteil zumindest über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und die seit fünf Jahren mit diesem Elternteil in familiärer Gemeinschaft in Deutschland leben und

c) ausländische Ehegatten Deutscher nach dreijährigem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren besteht.

(Klaus-Peter Puls)

In beiden Fällen ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig.“

Alle Eckpunkte dieser zitierten Koalitionsvereinbarung sind in einen kompletten Gesetzentwurf der Bundesregierung eingeflossen, den Bundesinnenminister Schily in der vorigen Woche der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Damit hat die neue rot-grüne Bundesregierung ein weiteres Vorhaben, das im Bundestagswahlkampf angekündigt und in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden ist, in politisches Handeln umgesetzt, nachdem es der alten schwarz-gelben Bundesregierung trotz mehrfacher Ankündigung jahrelang nicht gelungen ist, diese gesellschaftspolitisch bedeutsame Aufgabe zu bewältigen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ziel der Reform ist nicht - wie Ihre Gegner immer wieder behaupten - die doppelte Staatsangehörigkeit selbst und als solche. Ziel der Reform ist die Erleichterung und Förderung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Menschen, die seit Jahren, zum Teil schon seit Jahrzehnten, zu einem wachsenden Teil seit ihrer Geburt bei uns wohnen, leben und arbeiten. Zirka 7,3 Millionen Menschen ausländischer Herkunft leben heute in Deutschland. Viele von ihnen sind längst fest in der Bundesrepublik Deutschland verankert. 30 % von ihnen leben bereits seit 20 Jahren und länger in Deutschland.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das kann man doch nicht allein an Zahlen aufmachen!)

Sie sind seinerzeit als Gastarbeiter angeworben worden, als Familienangehörige von Gastarbeitern nach Deutschland gekommen oder als Nachkommen von Gastarbeiterfamilien in Deutschland geboren worden. Die lange bei uns lebenden Ausländer und Ausländerinnen sind das nur noch dem Namen nach. Die bei uns geborenen Kinder nicht deutscher Eltern als Ausländer zu bezeichnen und zu behandeln, ist falsch, weil es sich dabei um Menschen handelt, die gar nicht aus dem Ausland zu uns gekommen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre aller Eingliederung in unseren Staat und unsere Gesellschaft und ihre rechtliche Gleichstellung sind überfällig. Das deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht stammt aus dem Jahre 1913; die Abkehr vom sogenannten Abstammungsprinzip, „Deutscher ist, wer von deutschen Eltern abstammt“, und die Hinwendung zum **Territorialprinzip**, „Deutscher oder Deutsche ist, wer in Deutschland geboren ist“, entspricht im übrigen der Praxis der meisten westeuropäischen Länder.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, na!)

Auch die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit bei Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Sie kann zur weiteren **Integration** der hier lebenden Menschen ausländischer Herkunft beitragen; denn die Möglichkeit, sich in Deutschland einbürgern zu lassen, ohne auf den Paß seines Herkunftslandes verzichten zu müssen, ist geradezu notwendig für eine Integration ohne Identitätsaufgabe.

Angesichts der viel beschworenen und viel beschwatzten Globalisierung - ich sage das hier noch einmal - sollte es weltweit die Normalität sein, den Menschen dort, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben, die staatsbürgerlichen Rechte zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch einzuräumen, ohne ihnen Heimat und Herkunft aus dem Herzen zu reißen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Identität kann man nicht an der Garderobe abgeben. Wer das verlangt, erleichtert nicht den Eintritt in die deutsche Gesellschaft, sondern erschwert ihn, behindert ihn, macht ihn unzumutbar. Wollen Sie das, meine Damen und Herren von der CDU?

Die von der CDU geplante und in Hessen zum Teil bereits zu Landtagswahlkämpfen mißbrauchte Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft

(Widerspruch des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

verkennt, daß es in der Praxis bereits nach bisher geltendem Staatsangehörigkeitsrecht die Möglichkeit mehrerer Staatsangehörigkeiten gibt. Beispielsweise müssen Spätaussiedler und -aussiedlerinnen ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung nicht aufgeben, Kinder aus binationalen Ehen erhalten regelmäßig die Staatsangehörigkeit beider Elternteile, und im übrigen nehmen seit Jahren auch die Fälle zu, in denen Ausländer und Ausländerinnen unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit bei uns eingebürgert werden, weil das Herkunftsland eine Entlassung aus der dortigen Staatsangehörigkeit verweigert.

Zur Zeit leben in Deutschland etwa zwei Millionen Menschen, die neben der deutschen eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen. Dies ist also bereits alltägliche bundesdeutsche Normalität,

(Klaus-Peter Puls)

und es hat nirgendwo in Deutschland zu irgendwelchen Problemen geführt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein von der CDU jedenfalls nicht korrigierter öffentlicher Irrtum ist auch, daß Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit in Deutschland doppelte Rechte oder gar Privilegien, zum Beispiel bei der Wehrpflicht, hätten. Nein, Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit sind in Deutschland ausschließlich Deutsche. Sie haben die gleichen **Rechte und Pflichten** wie alle sonstigen deutschen Staatsangehörigen. Ihre Rechte im jeweiligen Herkunftsland haben auf Deutschland und Deutsche überhaupt keinen Einfluß. Auch Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit sind in Deutschland zum Wehrdienst verpflichtet, es sei denn, sie haben vor der Einbürgerung ihren Wehrdienst bereits in einem anderen Land abgeleistet.

Im übrigen tragen die bei uns arbeitenden ausländischen Menschen in ganz erheblichem Umfang zum deutschen Sozialprodukt bei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Selbstverständlich zahlen sie pflichtgemäß Steuern und Sozialabgaben. Was spricht eigentlich dagegen, ihnen auch die vollen staatsbürgerlichen Rechte zu geben? Die bei uns lebenden und arbeitenden Ausländer belasten unsere Gesellschaft nicht, sie bereichern sie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Die CDU-Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft birgt schließlich offenkundig eine doppelte Gefahr:

Erstens. Weil wieder einmal mit den Abschreckungsvokabeln „Massenzuwanderung“ und „Ausländerkriminalität“ parteipolitisch geworben wird, wurden die - nicht nur am Rande unserer Gesellschaft, sondern mittendrin - nach wie vor existierende „Ausländer-raus-Mentalität“, Fremdenangst und teilweise Fremdenfeindlichkeit bedient.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie schon bei der Wahrheit bleiben!)

Zweitens, meine Damen und Herren von der CDU, lieber Herr Kayenburg, leisten Sie mit Ihrer Aktion rechtsextremistischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thorsten Geißler [CDU]: Ungeheuerlich!)

Herr Kayenburg, der Beifall von NPD, DVU und sogenannten Republikanern kann Ihnen doch nicht recht sein! Sollten wir nicht gemeinsam mit allen demokratischen Parteien in Schleswig-Holstein weiterhin auch mit politisch-parlamentarischer Einhelligkeit und Eindeutigkeit dafür sorgen, daß hier bei uns nicht erneut

rechtsextremistische Parteien aus ihren Löchern kriechen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Da brauchen wir von Ihnen keine Nachhilfestunde! Unverfrorenheit!)

Ich komme zum Schluß. Ausländische Straftäter oder Straftäterinnen können keine Deutschen werden. Die Straffreiheit ist ausdrückliche Bedingung für die Einbürgerung. Es sollen keine rumänischen Diebesbanden oder russische Mafia-Unterabteilungen eingebürgert werden, sondern hier seit Jahren lebende und in unserer Gesellschaft verankerte redliche Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es verbietet sich und ist ungehörig, diese Menschen mit notorisch Kriminellen oder gar RAF-Terroristen gleichzusetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie tun das, nicht wir! - Weitere Zurufe von der CDU - Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Distanzieren Sie sich mit uns gemeinsam von solchen unglaublichen und unanständigen Unterstellungen Ihres Münchner Parteikollegen Stoiber!

Lassen Sie mich es ganz zum Schluß allgemein formulieren und mit zwei Sätzen auf Schleswig-Holstein beziehen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß, Sie haben schon mehr als eine Minute überzogen.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Ich komme zum Schluß. Wir alle hier im Landtag, die wir für die Menschen im Lande tätig sind, sind auch den bei uns lebenden ausländischen Menschen verpflichtet. Artikel 1 unseres Grundgesetzes sagt - Herr Kubicki hat vorhin darauf hingewiesen -: „Die Würde

(Klaus-Peter Puls)

des Menschen ist unantastbar.“ Das gilt nicht nur für deutsche, sondern auch für ausländische Menschen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für alle Menschen!)

Artikel 21 des Grundgesetzes fordert uns als politische Parteien auf, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, ihr nicht populistisch hinterherzulaufen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher der Bruno-Lorenzen-Schule aus Schleswig. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Puls, den Konsens der Demokraten einzufordern, die Sensibilität dieses Themas hier anzusprechen und den Wunsch zu äußern, eine sachliche Debatte über dieses hochsensible Thema zu führen - das alles ist in Ordnung, aber es paßt nicht mit einer Rede zusammen, die in ganz großen Bereichen unwahr und demagogisch ist. Wir verwehren uns dagegen, daß Sie uns als CDU auch nur im entferntesten mit irgendwelchen Umtrieben rechtsradikaler oder rechtsextremistischer Gruppen in Verbindung bringen. Das hat nichts mit unserer Politik zu tun.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das hat er nicht gemacht!)

„Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden. Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtern.“

Dies, Herr Kollege Puls, ist der erste Teil des Aufrufs der CDU zur **Unterschriftenaktion**. Ich denke, daß dies Ausdruck einer weltoffenen, freiheitlichen und toleranten Gesinnung ist, die wir in der Debatte über die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts als Grundlage jeder Diskussion brauchen.

Die doppelte Staatsangehörigkeit bringt aber „für die Mehrheit - also die Millionen von Ausländern, deren Integration leider mißglückt ist - keinen Integrationsfortschritt. Für diese Mehrheit wäre die Reform sogar

nachteilig.“ Dieses Zitat ist nicht der zweite Teil des CDU-Aufrufs, sondern die Auffassung des ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten, des SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose. Wollen Sie den auch in die rechtsradikale Ecke stellen? Das kann doch nicht wahr sein!

Wir haben in unserem Aufruf formuliert:

„Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar.“

Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ziel unserer Politik ist eine Erleichterung der Einbürgerung für die Ausländer, die sich integrieren wollen, die sich auf Dauer für Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt entscheiden. Die Einbürgerung ist Ausdruck einer gegliückten Integration und Sozialisation in Deutschland.

Eingebürgert werden kann, wer sich erkennbar in die rechtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland eingeordnet hat. **Integration** bedeutet aus unserer Sicht dabei aber weder - das ist entscheidend - einseitige Assimilation noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer - auch das ist wichtig -; Integration ist mehr als ein bloßes Nebeneinander unverbundener Parallelgesellschaften.

Ziel unserer Bemühungen ist die dauerhafte Einbeziehung der in unserem Land lebenden ausländischen Mitbürger in unsere Gesellschaft. Diese Einbeziehung setzt eine Entscheidung voraus. In der Aufgabe der bisherigen und in der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft sehen wir ein solches Zeichen.

Wir halten unzweideutig am Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit fest. Wer sich einbürgern lassen will, muß sich für die Bundesrepublik Deutschland entscheiden. Wer Deutscher werden will, muß also grundsätzlich seine alte Staatsangehörigkeit aufgeben.

Außerdem muß der Ausländer erkennbar in die rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse

(Klaus Schlie)

der Bundesrepublik Deutschland eingebunden sein und selbstverständlich - auch das ist ja Konsens - über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß er nicht straffällig geworden sein darf und für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe den Lebensunterhalt bestreiten können muß. Er darf nicht an sicherheitsgefährdenden Bestrebungen beteiligt gewesen sein und muß die Werteordnung des Grundgesetzes selbstverständlich akzeptieren.

Das entscheidende gesellschaftliche Problem in der aktuellen Diskussion ist natürlich aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion die zwingende Notwendigkeit, für die in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern eine Lösung zu finden.

Als Volkspartei, die dem christlichen Menschenbild und den Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet ist, steht die CDU in einer besonderen Verantwortung gegenüber den Kindern der zweiten und dritten Ausländergeneration, deren Eltern selber schon ihre Schulausbildung in Deutschland erhalten haben. Es ist angemessen, gerechtfertigt und politisch notwendig - dies unterstreiche ich -, diese Kinder von vornherein soweit wie möglich mit den gleichen Rechten wie ihre deutschen Spiel- und Klassenkameraden aufwachsen zu lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In der Union gibt es dazu zwei Lösungsmodelle: Das eine Modell spricht den in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit zu. Voraussetzung dabei ist, daß ein Elternteil dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebt, da zu erwarten ist, daß diese Kinder in unserem Land aufwachsen und hier bleiben werden. Nach dem Erreichen der Volljährigkeit können und sollen sie sich dann zwischen den beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Diese Position hat in der Debatte über die Staatsangehörigkeit auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Volker Rühle eingenommen, und sie findet in der CDU-Landtagsfraktion Unterstützung. Wir wollen gar nicht verschweigen, daß wir darüber eine Debatte führen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

sachlich und zielgerichtet, aber immer unter den Prämissen und Grundsätzen, die ich anfangs genannt habe. Völlig einig sind wir uns in der Union im übrigen darin, daß für Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren rechtmäßig in Deutschland leben, ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung besteht und er die bisherigen Ermessensentscheidungen ablösen soll.

Das andere Modell, das in der Union diskutiert wurde und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Mehrheit gefunden hat, ist unter dem Stichwort „**Einbürgerungsanspruch für Ausländerkinder**“ zu erfassen. Dieser Einbürgerungsanspruch soll kraft eines Gesetzes zugestimmt werden und nicht auf Antrag und durch

Ermessensentscheidung der Ausländer- oder Staatsangehörigkeitsbehörden entschieden werden. Es handelt sich dabei aus unserer Sicht um eine Statusverbesserung für die Kinder, und es ist ein integrationsbezogenes Zeichen der Zuwendung. Den Einbürgerungsanspruch erhalten alle Kinder mit der Geburt, und dieser Anspruch erzielt bei Erreichen der Volljährigkeit durch eine bloße Erklärung des Betroffenen seine konstitutive Wirkung, wenn damit das Ausscheiden aus der anderen Staatsangehörigkeit verbunden ist.

Der Einbürgerungsanspruch gilt bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. Mit dem Einbürgerungsanspruch verbunden ist der Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis bis zum 18. Lebensjahr, die Möglichkeit, in öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnisse in Deutschland einzutreten und durch entsprechende gleichzeitige Rechtsänderungen die Erteilung von Kinder- beziehungsweise Personalausweisen mit dem Einbürgerungsanspruch als hinweisenden Zusatz.

Meine Damen und Herren, für uns als CDU-Landtagsfraktion ist es wichtig, daß diese beiden Modelle für die notwendigen - ich halte sie wirklich für notwendig - parteiübergreifenden Gespräche gleichrangig in die Debatte eingebracht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn es denn wirklich zu einer wahrhaft dem Wort entsprechenden Gesetzgebung kommt, die den Begriff der Integration auch verdient, wenn es denn dazu kommen soll, daß wir auch den inneren Frieden in unserem Land wahren wollen, dann müssen wir solche parteiübergreifenden Gespräche führen und müssen versuchen, den Konsens herbeizuführen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lehnen die **generelle Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft** ab, weil sie unbestreitbar **Loyalitätskonflikte** bei den Betroffenen verursacht. Bürger mehrerer Staaten und somit auch mehrerer Rechtsordnungen zu sein, ist kaum miteinander vereinbar.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wird doch gar nicht generell eingeführt! Das ist doch Quatsch!)

(Klaus Schlie)

Ich darf einmal sagen, Herr Kollege Puls - bevor Sie sich aufregen -, diese Auffassung teilt ja zwischenzeitlich offensichtlich auch Ihr Bundesinnenminister Schily, denn in dem Interview, das heute in der „Bild“-Zeitung abgedruckt ist, wird er befragt, ob das denn die grundsätzliche Zielrichtung sei. „Nein,“ - so hat er ja immer gesagt - „Doppelstaatsbürgerschaft ist nicht die Zielrichtung, sondern Integration“. Er sagte heute in dem Interview - ich zitiere wörtlich -: „Ich hätte jedoch nichts dagegen, wenn der Einbürgerungsbeamte zunächst einmal versucht, den Bewerber davon zu überzeugen, seine alte Staatsangehörigkeit aufzugeben.“

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das ist doch der gleiche inhaltliche Ansatz, den wir haben, und ich denke, darüber sollten wir unter Demokraten vernünftig diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Aus unserer Sicht bedeutet **Mehrstaatlichkeit** gleichzeitig die Hinnahme einer **Integrationserschwerenden Rückversicherungsmentalität**. Statt notwendiger stärkerer Integration der Betroffenen führt sie zu Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft, weil es dabei die Entwicklung von Parallelgesellschaften und neuen Minderheiten gibt. Ich will nur am Rande erwähnen, daß wir über die Minderheitenproblematik ja vor allen Dingen in Schleswig-Holstein nicht nur diskutiert haben, sondern sie auch in unserer Verfassung angesprochen haben. Selbst bei der Verfassungsänderung jetzt - Herr Kollege Kubicki, ich erinnere dort an Ihren Wortbeitrag - haben wir ja einmal sehr genau darüber diskutiert, welche neuen Minderheiten eventuell noch entstehen könnten.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich denke, wir sollten auch in diesem Lande und in diesem Landtag gemeinsam darüber nachdenken, wie wir denn mit welchen Gesetzesänderungen in diesem Bereich welche Wirkungen erzielen und ob wir es denn wirklich wollen, daß wir neue Minderheitenproblematiken in diesem Land schaffen. Nein, wir wollen das nicht, wir wollen einen Beitrag zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten. Das ist jedenfalls unser Ansatz.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Formaleinbürgerung unter Hinnahme der Doppelstaatsbürgerschaft sieht dem Ziel der Integration entgegen, und diese abnehmende Integrationsbereitschaft belastet vor allem Ausländer. Mitbürger aus anderen Ländern, die zu ihrer Entscheidung für Deutschland stehen, geraten unter den Druck der Menschen aus ihren Herkunftsländern, wenn die Einbürgerung voraussetzungslos zugesprochen und die Eingliederung nicht mehr gefordert wird. Wir müssen doch einfach erkennen, daß es hier dann zweierlei Maßstäbe und Maßlatten gibt.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß es in einem demokratischen Staatswesen - Herr Kollege Puls! - völlig legitim ist, daß Parteien dazu beitragen, daß die Bürgerinnen und Bürger am politischen Willensbildungsprozeß beteiligt werden. Das ein völlig legitimes Mittel. Unsere **Unterschriftenaktion** - jetzt hören Sie genau zu! -, eingebettet in **Informations- und Diskussionsveranstaltungen**, ist ein legitimes und notwendiges Mittel, damit die Bürger ihren Willen äußern können. Es ist wirklich perfide zu behaupten, daß sich diese Unterschriftenaktion und damit auch diejenigen, die unterschreiben, außerhalb des demokratischen Willensbildungsprozesses befinden oder gar in die Nähe derjenigen gerückt werden, die Sie hier heute zitiert haben. Nein, wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen sachlich, argumentativ, emotionslos - ich glaube, emotionsfreier als Sie -, aber auch tabufrei mit den Bürgern über diese Reform diskutieren und dabei ihre Meinung erfragen. Wir wollen dabei aber vor allem ein Zeichen für die Toleranz und die Integrationsbereitschaft der Deutschen gegenüber allen bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geben. Deswegen würden wir ja Ihren Antrag in der Sache ablehnen, wären aber sehr froh, wenn Sie zur Ausschlußüberweisung bereit wären und wenn wir uns hier in diesem Landtag damit wirklich noch einmal befassen könnten, welche Lösungsmöglichkeiten es denn gibt, damit diese entscheidende, wichtige Reform tatsächlich parteiübergreifend aus diesem Land heraus eventuell noch einen guten Ansatz erhält, um dann in Bonn vernünftig verabschiedet werden zu können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Selten hat ein Gesetzentwurf schon vor der Veröffentlichung am vergangenen Mittwoch ein derart großes Interesse geweckt wie der vom Bundesinnenminister Schily vorgelegte Entwurf zur Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Das Interesse ist verständlich, denn mit diesem Entwurf beweist die rot-grüne Bundesregierung schon in den

(Matthias Böttcher)

ersten 100 Tagen ein großes Stück Reformwilligkeit und Reformfähigkeit.

Die vorgeschlagene **Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts** verbannt das antiquierte wilhelminische Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913 in die Mottenkiste der Geschichte, wohin es auch gehört.

Der vorgelegte Entwurf nimmt statt dessen Elemente des Territorialprinzips auf und läßt die doppelte Staatsbürgerschaft zu. Mit dieser Regelung gewinnt Deutschland endlich wieder Anschluß an Europa, denn in den meisten europäischen Ländern sind die doppelte Staatsangehörigkeit und in 80 % der europäischen Länder eine **Mischung aus Abstammungs- und Territorialprinzip** längst die Regel.

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts schon seit langem zum Schwerpunkt unserer politischen Ziele, um eine rechtliche Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen zu erleichtern.

Sie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits bei den Koalitionsverhandlungen in ihren Eckpunkten vereinbarte Reform stellt einen guten Kompromiß dar; sie beruht auf der längst überfälligen und von der Union bisher immer verleugneten Anerkennung, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß stattgefunden hat.

Das Ziel des Koalitionsvertrages, ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht zu schaffen, ist deshalb ein wichtiges Anliegen der rot-grünen **Integrationspolitik**. Der vorgelegte Entwurf ermuntert Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, sich unter erleichterten Bedingungen einbürgern zu lassen, ohne dabei ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen. Mit der Einbürgerung erhalten die Immigranten alle Bürgerrechte und Bürgerpflichten.

Eine demokratisch verfaßte Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn nicht große Bevölkerungsteile von einer vollen Teilhabe ausgeschlossen werden. Es ist doch absurd: Jährlich werden in deutschen Kreisläusen 100.000 Kinder quasi ausgebürgert. Jetzt werden sie mit der Geburt eingebürgert, und das ist gut und auch richtig so.

Mit der doppelten Staatsbürgerschaft erhalten zum Beispiel die seit Jahren hier lebenden Iranerinnen und Iraner die vollen Bürgerrechte. Aufgrund eines im Jahre 1928 zwischen Reichsdeutschland und Iran geschlossenen Abkommens, das nach wie vor Gültigkeit hat, entläßt der Iran seine Staatsangehörigen nur unter großen Schwierigkeiten aus ihrer Staatsbürgerschaft, und sie haben Schwierigkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, obwohl sie hier schon voll integriert sind.

Unabdingbare Voraussetzung für eine wirkungsvolle Integration ist immer das Entgegenkommen beider Seiten. Dabei muß die kulturelle Identität akzeptiert

und toleriert und jeder Assimilierungsdruck vermieden werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir fordern ja auch nicht von den Bayern, daß sie ihre Identität aufgeben sollen.

Zu wirkungsvollen **Integrationsmaßnahmen** zähle ich insbesondere die **Sprachförderung**.

(Unruhe)

Kinder müssen bereits in der Schule die Möglichkeit eines muttersprachlichen Unterrichts und des Religionsunterrichts erhalten. Ich war sehr erstaunt: Kaum hatte die Union in Schleswig-Holstein ihre Erklärung für mehr Integration herausgegeben, habe ich - am selben Tag - eine Pressemeldung gelesen, in der Herr Würzbach gefordert hat: erst katholischer Unterricht, erst vernünftiger evangelischer Religionsunterricht, danach können wir über Islam reden. Das macht deutlich, welcher Widerspruch in dieser Frage in der Union herrscht.

Die **Ausbildung und berufliche Qualifikation** der Eingewanderten und deren Kinder muß gefördert werden. Die Landesregierung fördert deshalb die Ausbildungssituation der jugendlichen Migrantinnen und Migranten, indem sie ausländische Betriebe fördert und damit Arbeitslosigkeit bekämpft. Genau das hat die alte Bundesregierung nicht getan.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Der Gesetzentwurf ist ein richtiger Schritt nach vorn, obwohl es auch aus unserer Sicht noch einige Punkte gibt, die verbessert und geklärt werden müssen. Das Erfordernis einer **Verständigung in der deutschen Amtssprache** muß näher definiert werden. Es kann nicht den einzelnen Beamten in der Ausländerstelle überlassen bleiben zu beurteilen, ob sich die Einbürgerungswilligen in deutscher Sprache verständlich machen können.

Problematisch ist auch der Ausschluß bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug. Hier muß deutlicher werden, daß der **Bezug von Arbeitslosengeld** allein kein **Einbürgerungshindernis** ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Besonderer Beitrag der SPD zur Einbürgerung!)

(Matthias Böttcher)

Wer acht Jahre Steuern und Versicherungsbeiträge gezahlt hat, darf seine Bürgerrechte nicht deswegen verlieren, weil er aufgrund einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik der alten Bundesregierung seinen Job verloren hat.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Ausschlußgrund, „wenn der Bewerber Bestrebungen verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind“, kann zu einer **Regelanfrage bei den Verfassungsschutzämtern** führen und wird von fast allen Innenministern aus guten Gründen abgelehnt.

Nun möchte ich auf einige **Einwände** der Gegnerinnen und Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft eingehen. Erstens. Die Inhaber von zwei Pässen hätten **Vorteile** gegenüber der normalen deutschen Bevölkerung. Darauf ist auch Herr Puls schon eingegangen, das will ich nicht wiederholen, aber man muß sich deutlich machen: Wer eine deutsche Staatsbürgerschaft hat, aber dem Staatsbürgerrecht des Herkunftslandes unterliegt, kann Schwierigkeiten mit den Behörden in seinem Heimatland und beim konsularischen Schutz durch die deutsche Botschaft bekommen. Das ist ein Grund, eher eine Staatsangehörigkeit zu beantragen als eine zweite.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Zweitens. Mehrstaatler seien ein **Sicherheitsrisiko** für Deutschland. Es ist bereits im Gesetzentwurf deutlich geworden: Nach wie vor können nur ausländische Bürgerinnen und Bürger, die nicht wegen schwerer Straftaten vorbestraft sind, die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

Drittens. Durch **Familiennachzug** komme es zu einer immensen Zuwanderung. Das Recht zum Familiennachzug bezieht sich wie bisher nur auf Verwandte ersten Grades. Insofern verweist das neue Staatsangehörigkeitsrecht auf geltendes Recht. Die übergroße Zahl, die unter das neue Recht fällt, lebt seit zehn oder gar zwanzig Jahren in Deutschland. Ich frage: Wie viele sonstige im Ausland lebende Kinder und Verwandte sollten die frisch Eingebürgerten haben, wenn sie schon so lange in Deutschland leben?

Viertens. Um ihre Loyalität gegenüber Deutschland zu beweisen, sollten Einbürgerungswillige einen **Eid auf die Verfassung** und einen **Sprachtest** ablegen. Auch ich meine: Integration ist keine Einbahnstraße. Integrationsmaßnahmen, die angeboten werden müssen, habe ich bereits genannt. Ein feierliches Gelöbnis oder ein Eid auf die Verfassung - wie von Teilen der Union gefordert - tragen zu einer Akzeptanz unserer grundgesetzlichen Ordnung überhaupt nicht bei.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch Deutschen - nicht einmal CSU-Mitgliedern - wird nicht abverlangt, einmal in ihrem Leben einen Treueid

auf die Verfassung abzulegen. Nichts spricht gegen eine schriftliche Erklärung, daß die neue Staatsbürgerin oder der neue Staatsbürger bereit ist, die Ordnung des Grundgesetzes anzuerkennen.

Fünftens. Die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft widerspreche dem **Grundgesetz**. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Verfassungsrechtlern, die sich eindeutig dazu geäußert haben. Wir werden eher Probleme hinsichtlich der Regelung bekommen, sich mit 18 Jahren zu entscheiden, welche Staatsbürgerschaft man annehmen will. Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft auf Zeit wird uns eher vor verfassungsrechtliche Probleme stellen als diese Lösung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

„Die doppelte Staatsbürgerschaft, ist das Thema, das die Nation spaltet? Nein, ich denke nicht. Es ist die Art und Weise, wie darüber informiert und diskutiert wird.“

So beginnt der Artikel, der am vergangenen Freitag in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen ist, einer jungen Frau namens Atilim Bayar, die als Tochter türkischer Eltern in Frankfurt geboren wurde. Der Artikel endet mit den Zeilen:

„Als letztes möchte ich Ihnen erklären, weshalb die doppelte Staatsbürgerschaft oder das Behalten des alten Passes für uns so wichtig ist. Es ist ein Teil unserer Identität. Wir haben soviel von der einen wie von der anderen Kultur. Ich denke, daß wir gar nicht so viele Unterschiede zu Kindern aus binationalen Ehen haben, und dort stört die doppelte Staatsbürgerschaft doch auch nicht. Wir sind nicht das eine oder das andere, wir sind beides. Wir sind halb-halb. Was ist so schlimm daran?“

Wir sollten die Gefühle unserer eingewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger respektieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Um es noch einmal deutlich zu machen: Zwei Staatsbürgerschaften sind nicht das Ziel der Reform. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß sich viele Migrantinnen und Migranten noch nicht für ein Entweder-Oder entscheiden können, aus familiären und

(Matthias Böttcher)

emotionalen Gründen oder einfach deshalb, weil sie Angst haben, in dieser Gesellschaft keine Zukunft zu haben. Den meisten von uns würde es in dieser Situation genauso gehen.

Deshalb wollen wir sie aus dieser Gesellschaft nicht ausgrenzen, sondern mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes einen weiteren Beitrag dazu leisten, der ihnen helfen soll, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Dazu gehört es, nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte zu haben.

Gerade die **fehlende Integrationspolitik** der letzten Jahre ist eine Ursache der Probleme, die wir haben. So wurde bisher jede Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes von der Union verhindert. Deshalb finde ich es völlig verlogen, wenn sich die Union hinstellt und behauptet, die doppelte Staatsbürgerschaft sei integrationshemmend. Die Politik der Union der letzten Jahre und die Tatsache, daß sie gemeinsame Sache mit Stoiber macht, der unsere ausländischen Mitbürger in die Nähe der RAF rückt, lassen eher den Schluß zu, daß das Wort „Integration“ erst im Duden nachgeschlagen werden mußte, als die CDU ihre Unterschriftenkampagne formulierte. Mit dieser Aktion wird vorgegeben, Integration zu wollen. Dahinter steht aber ein politischer Profilierungsversuch auf Kosten der Migranten, der zur Spaltung in dieser Gesellschaft beiträgt.

Es gibt auch Leute in Ihrer Partei, die das ganz anders sehen. Kehren Sie auf den Boden einer sachlichen Auseinandersetzung zurück, und folgen Sie dem Beispiel einiger Ihrer Parteifreunde, die sich an dieser Aktion nicht beteiligen wollen, wie zum Beispiel zwei Drittel der großen CDU-Ortsverbände im Kreis Pinneberg, die erklärt haben, sie wollten an dieser Aktion nicht teilnehmen!

Sorgen Sie dafür, daß die CDU die Unterschriftenaktion stoppt! Sonst ist alles, was Sie zur Frage der Integration gesagt haben wollen, bloßes Pharisäertum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl der Landtag heute eine Debatte über ein Gesetz führt, für dessen Erlaß er keine Kompetenz besitzt, hat die Debatte doch ein Gutes. Nur bei wenigen Gesetzesentwürfen gingen die Emotionen so hoch wie beim Entwurf zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes. Der Streit geht nicht nur um die generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, die erleichterte Einbürgerung oder gar den von Professor Isensee düster beschworenen Staatsstreich durch das Parlament. Es geht eigentlich um viel mehr.

Was macht in einer Zeit, in der die Bindungen an die tradierten Werte, an Familie und Ehe, an politische und

gesellschaftliche Institutionen immer mehr schwinden, die Nation, das Volk aus, was sind die **verbindenden Elemente** in und zwischen **Staat und Gesellschaft**? Oder gibt es solche Klammern eigentlich überhaupt nicht mehr? Sind Nation oder Volk gedankliche Konstrukte aus einer Epoche, die zu Ende geht, und wir haben es nur noch nicht gemerkt? - Das sind Fragen, die sich heute auch in dieser Debatte stellen.

Trotzdem ist meine Fraktion verärgert über den auch nach dem Regierungswechsel anhaltenden Zwang der Regierungskoalitionen von Grün und Rot, die Politik in Bonn mit deklaratorischen Anträgen zu begleiten. Anstatt Unterstützungsadressen nach Bonn zu schicken, hätten sich die Regierungskoalitionen beispielsweise Gedanken über verbesserte Integrationshilfen im Land machen können oder über die Frage, wie der absehbare personelle Mehrbedarf zur Bearbeitung der zusätzlichen Einbürgerungsanträge gedeckt werden soll.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Selbstverständlich unterstützt die F.D.P.-Fraktion eine **Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes**. Ob sie allerdings diese Reform unterstützt, kann zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens nicht seriös beantwortet werden, weil die Diskussion noch im vollen Gange ist, Herr Kollege Böttcher.

Zu viele **Fragen** sind noch offen. Welche Vorstrafen - Vorstrafen, die bei uns begangen worden sind, oder Vorstrafen, die auch im Heimatstaat begangen und abgeurteilt worden sind - verbieten eine Einbürgerung? Wie wird der Familiennachzug geregelt? Sollen Deutschtests obligatorisch sein? Welchen Standards muß die ökonomische Situation von Antragstellern für einen positiven Bescheid genügen? Wir haben mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß sich ausgerechnet die SPD-Bundestagsfraktion dafür stark macht, daß das Einbürgerungsrecht ein Einbürgerungsrecht für Besserverdienende wird und nicht für die sozial Schwachen, von denen auch Sie gesprochen haben, Herr Kollege Böttcher. Kann es denn richtig sein, daß jemand, der zehn, 15 Jahre bei uns in Deutschland gelebt und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, nun, weil er ein oder zwei Jahre arbeitslos ist und Sozialhilfe empfängt, für seinen Lebensunterhalt nicht mehr selbst

(Wolfgang Kubicki)

sorgen kann, nicht mehr Deutscher werden kann, weil er dieses Kriterium nicht erfüllt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland leben mehr als 7,4 Millionen Menschen mit einem ausländischen Paß. Davon halten sich mehr als 2,2 Millionen, also annähernd 30 %, länger als 20 Jahre bei uns auf, 3,6 Millionen länger als zehn Jahre und 4,1 Millionen länger als acht Jahre. Allein diese Zahlen machen deutlich, daß Handlungsbedarf besteht. Es ist auch kein Geheimnis, daß dieses Problem eine der wenigen Altlasten der früheren christlich-liberalen Bundesregierung ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das von der F.D.P. nachdrücklich vertretene **Optionsmodell** fand in der Union in der Vergangenheit keine Mehrheit, da auch dieser Vorschlag für in Deutschland geborene Ausländerkinder bis zum Erreichen der Volljährigkeit eine doppelte Staatsangehörigkeit vorsah. Ich freue mich, Herr Kollege Stritzl, daß gestern bei einer Probeabstimmung der CDU-Bundestagsfraktion immerhin ein Drittel der Mitglieder Ihrer Fraktion in Bonn - darunter auch Volker Rühle - das Optionsmodell der F.D.P. nachhaltig unterstützt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Klaus-Peter Puls [SPD]: Hört, hört!)

Ob allerdings der Entwurf der Bundesregierung mit der **generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft** die optimale Lösung ist, muß noch geklärt werden. Es ist ja nicht so, daß die Einwände gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft aus der Luft gegriffen sind.

Allerdings geht es aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion nicht um ein **Rechtsproblem**. Die Zulassung einer doppelten Staatsangehörigkeit wird weder vom Grundgesetz noch von anderen europä- oder völkerrechtlichen Regelungen verboten. Darüber ist sich - bis auf wenige Ausnahmen - auch die Rechtswissenschaft einig. Ich möchte zum Beispiel nur den linken Umtriebe unverdächtigen Professor Kay Hailbronner, einen der führenden deutschen Rechtsgelehrten auf diesem Gebiet, nennen, der einige der Bedenken - wörtlich - „hanebüchen“ nannte und nicht erkannte, vor welchem europäischen Gericht man gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft klagen wolle. Eine Klage hat auch nach meiner Ansicht wenig Chancen auf Erfolg.

Ob die insbesondere von der CSU initiierte **Unterschriftenaktion** der Sache dient, ist auch für mich mehr als fraglich.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist ein legitimes Mittel im politischen Meinungskampf. Die F.D.P.-Fraktion ist nur über die Inkonsistenz der Argumentation der Union etwas irritiert. Einerseits werden plebiszitäre Elemente nachdrücklich abgelehnt, andererseits wird eine quasi-plebiszitäre

Unterschriftenaktion gestartet. Ab welchem Prozentsatz Ablehnung wird es eigentlich ernst? 10 %? 25 %? 50 %? Und welche Konsequenzen soll dieses Ergebnis haben?

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.])

Viel schlimmer ist der schon genannte **Trittbrettfah-rereffekt**, der durch diese Aktion ausgelöst wurde. Zu Beginn entstand doch der verheerende Eindruck, man lehne die Integration von Ausländern ab. Rechtsradikale Trittbrettfahrer haben dies sofort genutzt. Dafür kann die Union natürlich nichts. Das ist auf der anderen Seite des politischen Spektrums auch schon passiert. Man denke nur an die Kritik von SPD-Politikern an den Beschlüssen zur Währungsunion, die von interessierter Seite umgedeutet wurde. Man denke nur an den Aufruf der DVU in Niedersachsen, Gerhard Schröder zum Ministerpräsidenten zu wählen. Er ist auch nicht von seiner Kandidatur zurückgetreten, nur, weil die DVU zu seiner Wahl aufgerufen hat.

Wenn die Union allerdings früher klargestellt hätte, daß es ihr um die Vermeidung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft und nicht gegen Ausländer geht, dann wäre die notwendige Diskussion in der breiten Öffentlichkeit früher, intensiver und - wie ich vor allen Dingen meine - sachlicher geführt worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir alle sind uns wohl einig, daß die angestrebte Reform nur dann sinnvoll ist, wenn sie von einem großen politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Vermehrte Einbürgerungen müssen, wenn sie denn eine integrative Entwicklung fördern sollen, von der Bevölkerung akzeptiert werden. Verordnen läßt sich Zustimmung nicht. Für ein so weitreichendes Vorhaben muß geworben und informiert werden. Das hat Rot-Grün in Bonn bisher - wie ich meine - sträflich versäumt. Da wundert es nicht, daß der Appell an diffuse Ängste in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fällt. Dabei gibt es gute Gründe, die für einen Kurswechsel in der Staatsangehörigkeitspolitik sprechen.

Das 1913, also noch zu Kaisers Zeiten, erlassene Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht ist vom Prinzip des *ius sanguinis* geprägt. Das Gesetz hat seither viele Änderungen erfahren. Das **Abstammungsprinzip**

(Wolfgang Kubicki)

wurde gleichwohl nie ernsthaft in Frage gestellt. Die geplante Einführung des *ius soli* als bestimmendem Prinzip des Staatsangehörigkeitsrechts der Bundesrepublik ist ebenso eine Abkehr von einer 86jährigen Rechts-tradition wie die generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mystifizierung der einen Staatsbürgerschaft, die Idee, daß ein guter Staatsbürger nur ein Staatsbürger mit einem Paß und einer ungeteilten Loyalität gegenüber „seinem“ Staat sein kann, ist so nicht mehr haltbar, wenn sie es denn jemals war. Es ist ein seltsames Verständnis von Loyalität - wem gegenüber eigentlich? -, wenn man sie nur von einem Paß, einer Staatsangehörigkeit abhängig macht.

Deutschen ist eine Selbstverständlichkeit geworden, in alle Welt zu reisen. Schüleraustausch, Auslandssemester während des Studiums, Betriebspraktika im europäischen Ausland sind heutzutage schon lange keine exotischen Beigaben zur schulischen oder beruflichen Ausbildung, sondern Normalität. Mobilität ist ein Teil des Alltags. Für Mitbürgerinnen und Mitbürger der Europäischen Union gibt es bereits das kommunale Wahlrecht. Anscheinend sind diese Menschen auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit unserem Land gegenüber so loyal, daß sie hier wählen dürfen.

Wir sollten uns von dem Gedanken frei machen, daß nur derjenige oder diejenige ein guter Deutscher oder eine gute Deutsche sein kann, der oder die hier geboren ist. Herr Kollege Schlie, wenn man einmal die von Emnid erhobene Umfrage unter türkischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über deren Werteinstellung zur Kenntnis nimmt, stellt man fest, daß sie in Ihrer Werteinstellung deutscher sind als die meisten Deutschen, was Pünktlichkeit, Fleiß, Sauberkeit und andere Tugenden angeht, die man bisher den Deutschen zugeschrieben hat.

(Zurufe des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Das ist ein wahres Refugium an Deutschtümelei, was sich dort wiederfindet, das von Deutschen heute so gar nicht mehr vollzogen wird.

Bei anderen Gruppierungen klappt es doch auch, und zwar auch ohne größere Probleme, etwa bei Aussiedlern. Diese Gruppe ist ganz ohne Zweifel nicht in Deutschland geboren, wird aber ohne größere Friktionen zumindest von einem sehr großen Teil der Bevölkerung als „deutsch“ anerkannt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter! - Ich bitte um etwas mehr Ruhe! Sie haben das Wort, Herr Kubicki.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin, ich bedanke mich herzlich dafür! Wenn meine Argumente schon nicht überzeugen können, dann wenigstens Ihr Petikum.

Was soll das im übrigen sein, „deutsch“?

Bin ich ein guter Deutscher, wenn ich Sauerkraut und Knödel, Flensburger Pilsener, meine Frau und „ran“ mag, die Hausordnung pünktlich erledige und Urlaub im schönen Land der Bajuwaren mache? Oder muß ich Single sein, Heiraten spießig finden, Döner Kebap und chilenischen Wein als meine Leibspeise bezeichnen, Pünktlichkeit und Ordnung für veraltete deutsche Sekundärtugenden halten und meinen Urlaub im sonnigen Mallorca verbringen?

(Klaus Schlie [CDU]: Das paßt zu Ihnen!)

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. - Auslandsreisen würden Ihnen auch nicht schaden, Herr Schlie!

(Beifall bei SPD)

Bei näherer Betrachtung würde man vielleicht sogar feststellen, daß etwa die Schleswig-Holsteiner mehr Gemeinsamkeiten mit den Dänen haben als mit Schwaben und Bajuwaren.

Was ist also das **Kriterium** für die **deutsche Staatsbürgerschaft**?

Die überkommene Großinstitution Kirche verliert an Wirkkraft, familiäre Bindungen lösen sich immer mehr auf, soziale Milieus entfalten immer weniger Bindungswirkung, und auch die Institution Staat verliert ihre Reputation als allmächtige Problemlösungsmaschine.

Die Lebensstile und Wertvorstellungen sind zu heterogen geworden, um die Zustimmung zu einzelnen, im Endeffekt willkürlich gewählten Ideen als Maßstab für eine Zugehörigkeit zum „deutschen“ werten zu können.

Was bleibt, ist die Orientierung an den **Werten** einer **offenen Bürgergesellschaft**.

Das bisher Gesagte darf aber auch nicht zu einer völligen Entwertung einer Staatsangehörigkeit führen. Eine heterogene und offene Bürgergesellschaft steht

(Wolfgang Kubicki)

immer in der Gefahr, nicht genügend Bindungskräfte aufbieten zu können oder, wie es sinngemäß der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde formuliert hat: „Der liberale Rechtsstaat beruht auf Grundlagen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Wenn schon keine allgemein anerkannten gesellschaftlichen Normensysteme mehr existieren, dann braucht eine solche Gesellschaft um so dringender Akzeptanz für den Rahmen, in dem sie sich entfalten kann: Akzeptanz für das politische System, für die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte, für die gesellschaftlichen und politischen Konfliktlösungsmechanismen. Eine Bürgergesellschaft braucht das, was Dolf Sternberger schon vor vielen Jahren als „Kitt“ für eine moderne Gesellschaft gesehen hat: **Verfassungspatriotismus**. Das ist das entscheidende. Wir brauchen bei denen, die sich zu uns bekennen, Verfassungspatriotismus.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Ich halte es aus diesem Grund für unbedingt notwendig, von Einbürgerungswilligen Kenntnisse unseres politischen Systems und ein Bekenntnis zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen und zu dem System der Lösung von Konflikten - die in anderen Gesellschaften durchaus anders gelöst werden - in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dies ist ebenso wichtig wie ausreichende Deutschkenntnisse, ohne die eine erfolgreiche Integration in ein Gemeinwesen nicht möglich ist.

Dies alles ist als ein Angebot an Einbürgerungswillige, die längere Zeit im Land verbracht haben - Zuwanderer möchte ich an dieser Stelle einmal ausklammern -, zu verstehen. Sprachkenntnisse und Kenntnisse des politischen Systems werden in Verbindung mit einem Bekenntnis zum System als Beleg für die Ernsthaftigkeit des Einbürgerungsbegehrens betrachtet. Im Gegenzug bieten Politik und Gesellschaft Integration und Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens an.

Herr Kollege Puls, ich bitte darum, daß wir Ihren Antrag in den Ausschuß überweisen und beraten können, insbesondere um uns über die Bedingungen zu unterhalten, unter denen wir glauben, daß eine Integration durch Verleihung der Staatsbürgerschaft in unserem Land und Gemeinwesen möglich ist. Ich glaube, daß wir mit dieser Diskussion auch einen Beitrag zur politischen Bildung insgesamt leisten, der heute morgen hier angefordert worden ist.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts hat eine redliche Debatte verdient. Der Streit ist für viele Bürgerinnen und Bürger nur schwer zu verstehen. Nicht nur einmal wurde mir in den letzten Wochen die Frage gestellt: Was heißt das jetzt eigentlich? Sind das alle Ausländer, sind das nur die Asylanten? Wir wissen alle, wohin solche Fragen führen; und wir wissen alle, wo mit solchen Fragen eingeheizt werden kann.

Doch jahrelang ist in Sachen notwendiger Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts nichts geschehen. Jetzt hat die neue Bundesregierung einen Entwurf erarbeitet. Statt die Debatte im Bundestag zu führen - wo sie hingehört -, wird sie nun auf der Straße ausgetragen. Die CDU ist dabei, Unterschriften zu sammeln - das wissen wir. Das ist ein Novum - auch das wissen wir. Das ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund bemerkenswert, daß sich gerade die CDU in der Vergangenheit immer wieder gegen die Einführung von Volksinitiativen, Volksbefragungen, gegen die Einführung von plebiszitären Elementen ausgesprochen hat. Aber ich denke, der Tapetenwechsel hat auch hier zu neuen Liebschaften geführt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete! Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Was bleibt, ist die Tatsache, daß Bürgerinnen und Bürger nicht darüber aufgeklärt worden sind, worum es im einzelnen geht. Eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit ist überhaupt nicht geleistet worden. Zurück bleibt ein Scherbenhaufen.

Für den SSW steht fest, daß eine **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts** längst überfällig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Dabei geht es nicht nur um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Sie ist - wie gesagt - nur ein Teil-

(Anke Spoorendonk)

bereich der Reform. Es geht zu allererst darum, wer deutscher Staatsangehöriger sein soll oder sein darf. Bis 1934 leitete sich die Reichszugehörigkeit aus der Landeszugehörigkeit ab. Seit 1934 besteht die unabhängige deutsche Staatsbürgerschaft, die nach 1945 erhalten geblieben ist. Es stellt sich seit langem die Frage, ob an diesem sogenannten Blutsprinzip - das ist nicht mein Wort - festgehalten werden soll. Demgegenüber erhält das Kind nach dem sogenannten Bodenprinzip - auch das ist nicht mein Wort - die Staatsangehörigkeit des Staates, in dem es zur Welt kommt. Die Nationalität der Eltern spielt dabei keine Rolle.

Die neue Bundesregierung möchte dieses Bodenprinzip in bestimmten Grenzen einführen. Das ist das Grundsätzliche, über das schon seit langem diskutiert wird - nicht nur in juristischen Fachkreisen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will der alten Bundesregierung gern zugute halten, daß auch sie sich mit dem Thema auseinandergesetzt hat, sie hat aber nichts vorgelegt. Nicht zuletzt aus diesem Grund kommt Deutschland in der europäischen Gesamtschau langsam, aber sicher die Rolle des Schlußlichtes zu. Man könnte fast vermuten, daß man sich bewußt zurückgelehnt hat - ich unterstelle das einmal -, um abzuwarten, ob man sich vor der Verantwortung, das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht zu reformieren, drücken kann, in der Hoffnung, daß sich alles erübrigen wird, weil wir irgendwann - vielleicht in ein paar Jahren - einmal eine EU-Staatsbürgerschaft bekommen werden. Damit helfen wir aber gerade den Ausländern überhaupt nicht, die in erster Linie von dem Reformvorhaben betroffen sind und denen es in erster Linie gilt, Hilfe zukommen zu lassen.

Man übersieht dabei auch, daß auf europäischer Ebene heute ein ganz anderes Verständnis vorherrscht, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war. So hat es beispielsweise eine Konvention des Europarates gegeben, die sich für die Vermeidung der Mehrstaatlichkeit ausgesprochen hat. Mittlerweile gibt es aber eine neue Konvention, die sich zu der Frage der Staatsbürgerschaft sozusagen neutral verhält. Diese Konvention muß in Deutschland noch ratifiziert werden. Hier hat sich in den letzten Jahren also viel verändert. Heute ist die **doppelte Staatsbürgerschaft** in vielen europäischen Ländern selbstverständlich.

Von den Gegnern der doppelten Staatsbürgerschaft wird vielfach ins Feld geführt, sie widerspreche dem Grundgesetz. Dabei wird aber die Haltung des Bundesverfassungsgerichts außer acht gelassen, das sich bei der Entscheidung über das Kommunalwahlrecht für Ausländer unmißverständlich geäußert hat. Ganz unpräzise umschrieben sagt das Bundesverfassungsgericht, daß alle in einem Land lebenden Menschen die Möglichkeit haben sollen, ihre Demokratie mit zu gestalten. In Deutschland gibt es demnach viel zu viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die kein

Wahlrecht haben. Denn mitgestalten kann nur, wer das Wahlrecht hat. So funktioniert ja unser System. Die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben kein Wahlrecht, können also nicht mitgestalten. Das Bundesverfassungsgericht hat auf die Möglichkeit verwiesen, auf diese Tatsache mit entsprechenden staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen zu reagieren. Für die Ausländer, die ihre Staatsangehörigkeit nicht aufgeben können oder wollen, kann das nur ein Anspruch auf eine doppelte Staatsbürgerschaft bedeuten.

Hinzu kommt, Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren werden, sind Inländer ohne inländischen Paß. Jetzt sollen sie den entsprechenden Ausweis erhalten.

Die Reform ist kein Selbstzweck. Es geht um **Integration**, das ist schon mehrfach betont worden. Das ist auch das Kernstück dieser Angelegenheit. Der Aufruf zur Unterschriftenaktion der CDU enthält den Satz: „Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen.“ Aus der Sicht des SSW sollte der Satz richtigerweise lauten: „Die Einbürgerung kann zu einer gelungenen Integration beitragen.“

(Ursula Röper [CDU]: Das tut sie in der Regel nicht!)

Sicher, man sollte nicht der Hoffnung erliegen, daß die Einbürgerung alle Integrationsprobleme lösen kann. Man darf aber auch nicht die Augen davor verschließen, daß die deutsche Wirklichkeit Integration oftmals behindert oder sogar verhindert. Es ist in den bundesdeutschen Metropolen keine Ausnahme, daß Wohnungssuchende zunächst darauf abgeklöpft werden, ob sie Ausländer sind. So entsteht Gettoisierung. Von den Gastarbeitern möchte ich hier jetzt gar nicht sprechen, ihre Probleme sind in der Debatte schon hinlänglich zum Ausdruck gekommen.

Andererseits ist es sicher richtig, daß erwachsenen einbürgerungswilligen Ausländern etwas abverlangt werden muß. Ich denke hier beispielsweise an das Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat und zur deutschen Sprache.

Deutschland hat sehr viele ausländische Inländer, die seit nunmehr drei Generationen hier leben. Ihre Kinder sind in unserer westlichen Welt mit ihren entspre-

(Anke Spoorendonk)

chenden Werten und einer bestimmten Lebensanschauung aufgewachsen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Nein, ich habe nicht soviel Zeit. Entschuldigen Sie bitte!

Natürlich werden Kinder auch von ihrem Elternhaus geprägt. Als Erwachsener können sie zu Recht von sich behaupten, daß zwei Herzen in ihrer Brust schlagen. Weshalb - das ist die Frage - sollen sie nicht zu beiden Herzen stehen dürfen? Der Gedanke, mit 18 Jahren solle man sich für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden, geht mit der Befürchtung einher, die doppelte Staatsbürgerschaft könnte ein Loyalitätsempfinden zu Deutschland verhindern. Das ist das Argument. Wer das behauptet, verkennt aber die Wirklichkeit. Ich möchte hinzufügen, daß ich das aus eigener Erfahrung sagen kann. Er verkennt auch die Situation von Angehörigen nationaler Minderheiten. Mein Vorgänger Karl-Otto Meyer, der oft eine sehr plastische Ausdrucksweise hat, sagt von sich selbst, er sei Däne mit deutschem Paß. Die Staatsbürgerschaft ist also nur ein Teil der eigenen Identität. Die deutsche Gesellschaft hat aber viele verschiedene Formen von Identitäten, die nicht alle an den jeweiligen Ausweis geknüpft sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch die Tatsache.

In unserer Landesverfassung - auch das ist vorhin schon angeklungen - steht gerade zu diesem Punkt - ich zitiere einmal aus dem berühmten Artikel 5 der Landesverfassung -:

„Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.“

Das heißt, Identität und Loyalität dem Staat gegenüber, dem man angehört, sind nicht immer nur ein Paar Schuhe. Es sind oft mindestens zwei Paar Schuhe. Die Loyalität zu einem Land wird nur dadurch gefördert, daß man sich mit ihm identifizieren kann. Darum ist es ein Skandal, daß Ausländerinnen und Ausländer, die seit mehr als 20 Jahren Inländer sind, keine Beteiligungsmöglichkeiten und keine Teilhabe an unserer Demokratie haben.

Die Befürchtung, Bürger mit doppelter Staatsangehörigkeit erhielten doppelte Leistung, ist unbegründet und unsinnig. In den meisten europäischen Staaten sind Leistungen eng mit dem Wohnsitzprinzip verknüpft.

Ebensowenig ist zu erwarten, daß Träger doppelter Staatsbürgerschaft doppelt so viele Verpflichtungen haben werden. Bilaterale Abkommen zur Ableistung der Wehrpflicht, wie es sie zum Beispiel zwischen der Türkei und Deutschland bereits gibt, werden das verhindern.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Für den SSW ist es ein wichtiges Signal, daß von einer Entscheidung zur Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechts ausgegangen werden muß. Wir möchten gern - das ist unsere Auffassung -, daß am Ende eine breite Mehrheit dazu steht. Das heißt aber nicht, daß wir in Sachen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für jedweden Kompromiß zu haben sind. Die Zeit der Runden Tische ist vorbei, möchte ich hinzufügen. Es kann deshalb allenfalls nur um einen tragfähigen Kompromiß gehen. Entscheidend ist, daß die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft von allen als ein erster Schritt betrachtet wird, der zu einer besseren Integration führen kann.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Anke Spoorendonk [SSW]:

- Ich komme zum Schluß. - Vorhin wurde beantragt, man möge dieses Problem noch einmal im Ausschuß beraten. Ich bin auch dafür, daß man das tut. Ich habe die Hoffnung, daß der Dialog dadurch verstärkt wird und daß man über die Ausschubarbeit hinweg den Leuten hier im Lande vielleicht etwas mehr darüber mitteilen kann, was eigentlich in Gang ist.

Also, vorhin sprachen wir von politischer Bildung, lassen Sie uns ein Stück politische Bildung leisten, indem wir Kommunikationsfähigkeit und Dialogfähigkeit zeigen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands aus Husum.

(Beifall)

Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Diskussion und die generelle Hinnahme von Mehrstaatlichkeit, die Züge eines Glaubenskrieges angenommen hat, verkürzt das mit dem Entwurf verfolgte Anliegen und polarisiert unnötig.

Dem Gesamtanliegen des Entwurfs wird die Betrachtung des Teilaspekts der doppelten Staatsbürgerschaft nicht gerecht, denn die Reform hat nicht deren Einführung zum Ziel, sondern die **Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit**. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird hierbei hingenommen, aber nicht angestrebt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Ich bin sehr dafür, Herr Abgeordneter Schlie, daß wir unter Demokraten anständig darüber diskutieren. Dies ja, durch Unterschriftenaktionen polarisieren - nein!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin allerdings auch dafür - um Anregungen aus der vorausgegangenen Diskussion aufzunehmen -, daß wir im Parlament und auch in den Ausschüssen noch einmal darüber diskutieren. Alles, was wir an Konsens zu diesem brisanten und schwierigen Thema im Land erreichen könnten, wäre anzustreben. Wenn eine Ausschußdiskussion dazu beitragen kann, diese vielfältigen Aspekte, die später in der Umsetzung zum Teil auch unsere Landesprobleme betreffen werden, zu diskutieren, bin ich sehr dafür.

Die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland über viele Jahrzehnte hat dazu geführt, daß heute hier über 7 Millionen von ihnen dauerhaft leben. In Deutschland hat dadurch de facto Einwanderung in größerem Maße stattgefunden. Daß diese Menschen hier Wurzeln geschlagen haben, zeigt auch die große Zahl der in Deutschland geborenen Kinder und Kindeskindest dieser Einwanderer. Jedes Jahr kommen etwa 100.000 Kinder ausländischer Eltern bei uns zur Welt.

Mit Ausnahme der deutschen Staatsangehörigkeit sind diese ausländischen Mitbürger zu Inländern geworden. Sie sind **ausländische Inländer**.

Es ist schlicht falsch, daß sich die beabsichtigte Reform mit den Möglichkeiten und Voraussetzungen weiteren Zuzugs nach Deutschland befaßt. Geregelt werden soll die **rechtliche Integration** der hier bereits seit langem lebenden Menschen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Entwurf baut den ausländischen Mitbürgern eine Brücke zur Teilnahme an unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, und er schafft damit auch sozialen Frieden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Darin liegt die eigentliche Bedeutung dieser Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes: Es ist der längst fällige, notwendige Beitrag zur Integration von Mitbürgern, die auf Dauer bei uns leben und die zu unserem kulturellen und wirtschaftlichen Reichtum beitragen. Sie sind Steuerzahler, sie leisten Beiträge zu unseren Sozial- und Rentenversicherungssystemen, und sie sind Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen. Sie sollen deswegen alle die vollen politischen Rechte erhalten. Denn nur wer mitwirken kann, ist auch bereit, Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Form der Integration setzt auch bei uns Akzeptanz voraus, Toleranz und Offenheit gegenüber Neuem, Fremdem und Ungewohntem. Ich bin sicher, daß die Mehrheit der Menschen in diesem Land diese Toleranz und Offenheit und damit auch die Akzeptanz für diese Reform aufbringen wird, denn die Menschen in diesem Lande wissen: In der ethnischen und kulturellen Vielfalt liegt eine große Zukunftschance für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schlicht falsch, wenn behauptet wird, daß die deutsche Staatsangehörigkeit zum Nulltarif erworben werden könnte. Ihr Erwerb setzt nicht nur Integrationswillen voraus, sondern verlangt nachgewiesene Integration in der Form, sich in unsere Gesellschaftsordnung einzufügen und unsere Grundwerte, die ihren Niederschlag im Grundgesetz gefunden haben, zu akzeptieren. Der Reformgesetzentwurf trägt dem Rechnung, indem er ein Bekenntnis zu unserer Verfassung verlangt.

Falsch ist auch die Behauptung, daß eine bereits abgeschlossene Integration Voraussetzung für rechtliche Gleichstellung sein müsse. Es dürfte schon schwierig sein, hierfür einen konkreten Zeitpunkt zu bestimmen. Es könnten allenfalls Kriterien wie etwa Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnisse, Unterhaltsfähigkeit und rechtliche Integration im Sinne rechtstreuen Verhaltens herangezogen werden. Insbesondere der Verständigung in deutscher Sprache kommt deswegen besondere Bedeutung zu, weil ohne sie Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben wesentlich erschwert würde.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Falsch ist, daß verfassungs- oder gar völkerrechtliche Gründe gegen die **Mehrstaatlichkeit** sprechen würden. Lesen wir einfach einmal nach, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum kommunalen Ausländerwahlrecht in Schleswig-Holstein geschrieben hat. Dem Bundesgesetzgeber steht es danach sehr wohl frei, das in Artikel 20 Grundgesetz benannte Volk erweitert zu definieren.

Gegen die Hinnahme von Mehrstaatlichkeit sprechen - entgegen vereinzelt gebliebener Auffassungen - auch keine überzeugenden rechtlichen Gründe. Das gilt sowohl für die deutsche Verfassungsordnung wie für das europäische Recht.

Falsch ist, daß ausländische Inländer in Rechtsunsicherheit und Kollisionslagen gebracht würden. Richtig ist vielmehr, daß bei kollidierender Inanspruchnahme von Mehrstaatlern im internationalen Privatrecht und in internationalen Rechtsbeziehungen durch die deutsche gerichtliche Praxis in der Regel auf die deutsche Staatsangehörigkeit abgestellt wird. Im übrigen kann und können Kollisionslagen zum Beispiel bei der Wehrpflicht auch durch bi- oder multinationale Abkommen geregelt werden.

Falsch ist schließlich, daß durch Mehrstaatlichkeit politische Konflikte aus den Herkunftsländern nach Deutschland getragen würden. Erfahrungen anderer Länder zeigen, daß dies nicht der Fall ist und, wenn es vorkommt, im übrigen in keinem kausalen Zusammenhang mit Mehrstaatlichkeit steht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Falsch ist, daß wir Straftäter ins Land holen. Der Entwurf schließt genau dies aus.

Falsch ist, daß wir Menschen zu Deutschen machen, die dem Staat auf der Tasche liegen, wie das von manchen behauptet wird, wobei sehr wohl Konstellationen vorstellbar sind, bei denen von diesem Grundsatz auch abgewichen werden sollte. Wenn jemand zehn, 15 Jahre in Deutschland gearbeitet hat und unverschuldet arbeitslos wird, warum soll dann ein Einbürgerungshindernis bestehen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich: Die geltend gemachten Loyalitätskonflikte, die sich in dem Satz widerspiegeln, „Man kann nicht gleichzeitig zwei Herren dienen“,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt „Herren“?)

halte ich für ein Relikt überholten nationalstaatlichen Denkens und den Versuch, kulturelle Identität zu konservieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verweigerung rechtlicher Gleichstellung ist eher der Loyalität gegenüber Deutschland abträglich.

Mich hat sehr beeindruckt, was kürzlich von einer jungen Türkin zu lesen war - ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin -: „Wir haben soviel von der einen wie von der anderen Kultur,“ sagt die junge Frau. „Wir sind nicht das eine oder das andere, wir sind beides, wir sind halb und halb. Was ist so schlimm daran?“ fragt die junge Türkin.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, es gilt immer noch das Wort von Willy Brandt, wonach sich die moralische Qualität einer Mehrheit in der Toleranz beweist, mit der sie Minderheiten begegnet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir die Medienberichterstattung über schon durchgeführte **Unterschriftenaktionen** in den letzten Tagen anschau, habe ich Zweifel, ob dieses Maß an Toleranz von der **CDU/CSU** überall aufgebracht wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlechtes Argument!)

Ich zitiere aus der „Welt“ von heute aus einem Bericht über das Umfeld von Unterschriftensammlungen in Frankfurt, über all die Emotionen und Vorurteile, die dort hochkommen. In diesem Bericht wird eine Frau zitiert, die da sagt: „Die kommen hier alle her mit einer Anspruchshaltung - das ist unverschämt. Und wenn sie hier sind, finden sie keine Arbeit, und wir bezahlen.“

Ein anderer wird zitiert: „Wir sind doch eh schon eine Bananenrepublik.“

(Holger Astrup [SPD]: Das kommt mir alles so bekannt vor!)

„Ein älterer Mann brüllt aus 10 m Entfernung eine junge Frau, die sich als Befürworterin des Doppelpasses geoutet hat, an: 'Ihr wißt doch gar nicht, wovon ihr redet. Wir waren im Krieg, und ihr habt euch durchgefressen.' - 'Herrenrasse!' brüllt ein Kontrahent zurück.“

Hier ist eine Lawine losgetreten worden, übrigens noch durch den CDU-Mann an dem Stand interpret-

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

tiert, der sagt: „Das war noch gar nichts; manchmal geht es hier noch viel höher her!“ Ich zitiere weiter: „Wir nehmen aber bewußt in Kauf, daß diese Emotionen so hochkochen.“

Ich meine, genau das ist es, was wir alle nicht wollen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiermit ist eine Lawine losgetreten worden, die übrigens auch die grundsätzlich legitime Unterschriftenaktion diskreditiert.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, daß es in der CDU sehr besonnene Stimmen dazu gibt, zum Beispiel Richard von Weizsäcker: „Die Materie ist für plebiszitär eingesammelte Unterschriften viel zu komplex. Eine solche Aktion könnte es auch beim besten Willen nicht vermeiden, Ausländer-raus-Instinkte zu schüren. Sie paßt nicht zu einer Partei, die sich mit großem Recht zum Zusammenschluß in Europa bekennt.“

Oder ich nenne Christa Thoben, Mitglied des CDU-Präsidiums: „Vom Verfahren her ganz deutlich ‚nein‘ aber die CSU glaubte offensichtlich, sie könnte uns in ihrem Sinne domestizieren. Ich habe für solche Stammtischpolitik bei dem sensiblen Thema Ausländerintegration kein Verständnis. Das bekommt der CDU schlecht.“ - So Christa Thoben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun habe ich sehr wohl zur Kenntnis genommen, daß auch der Oppositionsführer hier im Landtag, Herr Kayenburg, in einer ersten Reaktion auf die Absichten seiner Partei auf wohlthuende Distanz gegangen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geben Sie dies nicht auf, Herr Kayenburg; machen Sie Ihren Einfluß geltend, damit uns in Schleswig-Holstein die geschilderten Polarisierungen erspart bleiben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich als Vertreter eines Wahlkreises, der überproportional viele ausländische Mit-

bürger aufweist, nämlich der Stadtteil Gaarden im Kieler Osten, einiges dazu sage.

Am Anfang zu Ihnen, Herr Innenminister! Ich finde es prima, daß Sie gesagt haben, wir sollten nicht polarisieren, und ich finde es prima, daß Sie auch anerkannt haben, daß das Gespräch mit den Bürgern im Mittelpunkt steht. Damit haben Sie genau unsere Meinung getroffen. Vielleicht sollten dann auch alle - wenn man dies gemeinsam so sieht - der Versuchung widerstehen, von diesem Platz aus den Eindruck zu erwecken, als wolle die **CDU** mit der **Unterschriftenaktion** genau das Gegenteil erreichen. Nein, wir wollen das Gespräch in den Mittelpunkt stellen, und das Gespräch mit den Bürgern muß in den Mittelpunkt gestellt werden. Ich denke, daß dies das entscheidende ist.

Das Gespräch mit den Bürgern muß vorweggehen. Ich würde mich auch freuen, wenn wir das Gespräch im Bundestag und hier im Landtag führen könnten.

Sie haben recht, wenn Sie Reaktionen schildern, die bedrücken. Aber das sind nicht nur Reaktionen auf Reaktionen, sondern eben auch Reaktionen auf Aktionen. Ich hätte mir gewünscht, daß ein Bundesinnenminister - egal, von welcher Partei -, wenn er eine Änderung in dieser Form anstrebt, wie er sie anstrebt, zunächst das parteiübergreifende Gespräch gesucht hätte und daß auch eine Bundesjustizministerin nicht sagt - darüber sollten wir dann auch Einigkeit erreichen -, wie es die jetzige getan hat: Mit der CDU reden wir nicht!

Ich finde es gut, daß ich heute hier vernehmen konnte, daß wir das, was in Ihrem Antrag steht, im Ausschuß gemeinsam weiter besprechen wollen. Die **doppelte Staatsangehörigkeit** sei - so sagen Sie - nicht Ihr Ziel, aber selbstverständlich hat die Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zur Folge, daß diese Wirkung im Ergebnis eintritt. Was ich hier heute gehört habe, hat mich nicht davon überzeugen können, daß dieser Schritt die Integration bedeutet.

Wenn Sie - ich beziehe mich jetzt auf meinen Wahlkreis - am Wochenende über den Marktplatz, den Vintaplatz, gehen, dann erleben Sie eine Kultur, von der wir alle zu Recht sagen, sie bereichere. Aber wir alle wissen auch, daß sie uns nach wie vor weitgehend fremd ist.

Ich habe mich vorhin bei einigen Redebeiträgen folgendes gefragt. Wenn ich mir jetzt vorstelle, daß der

(Thomas Stritzl)

Gesetzentwurf der Bundesregierung in Kraft getreten wäre, was, bitte schön, hätte sich verändert? Was hätte sich allein durch die doppelte Staatsbürgerschaft geändert?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Er hat das nicht begriffen!)

Ich denke, daß wir uns sehr viel stärker darum bemühen müssen, ernsthaft **Integrationspolitik** zu betreiben. Wir haben es zugelassen, daß eine Ghettoisierung stattfindet; wir haben uns nicht hinreichend bemüht, bei jungen Menschen Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit auch im Bildungssystem gemeinsam anzustreben. Hier gibt es Defizite.

Deswegen gehöre ich zu denjenigen, die sagen: Laßt uns die Integration insbesondere über die Herzen und Köpfe der jungen Menschen erreichen. Ich glaube, daß hier - das glaubt zum Beispiel auch Volker Rühle, und dazu bekenne ich mich ganz persönlich - die Möglichkeit für junge Menschen einzuräumen ist, wenn sie denn 18 Jahre alt sind, sich zu entscheiden. Auch dies ist eine vernünftige Überlegung, weil dann die Teilhabe natürlich auch an der politischen Gestaltung - passiv wie aktiv - stattfindet und eine Entscheidung vor diesem Hintergrund nichts ist, was Integration nicht ermöglicht.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Thomas Stritzl [CDU]:

In diesem Sinne hoffe ich, daß wir über die Grenzen der Parteien hinweg nicht eine die Polarisierung betreibende, sondern das gemeinsame Verständnis voranbringende Diskussion führen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und die Abgeordneten des SSW haben sich auf einen Änderungsantragstext verständigt, der es ermöglicht, hier heute in der Sache abzustimmen. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Landtag unterstützt die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft.“

Die CDU-Fraktion hat sich nicht in der Lage gesehen, ihre Unterschrift unter diesen Antrag zu setzen.

Wir, die genannten Fraktionen und Abgeordneten, bitten demgemäß hier heute um die Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich vorhin zu Wort gemeldet, weil der Kollege Stritzl die Frage stellte, was sich im Grunde genommen für die Menschen in Kiel-Gaarden ändert, wenn sie jetzt die doppelte Staatsangehörigkeit bekommen.

Ich kann Ihnen sagen: Da wird sich für diese Menschen ganz, ganz viel ändern. Als die Stadt Kiel die interkulturellen Wochen durchführte, hatte ich Gelegenheit, die Arabische Gesellschaft, die ja in Kiel-Gaarden zu Hause ist, zu besuchen.

Tenor aller Gespräche war: Wenn wir die doppelte Staatsbürgerschaft bekommen, können wir mitbestimmen, mitgestalten und uns einbringen. Es ist kein Zufall, daß der beratende Ausschuß für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt Kiel - der heißt etwas anders - nicht funktioniert. Das heißt: Wer mitgestalten will, muß da sein können, wo die Musik gespielt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Darum muß noch einmal deutlich gemacht werden: Natürlich ist es ein entscheidender Schritt - und ich bin dem Innenminister sehr dankbar dafür, daß er das auch noch einmal deutlich gemacht hat -, daß die doppelte Staatsbürgerschaft wirklich nur ein Teilbereich ist, daß es insgesamt um die Modernisierung des - das haben wir ja schon x-mal gehört - aus dem Jahre 1913 stammenden Staatsbürgerschaftsrechts geht. Polarisierung ist also nicht angesagt.

Ich möchte nur deutlich machen: Wer eine Unter-

(Anke Spoorendonk)

schriftenaktion in Gang setzt, fängt an zu polarisieren und sagt, wir wollen keine Gespräche.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir haben uns auf diesen gemeinsamen Antrag geeinigt. Das soll uns natürlich nicht daran hindern, weiter Gespräche zu führen, denn ich bleibe bei meiner Aussage, daß Gespräche wichtig sind und der Dialog auf jeden Fall auch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Siebke hat Wort zu einem Kurzbeitrag.

Hans Siebke [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, Sie sprachen von Integration. Ich bin Sportfunktionär, und mir wurde schon von Leuten aus diesem Parlament, aber auch von Parteimitgliedern der SPD gesagt: „Jetzt geh du mal in die Vereine, dann wollen wir mal erleben, was dir passiert!“ Mir ist gar nichts passiert. Der Kreissportverband Segeberg betreibt seit zehn Jahren **Integrationspolitik mit Sport** für Asylbewerber und Aus- und Übersiedler. Horst Hager hat das ins Programm übernommen.

Ich will hier endlich einmal loswerden, wie feige wir sind. Da werden vom Landessportverband und von der Landesregierung Aufkleber mit einem Doppelpfeil initiiert: „Sport gegen Gewalt“. Ein türkischer Sportler sagt zu mir: „Hans, warum ändert ihr das nicht endlich?“ Ich habe den Antrag gestellt, und wir sind zu feige, den zu ändern, weil wir die Diskussion über diesen Aufkleber gefürchtet haben.

Wenn wir nicht bereit sind, Fehler auch einzugestehen, dann können wir auch nicht verhindern, daß Diskussionen in Richtungen ausufern, die wir nicht wollen. Ich bitte uns alle, dieses Thema so sensibel zu behandeln, wie es das verdient. Ich möchte nicht derjenige sein, der irgendwo ein Faß aufmacht. Ich möchte uns nur alle bitten, damit so vorsichtig umzugehen, wie wir miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Herr Böttcher? Noch einmal ein Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung? - Herr Böttcher, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll das denn noch?)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wollte noch einmal ganz kurz auf die Frage eingehen, was sich denn ändert. Ich glaube, für die Betroffenen ändert sich sehr viel, weil diese Menschen nicht

mehr der einschränkenden Ausländergesetzgebung unterliegen. Das andere hat Frau Spoorendonk schon gesagt.

Ich möchte noch einmal auf einen Punkt hinaus: Es wurde versucht, Gemeinsamkeit und Kompromißbereitschaft zu formulieren. Ich würde mich freuen, wenn es wirklich gehen würde. Jedoch höre ich die Botschaft, allein mir fehlt der Glaube, wenn ich mir die Äußerungen der CDU im Bundestagswahlkampf, aber auch jetzt anhöre. Denn Wolfgang Schäuble sagt: „Die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit ist Gift für die Integration sowie für den inneren Frieden.“ Als Signal hätte ich mir von seiten der CDU erhofft, daß Sie sagen: „Wir wollen eine sachliche Diskussion führen, wir ziehen unsere Unterschriftensammlung zurück.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dann hätte man heute mit meiner Zustimmung sagen können: „Gut, wir setzen uns alle noch einmal zusammen.“ Diese Hoffnung habe ich jedoch nicht mehr, und deswegen sollten wir auch nicht so tun, als ob es so gehen würde. Deswegen fordere ich heute Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich jetzt die Beratung.

Es ist zum einen Ausschußüberweisung, zum anderen Abstimmung in der Sache beantragt worden.

Ich lasse zunächst über die Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß abstimmen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und des SSW abgelehnt.

(Widerspruch)

- Entschuldigung, gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des SSW.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag, Drucksache 14/1882, mit der von Herrn Abgeordneten Puls vorgetragene Änderung - soll ich die noch einmal vorlesen, oder haben Sie sie im Kopf? - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit der genannten Änderung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich schließe damit die Vormittagssitzung. Um 15:00 Uhr fahren wir fort mit dem Tagesordnungspunkt 21.

(Unterbrechung: 13:07 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Anträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/1539 und 14/1575

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/1878

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Eichelberg, das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Als ich am vergangenen Freitag die Erklärung zu Ihrer **Jahresauf-taktpressekonferenz** gelesen habe, habe ich meinen Augen nicht getraut, und das gleich aus mehreren Gründen; vor allem aber deswegen, weil Sie in Ihrer Presseerklärung davon sprechen, daß wir ein starkes Wir-Gefühl in Schleswig-Holstein brauchen, um wichtige Weichen für unser Land gemeinsam zu stellen. Ich betone „gemeinsam“.

An anderer Stelle schreiben Sie, Sie wollten mit allen Landtagsfraktionen Vorschläge zur Finanzplanung des Landes und zur weiteren strukturellen Entlastung des Haushaltes diskutieren.

Ich wundere mich, denn wir haben Ihnen 1998 diese Gemeinsamkeiten mehrfach angeboten, zuletzt bei den Haushaltsberatungen für 1999 vor vier Wochen am 21. Dezember 1998 hier in diesem hohen Hause. Sie haben bisher jedes Mal strikt abgelehnt.

Wir haben in unserem Haushaltsantrag eine Vielzahl von Vorschlägen zur strukturellen Entlastung des Haushaltes gemacht. Keinen haben Sie akzeptiert. Wir hatten Ihnen solche Vorschläge zur strukturellen Entlastung aber auch schon zu den Haushaltsberatungen 1998 angeboten. Auch damals haben Sie sofort abgewinkt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Und nicht erst damals, sondern bereits zu den Haushaltsberatungen 1994 hatten wir uns angesichts der von Ihnen zu verantwortenden schnellen Verschuldung des Landes Gedanken darüber gemacht, wie wir gestärkt in das **21. Jahrhundert** gehen könnten. Damals war unser Vorschlag, die Nettoneuverschuldung jährlich so zurückzuführen, daß sie im Jahre 2002 bei Null angekommen wäre. Sie haben diesen Weg abgelehnt. Sie haben unsere Vorschläge nicht einmal geprüft.

Hätten Sie bereits damals alle Anstrengungen mit uns unternommen, diesen Plan gemeinsam zu realisieren, ständen wir heute nicht mit einer gescheiterten Finanzpolitik und mit leeren Taschen da.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten dann nämlich den Weg in das 21. Jahrhundert im Sinne Ihrer Gemeinsamkeit mit Optimismus angehen können.

Wenn Sie erst jetzt, am 15. Januar 1999, auf den Gedanken kommen, Schleswig-Holstein für das 21. Jahrhundert attraktiv zu machen, so ist dies in meinen Augen eine sehr durchsichtige Taktik und eine viel zu späte Weichenstellung. Und Sie wissen, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die finanzielle Situation des Landeshaushaltes ist nämlich so verfahren, daß Sie keine wirklichen Impulse mehr geben können, und wenn, dann nur auf Pump. Bei richtiger Betrachtung sind Sie überschuldet und pleite und damit heute schon am Ende.

Wir haben Ihnen im Mai 1997 unsere Vorschläge für einen „schlanken Staat“ vorgelegt. Sie haben den Dialog mit uns abgelehnt. Viele unserer Vorschläge

(Martin Kayenburg)

zur **Strukturreform in der Verwaltung** könnten in der Zwischenzeit gemeinsam auf den Weg gebracht worden sein. Die von Ihnen bisher eingeleiteten Maßnahmen, die Sie in Ihrem Finanzplan 1998 bis 2000 aufzählen, sind dagegen mehr als dürftig.

(Beifall bei der CDU)

Heute liegt unser Antrag „Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“ vom 19. Juni 1998 zur endgültigen Abstimmung vor. In den Ausschüssen, die mitberatend waren, und im ausschlaggebenden Wirtschaftsausschuß haben Sie erneut, meine Damen und Herren von der rot-grünen Koalition, alle unsere Vorschläge abgelehnt. Ich will dabei gern konzedieren, daß heute morgen beim Hafenkonzert so ein Stück weit zurückgerudert wurde, aber im Prinzip doch grundsätzliche Ablehnung. Ich bin nun sehr gespannt, Frau Simonis, wie Ihre Regierungsfractionen heute votieren werden. Wenn SPD und Grüne diesen Antrag nämlich endgültig ablehnen, dann lehnen Sie auch den Geist - wenn er denn ernst gemeint war - und zum Teil auch die Inhalte ab, die in Ihrer Erklärung vom vergangenen Freitag enthalten waren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das würde ich, Frau Simonis, in Ihrer Position als Affront gegen sich selbst auffassen. Ein solches Verhalten würde Sie wieder und weiter beschädigen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ihre Regierungsfractionen würden zum Beispiel - um nur einiges aufzugreifen - die weitere **Entbürokratisierung** ablehnen oder die Förderung der zukunftssträchtigen Bio- oder Gentechnologie oder die zügige Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck. Dies alles sind Forderungen aus unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ja mit Interesse gelesen, Herr Hay, daß Sie für die SPD Schleswig-Holstein einräumen, daß Sie bei der festen Fehmarnbelt-Querung umgedacht haben. Ich kann Ihnen bestätigen: Sie sind jetzt, 1999, auf der Linie, die die CDU Schleswig-Holstein bereits 1991 beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das ist erfreulich im Sinne der Sache, allerdings spricht dieser acht Jahre dauernde Umdenkungsprozeß nun wirklich nicht für eine innovative und moderne Volkspartei, die Sie eigentlich sein wollen; gleichwohl in dem Punkt: Herzlich willkommen!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Holger Astrup [SPD]: Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Wenn Sie aber unseren Antrag pauschal ablehnen, dann sagen Sie auch nein zur Intensivierung des Programms „Schulen ans Netz“ oder zu einer effizienten Küstenwache.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage nur: „Pallas“ läßt grüßen, Frau Kähler!

(Beifall bei der CDU)

Alles das sind nämlich Forderungen aus unserem Antrag.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wollen Sie das wirklich - oder ist Ihre Äußerung zur Gemeinsamkeit, Frau Simonis, nur wieder eine dieser Augenblicksideen -, daß diese Vorschläge, die wir gemacht haben, hier im Hohen Hause abgelehnt werden? Dann darf man nämlich Ihre Regierung überhaupt nicht mehr ernst nehmen; dann nämlich sind die wichtigen Projekte unseres Landes für Sie keine ernste Sache. Das bitte ich Sie bei Ihrer Abstimmung nun wirklich zu berücksichtigen.

Frau Simonis, wie wollen Sie denn weiter verfahren? Sie kündigen da ein externes Expertengremium an, das über die Finanzplanung des Landes beraten soll. Da kann ich nur sagen: Die Denkfabrik wirft lange Schatten. Außerdem soll ein „Initiativkreis Ostsee“ darüber beratschlagen, wie Schleswig-Holstein fit für das nächste Jahrtausend gemacht werden kann.

Ich bedauere jetzt schon diejenigen, die in diese Gesprächskreise berufen werden, die ihre kostbare Zeit opfern, um Ideen zu produzieren, die im Zweifel in den Wind der Ostsee gedacht sein werden.

Ich will meine Befürchtung auch begründen. Gerade legten Sie die Novellierung des Nationalparkgesetzes vor. Seit 1996 diskutieren die Bürger vor Ort in zahllosen Veranstaltungen über den dieser Novellierung zugrunde liegenden Ökosystembericht.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viel Zeit und Kraft - das wissen Sie genau, Frau Fröhlich - wurden von den Westküstenbewohnern investiert.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich weiß genau, was an der Westküste los ist! Besser als Sie!)

(Martin Kayenburg)

Im Gesetzentwurf allerdings finden die formulierten Wünsche der Anwohner überhaupt keinen Niederschlag.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist einfach nicht wahr!)

Die Empörung und Trauer vor Ort ist groß. Sie wissen genau, daß das überragende Ergebnis von Dr. Bastian und die Niederlage des SPD-Kandidaten

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach Quatsch! 35 % Wahlbeteiligung ist eine demokratische Niederlage!)

sicherlich auch ein Beweis für die Verärgerung vor Ort sind.

(Holger Astrup [SPD]: Herr Bastian verwahrt sich gegen diese Einvernahme! Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, der Herr Oppositionsführer hat das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Astrup, auch Ihre Zwischenrufe täuschen nicht darüber hinweg, daß die Bürger als Alibi dafür mißbraucht werden, daß angeblich ergebnisoffene Diskussionen oder ein Brainstorming in Beschlüsse dieser Landesregierung einfließen. Diese Sorge habe ich auch für den Initiativkreis. Denn die Entscheidungen dieser Landesregierung sehen hinterher immer anders aus als die vor Ort geäußerten Wünsche und die im Brainstorming oder in den Workshops vereinbarten Regelungen. Sie wollen in Wirklichkeit gar nicht ergebnisoffen diskutieren, sonst hätten die Regierungsfractionen bei unserem Antrag zum 21. Jahrhundert schon in den Ausschüssen anders entschieden. Aber die Ausschüsse haben alles in Bausch und Bogen abgelehnt, weil es von der CDU kam. Dieses Strickmuster kennen wir. Dann stellt sich Frau Simonis Anfang dieses Jahres hier hin und fordert Gemeinsamkeit ein. Für wie naiv halten Sie uns eigentlich?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Jürgen Hinz [SPD])

Sie wollen doch nur unsere besseren Alternativen in Ihr Regierungshandeln einbinden, um von den eigenen Problemen abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausschüsse hätten nämlich durchaus differenzierter vorgehen können. Oder haben Sie wieder einmal alles abgelehnt, um später einzelne Punkte aus unseren Anträgen zu übernehmen und als Ihre eigenen Vorschläge in den Landtag einzubringen oder im Regierungshan-

deln als eigene Leistung zu verkaufen? - Sie müssen nicht lachen, Herr Schröder.

Ich erinnere an die Schiffsöleentsorgung: Wenige Wochen, nachdem mein Antrag im Landtag abgelehnt worden war, ist die vertragliche Zustimmung mit Unterschrift von Herrn Steinbrück erfolgt.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ablehnung hier, weil es von der CDU kam, Übernahme durch die Regierung.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

Oder ich erinnere an unsere Forderung zum sechsstreifigen **Ausbau der A 7** von Bordesholm bis nach Hamburg - von Ihnen hier hochmütig abgelehnt, Herr Nabel. Jetzt hält Minister Bülck einen Ausbau zumindest bis Quickborn für längst überfällig. Oder die **Hochbegabtenförderung**: 1996 wurde unser Konzept überstimmt, heute ist es ins Schulgesetz eingeflossen. Oder die Veräußerung der WOBAU: Von uns vorgeschlagen, von Ihnen abgelehnt, heute realisiert die Regierung dies.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Es gibt eine Vielzahl weiterer Beispiele, bei denen unsere Positionen hier abgelehnt wurden und Sie dem später gefolgt sind. Ich will nicht verschweigen, daß Sie auf dem richtigen Weg sind,

(Konrad Nabel [SPD]: Ah!)

wenn Sie dem folgen, was wir vorgeschlagen haben. Nur, Sie laufen immer hinterher, Herr Nabel, das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich fordere Sie auf: Ignorieren Sie den Beschluß des Wirtschaftsausschusses und der vorgelagerten Ausschüsse! Springen Sie über Ihren Schatten! Stimmen Sie unserem Antrag zum 21. Jahrhundert zu! Nur dann sind wir wirklich zukunftsfähig, nur dann kann es die von Frau Simonis eingeforderte Gemeinsamkeit geben.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Nordkollegs Rendsburg mit Gästen aus Schweden.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte den Eindruck haben, daß in diesem Antrag, der sich mit dem 21. Jahrhundert beschäftigt, die Zahl 21 einen Zahlendreher darstellt.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kayenburg, wenn Sie von der Veräußerung der **WOBAU** sprachen - die **WOBAU** ist nicht veräußert worden und wird nicht veräußert werden. Dazu gibt es eine klare Auffassung der regierungstragenden Fraktionen. Unterhalten Sie sich mit Präsident Dr. Korthals, der dargestellt hat, warum das Ganze auch aus rechtlichen Gründen nicht geht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Man merkt, daß Sie nicht mehr finanzpolitischer Sprecher sind! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Lothar Hay [SPD]:

Ja, Herr Stritzl, wenn Sie wollen, bitte, gern!

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege Hay, können Sie meine Erinnerung dahin gehend bestätigen, daß ein Antrag der CDU für den Haushalt 1998, Wohnungen der **WOBAU** zu verkaufen, von der Mehrheitsfraktion mit der Begründung abgelehnt worden ist, dies sei sozialpolitisch nicht verträglich, und daß das jetzige Vorhaben der sozialdemokratischen Regierung dahin geht, 1.000 **WOBAU**-Wohnungen zu veräußern? Können Sie das bestätigen, ja oder nein?

(Zurufe von der SPD)

Wir haben immer betont, daß sich Wohnungsverkäufe bei der **WOBAU** in erster Linie an sozialen Kriterien zu orientieren haben.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Thomas Stritzl [CDU]: So wie unser Antrag auch! - Lachen bei der CDU)

Bei der Optimierung des LEG-Verbundes ist einvernehmlich durch den Aufsichtsrat getragen worden - mehr darf ich dazu nicht sagen -, daß Streubesitz und

weitere Liegenschaften, die entbehrlich sind, veräußert werden, ohne daß soziale Belange verletzt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Sie können sich bei Ihren Beiratsmitgliedern erkundigen, Herr Sager! Vielleicht sind sie inzwischen sogar dabei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Behandlung des CDU-Antrages ist aus meiner Sicht ein Paradebeispiel dafür, wie ernst es die Opposition mit der Zukunft nimmt. Seit einem halben Jahr begleitet dieser Antrag nun schon die Ausschubarbeit, ohne daß sich auch nur an einer Stelle konkrete Forderungen daraus abgeleitet hätten. Ja, es ist sogar so, daß der Umweltausschuß - die Vorsitzende ist mir sehr gut bekannt - gestern zusammentreten mußte, um den Antrag abschließend und überhaupt zu behandeln. Herr Kayenburg, das spricht doch für die Seriosität Ihrer Parlamentsarbeit! Im Finanzausschuß hat dieser Antrag ein halbes Jahr keine Rolle gespielt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Antrag ist inhaltlich nicht zukunftsfähig. Das ist von mir schon in anderen Debatten dargestellt worden. Ihre Forderung, „die vom Deutschen Bundestag verabschiedete große Steuerreform im Bundesrat nicht länger zu blockieren“, zeigt, daß Ihr vermeintlicher Zukunftsantrag das 21. Jahrhundert an wesentlicher Stelle überhaupt nicht erreicht hat, sondern schon im September vergangenen Jahres mit Pauken und Trompeten abgelehnt worden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen an bestimmten Stellen einfach nicht die Realität unseres Landes wahrnehmen. Dazu möchte ich kurz einige Beispiele nennen. Sie behaupten, die Landesregierung würde investitionswillige Unternehmen verprellen.

(Holger Astrup [SPD]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Sehen Sie sich doch bitte einmal die Fakten an:

(Lothar Hay)

Schleswig-Holstein hat zusammen mit Bayern das beste **Wirtschaftsklima**.

(Beifall bei der SPD)

Der Präsident der hiesigen Unternehmensverbände hat Schleswig-Holstein als attraktiven und modernen Wirtschaftsstandort angepriesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll er denn sonst machen?)

Schleswig-Holstein hat, was die Flächenländer betrifft, die höchste Anzahl von **Unternehmensneugründungen**. Das sind Fakten, die auch Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen müssen.

Ein weiteres Beispiel ist die Verwaltungsreform. Entbürokratisierung, schlankere oder - wie der neue Bundesinnenminister treffender formuliert hat - „aktivierende“ Verwaltungsstrukturen, dies sind Ziele, über die wir uns sehr schnell verständigen können.

Warum ist denn diese Landesregierung mit Heide Simonis an der Spitze von der Verwaltungsfachhochschule Speyer für ihr Projekt **Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik** gerade ausgezeichnet worden?

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Ursula Kähler [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Doch weil wir diesen Weg bereits erfolgreich beschritten haben und auch in der Zukunft konsequent beschreiten werden!

(Ursula Röper [CDU]: Analysen haben wir genug! Es geht um Handeln!)

Ihr Antrag dagegen spiegelt aus meiner Sicht an maßgeblicher Stelle immer noch das Ewiggestrige wider.

(Thomas Stritzl [CDU]: Oh, oh!)

So zum Beispiel Ihre unselige Forderung zur Erleichterung der Exportbestimmungen für Wehrtechnik. Ich habe schon in meiner Rede im Dezember darauf hingewiesen, daß die einzigen Panzer, auf die Sozialdemokraten setzen, die Panzer der heimischen Krabben sind.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Herr Füllner, Herr Kayenburg, vielleicht haben Sie bei der Formulierung Ihres Antrags schon die Spitzenkandidatur des ehemaligen Verteidigungsministers im Auge gehabt. Wenn die Förderung der Rüstungsindustrie Ihre Zukunftsalternative zur Regierungspolitik von Heide Simonis sein soll, kann ich nur sagen: Mir ist eine heißspornige Rheinländerin immer noch lieber als ein kalter Hamburger Krieger.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Martin Kayenburg [CDU]: Sie waren schon besser, Herr Hay!)

Unsere Zukunftstechnologie des 21. Jahrhunderts ist nicht die Atomtechnik, sondern die **Solartechnik**. Sol-

che Perspektiven kann eine Partei wie die CDU, die das Wort „Ökologie“ nur als Öko-Ideologie in den Mund nimmt, nicht in den Blick nehmen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wer schreibt Ihnen so einen Quatsch auf?)

Nicht die Schießübungen im Wattenmeer, sondern der Nationalpark sind ein Werbeträger, mit dem es gelungen ist,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

daß Schleswig-Holstein heute vor Bayern und Mecklenburg-Vorpommern das tourismusintensivste Bundesland ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Oh!)

Wir müssen es noch mehr lernen, mit unseren Pfunden zu wuchern. Dann wird der **Tourismus in Schleswig-Holstein** eine äußerst positive Zukunft haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich noch einige Worte zu den Verkehrsproblemen, zur Verkehrsinfrastruktur, die Sie angesprochen haben, sagen. Sie reden heute davon, daß die **Elektrifizierung der Bahnstrecken** weiter vorangetrieben werden soll. Das ist sicherlich eine Politik, der wir vorbehaltlos zustimmen. Aber: Wie haben denn zu Ihren Zeiten die Taten ausgesehen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollten doch vorwärts gucken!)

Als wir die Verantwortung für Schleswig-Holstein übernommen haben, war unser Bundesland das letzte, in dem es noch keine elektrifizierte Bahnstrecke gab.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir Sozialdemokraten haben nach zähem Ringen mit der Deutschen Bahn unter Einsatz von Landesmitteln aus dem Regionalprogramm dafür gesorgt

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- mit Ihrer Zustimmung, Frau Schmitz-Hübsch -, daß auf der Strecke Hamburg - Flensburg und Kiel -

(Lothar Hay)

Hamburg nicht mehr Diesellokomotiven, sondern endlich **ICE-Züge** verkehren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Meinhard Füllner [CDU]: Als Sie Ihre Reden selbst geschrieben haben, waren sie besser!)

Wir wollen Schleswig-Holstein nicht nur zu einem Standort machen, sondern auch zu einem Bewegungsort. Damit werden wir konsequent die Gespräche, die ich in der Vergangenheit, auch in der letzten Woche, geführt habe, unter anderem in Dänemark, fortsetzen. Ich betone: Wir stehen dazu, daß wir die feste **Fehmarnbelt-Querung** für eine Anbindung an das Kraftzentrum Øresund brauchen. Das werden wir konsequent umsetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

Dabei setzen wir in erster Linie auf eine Stärkung des ökologischen Verkehrsträgers, der Schiene.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das ist auch Ergebnis der Gespräche, das ich aus Skandinavien mitgenommen habe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sonst wollen Sie immer verkehrswirtschaftliche Untersuchungen machen! Machen Sie das hier auch!)

Wir brauchen auch eine **Schnellbahntrasse Malmö - Kopenhagen - Lübeck - Schwerin - Berlin**. Das ist ein wesentlicher Eckpfeiler eines europäischen, internationalen Netzes.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, vielleicht finden Sie auch in wesentlichen Zukunftsfeldern noch zu einer zukunftsfähigeren Position zurück. Ich denke hierbei, verehrter Herr Wolfgang Kubicki, auch an den Bereich der **Bildungspolitik**, in dem zunehmend alte Dogmen über Bord geworfen werden. Herr Kayenburg, ich habe mir noch einmal Ihre Ausführungen hier im Plenum vom vergangenen Sommer ausführlich angesehen. Da haben Sie sehr schön aus dem Lukas-Evangelium zitiert:

„So wird auch Freude im Himmel sein über einen Sünder, der Buße tut ...“

Ich freue mich deshalb, daß nach der F.D.P. nun auch Ihr neuer Spitzenkandidat vom Feldzug gegen die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein Abstand genommen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vieles ist in den Debatten des Landtages zu Ihren Anträgen gesagt worden. Mein Fazit aus dieser erneuten Debatte heute um Ihren vermeintlichen Zukunftsantrag fällt entsprechend der Inhaltsschwere sehr kurz aus:

Volker Rühle hat das Steuer auf einem CDU-Boot übernommen, auf dem es wenige Strategen, dafür aber einen ganzen Haufen von Klabauteermännern und Klabauteerfrauen gibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs einen langjährigen Begleiter und Beobachter der Landespolitik zitieren:

„Im Norden ist nach landläufiger Meinung das Leben gesund, die Natur intakt. Das ist ein Pfund, mit dem sich wuchern läßt. Umwelt- und Naturschutz sind eben nicht nur Belastungen für einen Wirtschaftsstandort. Es sind auch Qualitätsmerkmale.“

Dies schrieb der Landeshausexperte Arnold Petersen in einem Kommentar in den „Lübecker Nachrichten“ am 6. Januar dieses Jahres. Er bezieht sich dabei auf sehr interessante Ergebnisse einer **Image-Studie**, der eine repräsentative Befragung zugrunde liegt. Schleswig-Holstein genießt demnach bundesweit hohes Ansehen in Sachen **Lebensqualität**: Natur, Erholung, Gesundheit - diese Begriffe stehen synonym für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun wissen wir also, was Marketingexperten der Landesregierung empfehlen. Und was empfiehlt uns die CDU-Fraktion? - In dem in manchen Punkten ohnehin veralteten Antrag sind die großen Verkehrsprojekte ein Herzstück, die dem Straßenverkehr durch Schleswig-Holstein den absoluten Vorrang geben. Von „ökoideologisch geprägtem Naturschutz“ ist darüber hinaus die Rede, in der Bio- und Gentechnologie sieht die CDU die Zukunft unseres Landes.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr richtig!)

Damit setzt sie unseres Erachtens eben nicht an den Stärken unseres Landes an, sondern pflöpft ihm eine

(Irene Fröhlich)

Entwicklung auf, die unkritisch alles übernimmt, wo die schnelle Mark winkt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben Sie noch nicht verstanden! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das hat mit nachhaltiger Politik soviel zu tun wie die Gentomate mit gesunder Ernährung: rein gar nichts!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hauptsache, die Farbe stimmt, heißt das Motto.

Technikfolgenabschätzung ist ein der CDU völlig unbekannter Begriff, denn ihr „Schneller - Höher - Weiter“ kennt eben keine Grenzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie kennen keine andere Betrachtungsweise!)

Ökologie und Naturschutz sind aus unserer Sicht nicht nur in Schönwetterzeiten geltende Kriterien für sinnvolle Politik. Es muß doch - um Himmels willen - auch in Ihren Schädel gehen, daß wir uns selbst den Stuhl unter unserem Allerwertesten - Entschuldigung! - wegziehen, wenn wir eine Politik des Raubbaus betreiben, uns also den Teppich unter den Füßen wegziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihre schizophrene Haltung sehen wir in Hamburg!)

Genau das ist gemeint, wenn Naturschützer feststellen - was ich hier gestern ebenfalls getan habe -, daß möglicherweise der Mensch der größte Schädling im Ökosystem Erde ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich halte das für unverantwortlich!)

Er ist nämlich mittlerweile dabei, seinen „Wirtskörper“, die Natur, endgültig zu zerstören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine Sprache, die hatten wir schon einmal in Deutschland!)

Urs Widmer hat das in seinem Erzählband „Vor uns die Sintflut“ so formuliert - ich zitiere ein weiteres Mal; hören Sie gut zu, Herr Kubicki; Sie können vielleicht auch noch etwas lernen! -:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von Ihnen wahrscheinlich nicht!)

„Die Welt ist ja wohl wirklich einmal sehr, sehr schön gewesen - bevor der Mensch kam.“

- So Urs Widmer! -

„Und irgendwann wird der Mensch wieder von dieser Erde verschwinden, und aus den Straßen brechen wieder Bäume hervor.“

Soweit Urs Widmer!

Wir müssen uns das in dieser Zuspitzung wirklich klarmachen, um zu der Schlußfolgerung zu kommen,

die wir als Grüne ziehen und die nach meiner Meinung für die Zukunft allein tauglich ist: Eine intelligente Politik verbindet die Aspekte Ökologie, Innovation und Wirtschaftlichkeit und bildet eine optimale Schnittmenge daraus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie arbeiten systematisch am individuellen Aussterben!)

Die postindustrielle Gesellschaft bietet alle Möglichkeiten, **ressourcensparende Wirtschaftszweige** aufzubauen, die zugleich über eine höhere Fehlerfreundlichkeit verfügen als die alten Großtechnologien als zum Beispiel die Atomkraftwerke.

Auch Fehlerfreundlichkeit ist also ein Kriterium, das zum Beispiel im Zusammenhang - ich komme noch einmal darauf zurück - mit der Gentechnologie eine Rolle spielen muß. Wer etwa in der Pflanzenproduktion oder auch in der Nahrungsmittelerzeugung auf Deubel komm raus die abenteuerlichsten Kreationen zuläßt, wird die Geister, die er rief, nicht mehr loswerden. Der „Zauberlehrling“ - im Goethejahr! - läßt grüßen!

Expertinnen und Experten schätzen die Gefahren so ein, daß sie möglicherweise die Nutzung der Atomenergie noch weit übersteigen. Und das will, weiß Gott, was heißen!

Von solchen Überlegungen aber ist die CDU absolut unberührt und will und will nichts davon hören und nichts lernen. Sie will - so ihr frisch eingeflogener Spitzenkandidat Volker Rühle auf der Durchreise - die rot-grüne Bremse lösen, die seiner Auffassung nach das Land lähmt.

Nun sei ihm als Neuankömmling zugestanden, daß er sich allzu forsch eine vorgefertigt servierte Meinung angeeignet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es zeichnet uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nun einmal aus - das ist auch einer unserer Vorzüge -, daß wir nicht jeden modernen Schnickschnack bedenkenlos mitmachen. Das bringt zwar Minuspunkte in der Imageumfrage, weil wir Nordmenschen nicht als spontan eingeschätzt

(Irene Fröhlich)

werden, aber es bringt Pluspunkte bei der faktischen Lebensqualität.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete. Ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten! Es ist wirklich nicht angebracht, daß die Rednerinnen und Redner hier schreien müssen.

Sie haben das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Der vorliegende Antrag der CDU beansprucht, ein **Konzept für die Zukunft** unseres Landes zu enthalten. Ich frage mich allerdings, wie Sie die Zukunft gestalten wollen, wenn Sie noch nicht einmal mit der Vergangenheit klarkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür gäbe es unzählige Beispiele. Ich möchte aber nicht die Debatten von gestern und heute hier wieder aufziehen, ich möchte nur sagen, Herr Kayenburg: Wer die **Finanzpolitik** dieses Landes debattiert, muß zunächst einmal gucken, was eine SPD-geführte Landesregierung seinerzeit übernommen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist elf Jahre her!)

Auch damals ging man nicht von dem Punkt Null aus, sondern es war bereits ein **Schuldenberg** vorhanden. Zumindest das müßten Sie auch thematisieren. Wenn Sie uns den schlanken Staat vorstellen, dann müßten Sie doch den Widerspruch dazu, uns dauernd aufzufordern, Lehrer als Beamte statt als Angestellte einzustellen, zumindest ein einziges Mal thematisieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat das denn mit dem schlanken Staat zu tun? Was hat die Frage, ob es Angestellte oder Beamte sind, mit dem schlanken Staat zu tun? Was Sie hier bringen, Frau Fröhlich, ist einfach eine Zumutung!)

- Sie können das nachher beantworten. Ich weiß, was ich darunter verstehe. Wenn Sie das nicht begreifen, dann sollten Sie einmal über die Qualität Ihrer Zurufe nachdenken, Herr Kubicki.

Schon bei der ersten Debatte über den Antrag in diesem Haus - ich komme zu einem weiteren Teil dieses Antrages - habe ich deutlich gemacht, daß ich den Bildungsteil dieses Antrag besonders schwach finde.

(Unruhe)

Hier werden liebgeordnete Behauptungen über den **Unterrichtsausfall** aufgestellt und das hohe Lied des

gegliederten Schulwesens intoniert. Es ist immer wieder frappierend, feststellen zu müssen, welchen verkürzten Bildungsbegriff Sie im Gepäck haben. Wer soll eigentlich glauben, daß bei einem Schulsystem, das die Besten immer nur zu den Besten sortiert und die Lernschwachen oder irgendwie beeinträchtigten Kinder ebenfalls unter sich läßt, eine soziale Gesellschaft herauskommt?

(Ursula Röper [CDU]: Was ist das für ein Blödsinn, was Sie hier reden! Das ist ja wirklich unglaublich!)

Und das wäre die allein zukunftsfähige Gesellschaft, die sozial kompetent ist? Wir halten daran fest, daß Kinder und Jugendliche frühzeitig die Erfahrung machen sollen, einander in ihrer Entwicklung gegenseitig zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schule ist bekanntlich der Ort, an dem Kinder auch für das Leben lernen.

(Ursula Röper [CDU]: Nehmen Sie doch auch einmal wissenschaftliche Erkenntnisse zur Kenntnis!)

Es grenzt doch an Schizophrenie, in Sonntagsreden den Verfall der Gesellschaft zu beklagen und zu geißeln, zugleich aber selbst die Strukturen zu schaffen, die diesen Verfall mit zur Folge haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Neben Altbekanntem enthält der Bildungsteil Ihres Antrages auch Selbstverständlichkeiten, die von unserer Landesregierung bereits seit längerem umgesetzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Das betrifft zum Beispiel die Aktion „**Schulen ans Netz**“

(Ursula Röper [CDU]: Lächerlich, wieviel Schulen bisher am Netz sind!)

und die Umsetzung der Erkenntnis, daß das Erlernen von **Fremdsprachen** heutzutage frühzeitig und umfassend gefördert werden muß.

Daß dies alles nicht zur Zufriedenheit der CDU ausfällt, steht in direktem Zusammenhang zur Oppositionsrolle, die sie auszufüllen hat. Klappern gehört eben auch bei diesem Handwerk dazu. Aber Klappern

(Irene Fröhlich)

allein reicht nicht, um uns fit zu machen für das 21. Jahrhundert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich denke, wir haben hier unzählige Debatten geführt, zum Teil von der Ministerpräsidentin angestoßen, zum Teil vom Parlament selbst. Sicher ist auch ein Teil des Anstoßes Ihr Antrag gewesen, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber inhaltlich ist er so hinter seiner eigenen Überschrift hinterher,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

daß man - das Aperçu von Herrn Hay ist nicht zu über treffen - eher an einen Zahlendreher glaubt.

Daher geht dem Land auch nichts Substantielles verloren, wenn wir den Antrag hier und heute ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir eine Bemerkung. Ich möchte nicht gern jeden zweiten Redner unterbrechen müssen, um um etwas mehr Ruhe zu bitten. Bei allem Verständnis dafür, daß es wichtige Dinge zu besprechen gibt, bitte ich Sie, dazu hinauszugehen. Es ist ein Akt der Höflichkeit jedem Redner gegenüber.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich lohnt es sich nicht, auf den Debattenbeitrag der Kollegin Fröhlich einzugehen. Aber an einem Punkt hat sie mich doch überzeugt, das zu tun, weil es dokumentiert, mit welcher Schlichtheit die Grünen ihre politischen Argumente vortragen.

Frau Fröhlich, wenn denn die Frage, ob jemand **Angestellter oder Beamter** im öffentlichen Dienst ist, eine Frage der **Verschlinkung des Staates** wäre - wie Sie es uns hier nahezubringen versucht haben -, dann hätten wir den schlanken Staat morgen, wenn wir aus allen Beamten Angestellte machen würden, ohne daß sich sonst etwas verändert. Daß das ein Argument ist, das sich mit Sicherheit ins Gegenteil verkehrt, muß selbst Ihnen einleuchten.

(Ursula Röper [CDU]: Nein!)

Also die Frage, ob öffentlicher Dienst mit Angestellten oder Beamten arbeitet, hat mit der Frage des schlanken Staates überhaupt nichts zu tun. Sie müssen erst einmal

fragen, wer denn im öffentlichen Dienst zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger eigentlich welche Regelung befolgen soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Übertreiben Sie mal nicht! Oder sollten Sie vielleicht auch davon keine Ahnung haben?)

- Frau Fröhlich, ich werde es auch die letzten zwölf Monate noch ertragen, hier Ihre Debattenbeiträge zu hören. Danach hat sich das sowieso erledigt. Wir werden einmal sehen, ob Sie die Fünf-Prozent-Hürde beim nächsten Mal schaffen. Ich wüßte nicht, mit welcher Politik.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir uns das einmal in aller Ruhe an. Die Menschen in diesem Land werden schon begreifen, wie erfolgreich die Politik gerade der Grünen in diesem Lande war, und Ihnen das in entsprechender Weise bestätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, ich nehme das jedes Mal immer wieder gern hin. Ich kann nur darauf verweisen: Seit 1992 hat die F.D.P. bei allen Wahlen in diesem Land zugelegt und nicht abgenommen; die Grünen haben bei den letzten Wahlen immer kontinuierlich abgenommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir werden es sehen; der Trend wird sich so fortsetzen.

„Der Wirtschaftsminister macht einen vernünftigen Vorschlag nach dem anderen. Kronprinz Walter hält sich nach anfänglicher Unterstützung noch vornehm zurück. Der Umweltminister stellt sich hinter die eine oder andere Forderung des Wirtschaftsministers. Die Ministerpräsidentin droht dem visionären Trio mit dem Rausschmiß aus dem Kabinett.“

So begann ich meinen ersten Debattenbeitrag zum Antrag der CDU-Fraktion am 2. Juli 1998. Zum

(Wolfgang Kubicki)

Rausschmiß des verdienten Wirtschaftsministers Steinbrück mußte es nicht kommen, er wechselte von klein-kariert auf Pepita-Niveau ins Kabinett des ebenso pragmatischen wie visionären Kollegen Clement nach Nordrhein-Westfalen.

Was ist aus den damaligen Visionen der Heide Simonis geworden?

(Ursula Röper [CDU]: Gar nichts!)

Nichts, denn sie hatte keine. Heute beschwört sie das Wir-Gefühl und will an alle möglichen runden Tische bitten, wie ich lesen durfte. Der Appell an ein neues Wir-Gefühl ist nichts anderes als das Eingeständnis, daß es bislang kein „wir“, sondern nur die sozialdemokratische Arroganz der Macht gab.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Jetzt, da führende Sozialdemokraten erkennen, daß Macht auch verlorengehen kann, sollen runde Tische einberufen werden.

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie ernst das Angebot tatsächlich gemeint ist, läßt die Art und Weise, wie das neue **Nationalparkgesetz** diskutiert wurde, bereits erahnen. Es reicht eben nicht, daß man mit den Menschen der betroffenen Regionen gute Gespräche geführt hat, um hinterher doch genau das zu machen, was von vornherein feststand - nach der Devise: „Schön, daß wir darüber geredet haben.“

(Heiterkeit bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

- Herr Neugebauer, ganz abgesehen davon ersetzen runde Tische keine politischen Entwürfe, keine Zukunftsvorstellungen, die über das bloße Tagesgeschäft hinausgehen. Ich finde es geradezu „einen modernen Stil“ zu erklären, man habe keine, wolle jetzt aber extra Experten zusammenrufen, damit sie einem die eigene politische Arbeit abnehmen.

Ich frage also noch einmal: Wo bleiben die Perspektiven, die diese Landesregierung den Menschen in diesem Land eröffnen will? Sie bleiben auf der Strecke, besser gesagt: Die lustlose Verwaltung ihres Tagesgeschäfts ließ keinen Raum für Perspektiven, war zu eng für jegliche Visionen.

Wir alle - da müßten uns jetzt die Sozialdemokraten auch applaudieren - sind der Union dieses Landes zu tiefstem Dank verpflichtet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Allein die Kandidatur Volker Rühes scheint unsere bis vor kurzem noch so lustlos erscheinende Landesmutter zu neuen Taten zu beflügeln.

(Zurufe von der SPD)

Jedenfalls nehme ich erfreut zur Kenntnis, daß Heide Simonis auf dem Neujahrsempfang der SPD ihren Genossen versprach: „Jetzt will ich mich noch einmal richtig anstrengen!“

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Ich zitiere ja nur aus der Presse, wir werden dazu vielleicht später noch eine Richtigstellung bekommen. Da wird mir doch die Frage erlaubt sein, was Frau Simonis eigentlich in den vergangenen Jahren getan hat.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Es bedurfte erst der Spitzenkandidatur Volker Rühes, um der Ministerpräsidentin zumindest verbal die Selbstverständlichkeit zu entlocken, sie wolle sich jetzt noch einmal für das Land ins Zeug legen. Ich bin ja dankbar dafür, daß wir gleich hören werden, liebe Heide Simonis, daß die Ministerpräsidentin für den Fall, daß sie nicht gewinnen sollte - das ist ja bei der nächsten Wahl nicht ganz auszuschließen -, dem Kollegen Hay dann die Rolle des Oppositionsführers in diesem Hause streitig machen wird.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Lieber Herr Kollege Kayenburg, Kernpunkte des Union-Antrages haben sich ja mittlerweile erledigt. So haben wir jetzt endlich eine **Steuerreform** - jedenfalls Bundestagsdrucksachen, die ähnliche Überschriften tragen. Ein Blick nach Bonn und wir wissen, welches Zukunftsverständnis manche Sozialdemokraten an den Tag legen: Zu Beginn der Amtszeit des dritten sozialdemokratischen Kanzlers, Gerhard Schröder, konnten wir, konnte die Opposition fröhlich wettern - fröhlich! -, die rot-grüne Bundesregierung wolle ihre **Wahlversprechen** durch **Steuererhöhungen** finanzieren. Erhöhung der Mineralölsteuer, Einführung einer Brennelementesteuer sowie die bereits in Aussicht gestellte Erhöhung der Mehrwertsteuer schienen Beleg genug für diese Kritik.

Ohne Zweifel, die Mineralölsteuererhöhung wurde beschlossen, sie wird ja möglicherweise noch ausgeweitet werden. Die Mehrwertsteuererhöhung ist beschlossene Sache - trotz aller anderslautenden Erklärungen -, und auch der weiteren Verteuerung von Energie mittels einer Brennelementesteuer gebe ich gute Chancen unter dieser Bundesregierung.

Zugleich müssen wir uns heute fragen: Was ist aus den Wahlversprechen geworden? Wie sollen sie

(Wolfgang Kubicki)

überhaupt finanziert werden, etwa die Ansprüche an Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung für geringfügig Beschäftigte? Was von Rot-Grün im Bundestagswahlkampf als sozialer Befreiungsschlag für eine Heerschar von üblen Kapitalisten ausgebeuteter Frauen angekündigt wurde - nämlich die Versicherungspflicht der sogenannten 630-DM-Arbeitsverhältnisse -, entpuppte sich schon bald als Wahlbetrug. Die Sozialversicherungspflicht dieser Arbeitsverhältnisse kommt zwar, einen Anspruch auf Leistungen sollen die Beschäftigten gleichwohl nicht erwerben. Dann lese ich im „Handelsblatt“ vom 12. Januar 1999: „Lafontaine kippt höheres Wohngeld“. Ein weiterer Wahlkampfschlag der Sozialdemokraten, der sich im nachhinein als Wahlbetrug entpuppt hat. Es wird bald überhaupt keine Wahlversprechen mehr geben, die zu finanzieren sind, weil sie alle nach und nach wieder einkassiert werden oder bereits einkassiert worden sind. Wie, bitte schön, verträgt sich die Drohung des Bundesinnenministers Otto Schily, Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, falls es nicht zu sehr moderaten Lohnerhöhungen kommt, mit dem Kaufkraftargument seines Parteivorsitzenden und Finanzministers Lafontaine?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Zu welchem Antrag reden Sie eigentlich?
Was ist das Thema?)

- Ich rede zum Antrag „Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“, Herr Kollege Hentschel; davon verstehen Sie offensichtlich nichts.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie den Antrag gelesen?)

- Herr Kollege Hentschel, ich habe den Antrag gelesen, darüber auch beraten,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden doch über etwas ganz anderes!)

und jetzt nörgeln Sie nicht mehr an meiner Redezeit herum, weil Sie einiges nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, weil es Ihnen peinlich ist, daß man Sie mit Ihren großen Ansprüchen einmal hinterfragt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Als Vorsitzender der SPD reist Oskar Lafontaine durch die Lande und beschwört - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Kollege Hentschel, ich weiß, daß Ihnen das peinlich ist, wenn man die Grünen einmal bezüglich ihrer großen Versprechungen hinterfragt;

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- ich weiß, daß Ihnen das peinlich ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie doch Vorschläge zur Sache! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, Sie werden doch an der Gestaltung dieses Landes im 21. Jahrhundert nicht mehr teilnehmen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil Sie bisher schon zur Weiterentwicklung dieses Landes nichts beigetragen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oskar Lafontaine reist durch die Lande und beschwört, die **Binnennachfrage** müsse gestärkt werden, worauf die IG Metall prompt das Ende der Bescheidenheit ausruft.

Als Finanzminister will Lafontaine von einer Stärkung der Binnennachfrage - zumindest durch die Millionen Frauen und Männer, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind - schon heute nichts mehr wissen. Wenn ich heute Otto Schily höre, gewinne ich allmählich - nicht nur in diesem Bereich, sondern auch sonst - den Eindruck, Kanther sei ein Liberaler gewesen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Soll die neue sozialdemokratische **Ausländerpolitik** tatsächlich unter dem Motto „Das Boot ist voll“ stehen? Das ist ja eine Aussage, die von Otto Schily kommt und nicht von mir und nicht von der Union. Dazu hätte ich gern einmal eine Stellungnahme der hier regierungstragenden Fraktionen gehört.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und wie sieht es hier im Lande aus? Da versucht ein basisgrüner Arbeitskreis, Opposition innerhalb der Regierungspartei „Die Grünen“ zu veranstalten. Übrigens haben wir gestern das Tollhaus dieser Opposition mit der Erklärung der Grünen erlebt, daß **Ausgleichsflächen für die Airbus-Werkserweiterung in Hamburg** aufgrund von Naturschutzgesichtspunkten nicht zur Verfügung gestellt werden sollten, während gleichzeitig ihr grüner Umweltminister im Kabinett dafür seine Hand hebt, daß das der Fall sein

(Wolfgang Kubicki)

soll. Schizophrener kann man für die Bevölkerung eines Landes eine Politik nicht betreiben. Sie müssen sich irgendwann schon einmal entscheiden, ob Sie Opposition oder Regierung sein wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mitbegründer dieses Arbeitskreises ist ausgerechnet unter anderem ein gewisser Klaus Müller, der 1996 noch maßgeblich an der Aushandlung des rot-grünen Koalitionsvertrages in Kiel beteiligt war.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Da plant der grüne Energiestaatssekretär - Schleswig-Holstein des 21. Jahrhunderts! - ein **nukleares Zwischenlager** in Schleswig-Holstein, in Brunsbüttel.

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Angesichts dieser strahlenden Zukunftsaussichten frage ich die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Irene Fröhlich: Werden Sie auch in Zukunft gegen Castortransporte demonstrieren?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dürfen wir Sie demnächst in Brunsbüttel sehen, wie Sie gegen Transporte demonstrieren, die jedenfalls notwendig werden, wenn der im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte Ausstieg aus der Kernenergie umgesetzt werden soll?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oder unterscheiden Sie heute zwischen guten und bösen Transporten? Gute Transporte, von denen per se keine Gefahren für die Bevölkerung ausgehen, weil ihnen ein rot-grüner Ausstiegsbeschluß zugrunde liegt?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man muß sich die Widersprüchlichkeit dieser Politik einmal vergegenwärtigen.

Nächste Forderung: **Entbürokratisierung!** Ich laufe jetzt zu meiner Höchstform auf.

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Hier kann ich nur jedem empfehlen, Herr Wirtschaftsminister, sich einmal die Vorschläge und Empfehlungen der Grünen anzusehen, wie man den **Ladenschluß** künftig organisieren soll. Sie kommen ja aus dem Lachen gar nicht mehr heraus. Da werden kleine Kreise um die Geschäfte gebildet - von Entfernungen und Beschäftigtenzahlen -, damit sie zwischen 18:30 Uhr und 19:00 Uhr oder zwischen 19:00 Uhr und 19:30 Uhr aufmachen können. Sie lachen sich scheckig. Das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung. So habe ich mir das vorgestellt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, zu Recht fordern Sie die Entlastung der heimischen Wirtschaft von hausgemachten **Sonderbelastungen**. Doch während die schleswig-holsteinische Landesregierung

finanzpolitischen Firlefanz veranstaltet, der private Haushalte und Unternehmen zusätzlich belastet, erfolgt die Entlastung durch das Bundesverfassungsgericht. Wie ein Pawlowscher Reflex, Frau Ministerpräsidentin, kommt die Landesregierung hier schon wieder mit der Erklärung: Na ja, Ehegattensplitting, darüber muß man nachdenken, mag ja sein, aber die **private Vermögensteuer** müßte wieder eingeführt werden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Kollegin Heinold, daß Sie klatschen, leuchtet mir ein. Lassen Sie sich doch einmal von Ihrer eigenen Bundestagsfraktion erklären, welche juristischen Probleme mit der Einführung der privaten Vermögensteuer unabhängig davon entstehen, daß es im Hinblick auf die Entlastung der Betriebe für die jungen Unternehmen dieses Landes, auf die Sie ja sonst so stolz sind, eine Tortur wäre, wenn Sie diese Steuer wieder einführt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es blinkt hier rot. Ich sehe auch schon rot. Ich sehe es deutlich.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Ich sage noch einmal: Der Antrag der Union enthält eine ganze Reihe vernünftiger Aspekte, auf die verkehrspolitischen sind wir eingegangen. Ich freue mich wirklich, Kollege Hay, daß Sie - und das glaube ich den Sozialdemokraten auch - nunmehr die Bedeutung der **Verkehrsinfrastruktur** erkannt haben. Aber ich kann mich an Zeiten erinnern - 1992 -, in denen ich mit dem Noch-Landesvorsitzenden der SPD, Willi Piecyk, in einer Podiumsdiskussion mit Unternehmern gesessen habe und er mir gesagt hat, die **A 20** werde mit Unterstützung der Landesregierung Schleswig-Holsteins nicht kommen. Wir bräuchten auch sonst keine weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, jedenfalls nicht, was den Straßenbereich angehe. Ich freue mich, daß es hier eine Veränderung gegeben hat. Diese Gemeinsamkeiten sollten wir weiter pflegen.

(Wolfgang Kubicki)

Im übrigen sage ich allen auf dieser Seite des Hauses zur Beruhigung: Ich kann versichern, daß der Antrag der Union nicht die Grundlage der künftigen Regierungspolitik einer christlich-liberalen Koalition ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Da hat auch die CDU geklatscht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt leide ich natürlich schon wieder einmal darunter, daß ich als letzte nach dem Kollegen Kubicki zu reden habe. Ich hatte versucht, mir ein paar Notizen zu machen, aber eigentlich hätte ich Lust, eine Bemerkung voranzustellen: Mir ist nicht bekannt, daß man politische Ideen irgendwo patentieren lassen kann. Das ist mir nicht bekannt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Deswegen werden sie so oft abgekupfert!)

Ich gehe davon aus - das sage ich ein bißchen in Anlehnung an unsere Debatte heute morgen über politische Bildung -, daß Politik sehr viel mit Dialog zu tun hat

(Unruhe)

und daß man in diesen Dialog natürlich einbezieht, daß sich die Gesellschaft verändert und daß man auch lernfähig ist. Ich sage das nur einmal: Ich finde das recht blöde - „blöde“ will ich eigentlich nicht sagen, aber der Tenor paßte mir nicht, daß man einfach sagt: Guck mal, das haben wir alles schon einmal gesagt. Diese Besserwisserei können wir uns sparen.

Das Thema **Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert** ist natürlich für uns alle hier im Landtag von herausragender Bedeutung. Wer will sich schon vor der Zukunft verschließen? Gerade Parteien sind dazu prädestiniert, sich mit diesem Thema offensiv zu beschäftigen. Zuletzt haben wir uns in der Dezember-Tagung des Landtages im Rahmen der Regierungserklärung „Rahmenbedingungen und Perspektiven für Schleswig-Holstein“ mit den vielfältigen Herausforderungen auseinandergesetzt, die auf unser Land im nächsten Jahrtausend zukommen.

Den vorliegenden Antrag haben wir letztes Jahr in der Juli-Tagung bereits debattiert; man darf vor diesem Hintergrund wohl sagen, daß es schwerfällt, neue relevante Aspekte hinzuzufügen, wenn man nicht diesen Kniff einbezieht, über Bundespolitik zu reden, insbesondere da es sich im großen und ganzen um schon vorher eingebrachte Forderungen der CDU handelt.

Für fast alle 37 Forderungen des Antrages gilt, daß sie schon mindestens einmal in der 14. Legislaturperiode des Landtages behandelt worden sind. Man wird deshalb bei dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion

leider den Eindruck nicht los, daß es sich zumindest teilweise um das **Wahlprogramm** der schleswig-holsteinischen CDU handelt. Ich sagte das schon in der Juli-Tagung. Mir ist nicht bekannt, daß ein Parlament Wahlprogramme zu verabschieden hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion hatte im Juli keine Ausschußüberweisung ihres Antrages gefordert, sondern wollte eine Entscheidung in der Sache. Rückblickend betrachtet muß man sagen, daß es nicht möglich ist, einen so umfassenden Antrag seriös in den Ausschüssen zu behandeln. Selbst die Kolleginnen und Kollegen der CDU wußten nicht so richtig, wie sie mit ihrem eigenen Antrag in den Ausschüssen umgehen sollten.

(Widerspruch bei der CDU)

Im Finanzausschuß ist dazu nichts gekommen. Das zeigt doch die Schwierigkeiten.

(Widerspruch bei der CDU)

Die Ausschußarbeit hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Neue Positionen oder bahnbrechende Forderungen waren ja in diesem Antrag ohnehin nicht zu erkennen, denn schon im Juli wurde in der Presse von altbekannten Thesen der CDU geredet. Deshalb könnte es sich der SSW jetzt leichtmachen und auf seine Reden, Stellungnahmen und Pressemitteilungen zu den hier vorgebrachten Forderungen hinweisen, denn die unterschiedlichen Positionen sind ja in vielen Debatten immer wieder klargestellt worden. Ich werde deshalb nicht noch einmal umfassend auf unsere Vorstellungen von der Zukunft des Landes eingehen. Das habe ich - wie gesagt - schon mehrfach getan, zuletzt in der Juli-Tagung in der Aussprache über eben diesen Antrag, aber auch dann noch, als es um die Regierungserklärung ging.

Wir werden aber heute über diesen Antrag abstimmen müssen, und ich werde jetzt erläutern, warum der SSW insgesamt diesen Antrag nicht unterstützen kann.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das überrascht uns nicht!)

(Anke Spoorendonk)

Was dem SSW als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen natürlich als erstes auffällt, ist die völlige Abwesenheit eines Hinweises darauf, daß sich Schleswig-Holstein als ein Land mit **kultureller Vielfalt** versteht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in dem sowohl die deutsche, die dänische und die friesische Kultur als auch die Kultur der Sinti und Roma zu Hause ist. Die CDU spricht in ihrem Antrag zur Zukunft Schleswig-Holsteins ansonsten alles an, von wirtschaftlicher Entwicklung und Verkehrsinfrastruktur über Bildung und Kultur bis zur inneren Sicherheit und Zusammenarbeit mit Hamburg. In dem genannten Papier ist aber kein einziges Wort über die Rolle der **Minderheiten** oder über eine zukünftige Minderheitenpolitik für Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert zu finden. Ist das nun Zufall, Vergeßlichkeit, oder steckt System dahinter?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich steckt System dahinter!)

Der designierte Spitzenkandidat der CDU, Volker Rühle, will die Beziehungen zum SSW verbessern und hat verlauten lassen, daß er Gespräche führen wolle. Dieses Angebot nehmen wir gern an; wir sind immer für Gespräche zu haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber die atmosphärischen Störungen zwischen der Landes-CDU und dem SSW sind doch nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die CDU in der Vergangenheit nicht immer genügend Fingerspitzengefühl für die Belange der Minderheiten in Schleswig-Holstein gezeigt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dabei denke ich zum Beispiel an die Debatte über die Änderung der Landesverfassung. Falls es schon in Vergessenheit geraten ist, möchte ich daran erinnern, daß es damals nicht um die Belange der dänischen Minderheit oder die der nationalen Friesen ging, sondern um die Sinti und Roma und um die Frage, ob Sinti und Roma nicht in die Landesverfassung aufgenommen werden sollten. Das war der Punkt. Es ging nicht um neue Minderheiten, Kollege Schlie - das sprachen Sie heute morgen an -,

(Klaus Schlie [CDU]: Ich erinnere mich gut!)

sondern es ging um die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein.

Auch kann ich es nicht lassen, noch einmal auf die Forderung der CDU-Landtagsfraktion hinzuweisen, das Amt des **Grenzlandbeauftragten** abzuschaffen. Ich weiß, das ist eine kleine Sache - der Herr Oppositionsführer hat das richtiggestellt, und ich hoffe auch, daß es in seiner eigenen Partei so angekommen ist -, aber trotzdem wurde diese Forderung aufgestellt.

In der Minderheitenpolitik befindet sich die CDU jedenfalls noch nicht im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch kulturelle Vielfalt ist eine Stärke, die das Land im nächsten Jahrtausend für seine weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung nutzen kann und braucht. Das darf ganz einfach nicht unterschätzt werden. Minderheitenpolitik ist europäische Politik, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Osterweiterung betrachtet, sondern auch, um mehr Demokratie in Europa zu ermöglichen.

Und noch etwas: Wer sich für die kulturelle Eigenständigkeit nationaler Minderheiten einsetzt, setzt sich auch für kulturelle Eigenständigkeit der neuen Minderheiten ein. Das eine hängt mit dem anderen zusammen.

Da bin ich dann wieder bei dem, was wir heute morgen diskutiert haben, nämlich bei der Reform des **Staatsangehörigkeitsrechts** und auch der alten Forderung des SSW auf Einführung eines **Kommunalwahlrechts für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht man sich die Forderungen des CDU-Antrags im einzelnen an, dann findet man bei den Unterpunkten „Wirtschaftliche Entwicklung“, „Infrastruktur“ und „Zusammenarbeit mit Hamburg“ durchaus Übereinstimmungen mit dem SSW. So befürworten auch wir, daß die schleswig-holsteinischen Werften als Hochtechnologieunternehmen - so steht es in dem Antrag - durch Ausschöpfung der Werftenhilfe unterstützt werden sollen. Das ist klar. Ebenso unterstützt der SSW den Bau der Ostsee-Autobahn A 20, und wir meinen, daß eine Elbquerung westlich von Hamburg Priorität haben muß. Auch die Elektrifizierung der Bahnstrecken in Schleswig-Holstein wollen wir vorantreiben.

Natürlich befürwortet der SSW auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Aber dies alles sind doch Themen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in anderen Zusammenhängen schon oft diskutiert wurden und zu denen auch Beschlüsse gefaßt worden sind.

(Sabine Schröder [SPD]: So ist das!)

(Anke Spoorendonk)

Aus unserer Sicht fehlt aber in dem Antrag zum Bereich „Wirtschaft und Verkehr“ eine Aussage, wie sich die CDU die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** im 21. Jahrhundert konkret vorstellt und wie es mit der regionalen Wirtschaftsförderung und der Regionalpolitik insgesamt für die **strukturschwachen Gebiete** in Schleswig-Holstein weitergehen soll. Auch dies gehört dazu, wenn man über die Zukunft Schleswig-Holsteins redet.

Große Probleme bereiten uns die Unterpunkte „Kultur“, „Bildung“ und „innere Sicherheit“. In diesen Bereichen können wir dem Antrag so gut wie gar nicht folgen, da unsere Vorstellungen sowohl in der **Bildungspolitik** als auch in der Innen- und Rechtspolitik in eine ganz andere Richtung gehen. Wir wollen eine liberale Rechtspolitik, und wir wollen aus unserer nordischen Grundhaltung heraus - wie ich es einmal ausdrücken möchte - eine andere Schule. Deshalb ist es in unseren Augen nur ein geringer Trost, daß Herr Rühle den Bestand der Gesamtschulen als Angebotsschulen sichergestellt sehen möchte. Wenn ich es richtig sehe, bedeutet dies aber eine Änderung des Schulgesetzes, denn eine Angebotsschule ist nicht die Regelschule.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, nein, so hat er es nicht formuliert!)

- Gut, ich lasse mich gern belehren. Ich habe dies nur der Presse so entnommen.

Kurzum: Wer sich mit der Zukunft Schleswig-Holsteins befaßt, sollte dies vielleicht doch unter dem Motto tun, das von dem Philosophen Kierkegaard stammt; er sagt nämlich:

„Menschen sind dazu verdammt, ihr Leben vorwärts zu leben, sie begreifen es aber rückwärts.“

Ich denke, die Debatte heute hat belegt, daß er recht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen für Kurzbeiträge nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat Herr Abgeordneter Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zwischenruf war richtig - offensichtlich ist es schon so, daß Ihre Zähne bei der Nennung des Namens von Volker Rühle eingedenk Ihrer kommenden Wahlkampfchancen mittlerweile so sehr klappern, daß Sie die Worte der Vergangenheit, für die Sie selbst Verantwortung tragen, nicht mehr hören wollen. Diese Sorge ist aus Ihrer Sicht doch auch berechtigt. Wenn Sie hören, wie Volker Rühle bei den Menschen im Lande aufgenommen wird - ich an Ihrer Stelle hätte dann ebenfalls Angst; das gebe ich zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

- Ja, ich verstehe, daß Sie davor Sorge haben. Was den Regierungswechsel angeht, so werden wir dafür kämpfen, und ich habe auch den Eindruck, daß Sie erkennen, daß Sie mittlerweile das kürzere Ende der Strippe in der Hand haben.

Nun zu dem Thema, das hier eine Rolle spielte, die CDU habe in den **Ausschußsitzungen** die Inhalte des Antrags zum 21. Jahrhundert, unterschrieben von unserem Fraktionsvorsitzenden Martin Kayenburg, nicht diskutiert. Nun muß ich Ihnen ganz offen sagen: Ich habe ja Verständnis dafür, daß man versucht, sich durch Erinnerungslücken vielleicht über gewisse „Unpäßlichkeiten“ hinwegzubewegen. Nur dafür, daß Sie völlig ausblenden wollen, worüber wir diskutiert haben, habe ich kein Verständnis mehr.

Beispiel Steuerreform! Wir haben darüber im Finanzausschuß gestritten, wir haben hier im Landtag darüber gestritten. Sie haben das Steuerreformmodell - sprich: Petersberger Beschlüsse - nach dem Motto, das sei alles nicht in Ordnung, rundweg abgelehnt. Was Sie durch Oskar Lafontaine jetzt vorlegen, verdient ja nicht einmal den Begriff „Reform“. Es ist keine Vereinfachung, es ist eine Erschwerung des Steuerrechts. Es wird ungesünder und nicht besser, und Arbeitsplätze werden vernichtet statt geschaffen.

Wir haben hier im Landtag auch - das gehört ja mit dazu - über die Frage gestritten: Müssen wir uns nicht als Schleswig-Holsteiner konstruktiv an der **Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs** beteiligen? Es war unser Antrag, der Antrag der CDU, hierzu eine Stellungnahme der Regierung zu erhalten. Sie haben das abgelehnt. Sie wollten nicht einmal im Finanzausschuß einen Bericht darüber abgeben, wie der Sachstand, die Entwicklungen und die Ideen der Landesregierung in diesem Bereich sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Wir haben das Thema durchaus angesprochen.

(Glocke der Präsidentin)

- Nein, Zwischenfragen möchte ich jetzt nicht zulassen; ich bitte um Verständnis.

(Thomas Stritzl)

Wir haben mit Ihnen im Finanzausschuß über das Thema **Entbeamtungspolitik** gestritten - oder etwa nicht?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch vor dem Antrag!)

- Ja, sicher! Das steht doch in dem Antrag! In dem Antrag und nicht nur vor dem Antrag, Frau Kollegin Heinold! In unserem Entschließungsantrag zum Haushalt 1998! In unserem Entschließungsantrag und in konkreten Anträgen zum Haushaltsantrag 1999 steht das noch einmal schwarz auf weiß. Es waren 50 Seiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich verstehe ja, daß Sie wollen, daß wir Ihnen das Denken abnehmen. Das Lesen können wir Ihnen aber nicht auch noch abnehmen. Da bitte ich dann, daß Sie da hingehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Gebühren und Abgaben schaffen! Wir haben gegen die Abgaben, zum Beispiel gegen die Müllmark, geklagt. Ist das völlig in Vergessenheit getreten? Wir haben wegen der Müllmark drei Aufhebungsgesetze hier in den Landtag eingebracht, das letzte von der Frau Kollegin Schwarz. Haben Sie nicht immer im Finanzausschuß, in den Fachausschüssen und im Landtag dagegen gestimmt? Ist das völlig in Vergessenheit geraten?

(Beifall bei der CDU)

Wer - wie Rot-Grün - nun, weil er Sorge vor den Fehlern der Vergangenheit hat, meint, Zukunft gewinnen zu können, indem man die Vergangenheit verdrängt, wird scheitern. So wird es Ihnen gehen. Wenn Volker Rühle neuer Ministerpräsident ist, dann werden Sie sehen, daß viele von den Punkten, die hier enthalten sind, dem Land einen neuen Schub geben werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Matthiessen das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich - vielleicht war das ja auch der tiefere Sinn der Antragstellung - entfaltet sich hier so etwas wie eine Generaldebatte.

Ich werde immer ganz neidisch auf den Kollegen Kubicki. Der hat immer soviel Presse und kommt so gut rüber.

(Zuruf von der F.D.P.: Der sieht auch besser aus! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der große Junge Kubicki, der Strahlemann, zelebriert hier zum wiederholten Male eine Übung, die er am perfektsten beherrscht, die heißt Zynismus. Herr Kubicki, Sie fanden es besonders lächerlich, daß die Grünen mit dem Problem eventuell zunehmender Atomtransporte konfrontiert sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nicht lächerlich, das ist ernst!)

Ich sage dazu nur folgendes: Die Tatsachen sind so, daß infolge des Atomprogramms, das wir aufgelegt haben, infolge der **Wiederaufbereitung**, europaweit ein großer Atommüllverschiebepark errichtet wurde mit der Folge, daß wir 3.820 t hochradioaktive Abfälle in La Hague, in Frankreich, lagern

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen wir alles!)

und 550 t hochradioaktive deutsche Atommüllreste in England haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja und? - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind dafür verantwortlich! Unglaublich! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Martin, unterbrich deinen Kollegen hier vorn nicht! Die Situation, warum im Koalitionsvertrag hier auf Landesebene und im Koalitionsvertrag auf Bonner Ebene von der Wiederaufbereitung Abstand genommen wird, ist folgendermaßen - das zeigt auch unsere Debatte über radioaktive Einleitungen in die Nordsee -: 95 % aller Immissionen sind europaweit diesen beiden Wiederaufbereitungsanlagen geschuldet.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Weil wir das dort produzierte Plutonium wirtschaftlich nicht brauchen und es in den Mox-Elementen nicht loswerden, haben wir diese Problematik. In der Tat kann es damit verbunden sein, daß wir es - wenn wir definierte **Restlaufzeiten** für die Atomkraftwerke haben - vermehrt mit Rücktransporten des deutschen Atommülls, den wir ins Ausland verschoben haben, zu tun haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Trittin hat doch gesagt, das gibt es nicht! Das ist dann gelo-

(Detlef Matthiessen)

gen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, das ist ja schön, wir befinden uns damit tatsächlich in einer gewissen politischen Falle. Ich frage aber: Wer ist denn Verursacher dieses Atommülls?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sage ich Ihnen gleich!)

Doch wohl diejenigen, Herr Kubicki - dazu gehören Ihre Partei und ihre Person -, die sich immer wieder für das Atomprogramm verwendet haben, und nicht die grüne Partei, die jetzt zwangsläufig vor diesen Knoten geschoben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich habe jetzt noch drei weitere Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Ich beabsichtige, danach die Frau Ministerpräsidentin aufzurufen. Zunächst einmal hat Herr Abgeordneter Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es auch nicht so lang machen. Ich wollte eigentlich nur Herrn Stritzl mit einer Zwischenfrage fragen, wie viele dieser Punkte, die im Antrag enthalten waren, schon früher als Einzelanträge gestellt worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Antragsrecycling“ ist ja vielleicht nicht die schlechteste Sache, aber sie trägt nicht unbedingt zur Effektivierung der Arbeit des Parlaments bei.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist auch die Beratung in den Ausschüssen etwas dünn geraten, weil die CDU in diesem Bereich überhaupt nichts Neues zu bieten hatte, als alte Argumente wiederzukäuen.

Herr Stritzl, deswegen brauchen Sie sich hier nicht hinzustellen, um noch einmal die Wichtigkeit Ihres Antrags herauszustellen und die Beratung in den Ausschüssen in irgendeiner Art und Weise zu kritisieren. Das hat etwas mit dem Antrag zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Was haben Sie uns jetzt sagen wollen?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Matthiessen, wir haben uns ja heute morgen sehr intensiv über politische Bildung und die Frage unterhalten, wie man sorgfältig mit Geschichte umgehen kann. Ich mache keinen Hehl daraus, daß die Frage, ob man für oder gegen die friedliche Nutzung der **Kernenergie** ist, quer durch alle Parteien unterschiedlich beurteilt wird, auch von mir. Ich habe übrigens gegen Brokdorf demonstriert. Ich war auf der Straße.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Ja, Frau Kollegin Franzen, ich kann das Problem doch nicht dadurch bewältigen, daß ich sage, ich habe demonstriert, und wenn es dann da ist, dann geht es mich nichts mehr an, dann waren es die anderen.

Bitte, wenn wir bei der Ehrlichkeit bleiben wollen. Der jetzige Entsorgungsrahmenvertrag bindet. Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, wie die Kernkraftwerke ihren **Entsorgungsnachweis** erbringen, hat die Unterschrift von Helmut Schmidt, SPD-Bundeskanzler, den wir gerade zum Ehrenbürger gemacht haben. Die Vereinbarung hat auch die Unterschrift von Johannes Rau, der soll Bundespräsident werden und war Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Tun Sie nicht so, als hätten die Christlich-Liberalen das zu verantworten. Das Problem war prinzipiell da. Die Frage ist momentan nur noch graduell, in welchen Mengen das antritt.

Sie kriegen ein ganz anderes Problem: Trittin hat vor der Wahl erklärt, es wird keine Atomtransporte mehr nach Deutschland geben, wohl wissend, daß das so oder so falsch sein muß! Ich belege Ihnen das! Sie kriegen das Problem, daß Sie erstens erklären müssen, was Sie mit dem Zwischenlager machen, und Sie müssen sich einmal entscheiden, welches Endlager Sie haben wollen. Wer demonstriert denn beispielsweise in Gorleben gegen das Endlager? Das sind doch Sie mit Ihren Leuten!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie müssen schon einmal sagen, wo das deutsche **Endlager** gebaut werden soll. Sie können das Pro-

(Wolfgang Kubicki)

blem nicht 20, 30 Jahre auf die lange Bank schieben, in der Hoffnung, daß Sie dann nicht mehr an der Regierung wären und die anderen das Problem dann lösen könnten.

Das, was ich Ihnen vorwerfe, ist die Widersprüchlichkeit Ihrer Argumentation, die Widersprüchlichkeit Ihres politisch-praktischen Handelns mit der Organisation von Opposition draußen auf der Straße. Das haben Sie gestern erneut bei der Frage der Ausgleichsfläche für die Airbus-Erweiterung in Hamburg unter Beweis gestellt. Sie müssen sich entscheiden, ob sie Regierungspartei oder Opposition sein wollen. Beides in einem geht nicht. Und die Sozialdemokraten werden mehr und mehr darunter leiden, daß sie mit Ihrer eigenen Rolle nicht fertig werden. Das will ich nur sagen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Konrad Nabel [SPD]: Ertragen Sie erst einmal Ihren Spagat, Herr Kubicki!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solange wir hier im Landtag eine CDU-Opposition haben, die glaubt, mit solchen vordergründigen Anträgen, wie wir sie heute hier diskutiert haben, eine Alternative darstellen zu können, bin ich beruhigt. Ich weiß sehr wohl, wer die nächste Landtagswahl gewinnen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In jedem Beitrag merkt man, wo Sie stehen. Sie klammern sich mit einer Hoffnung daran, daß die vor wenigen Tagen hier über Schleswig-Holstein aufgetauchte Sternschnuppe Volker für Sie alles richten wird.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Wir Schleswig-Holsteiner können mit Sternschnuppen hervorragend umgehen. Sie glühen für wenige Tage, dann wird darüber gesprochen, und spätestens am 27. Februar 2000 wird diese Sternschnuppe verglühen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehen Sie zu, daß Sie nicht auf die Nase fallen, wenn Sie in den Himmel gucken!)

- Herr Kayenburg, dazu gibt es in Schleswig-Holstein eine Besonderheit: Man kann sich dann etwas wünschen. Sie werden sich am 27. Februar 2000 dann wünschen können, daß Sie in fünf weiteren Jahren unter Umständen die richtige Alternative bilden, und auch da sehe ich Schwierigkeiten für Sie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal! - Unruhe)

- Nun hören Sie doch einmal zu! Das ist hier ja wie im Kindergarten! Es ist völlig richtig, daß wir in Schleswig-Holstein auf neue Herausforderungen reagieren müssen. Es ist richtig, daß wir uns auf Anforderungen einstellen müssen. Die Maßnahmen sind angepackt worden, und es sind strukturpolitische Änderungen durchgeführt worden.

Wer aber wie Sie mit Forderungen nach einem Strukturwandel den Eindruck erwecken will, dieser Strukturwandel sei längst überfällig,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

der setzt das völlig falsche politische Signal. Ihr Antrag geht völlig an der Realität vorbei.

„Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“ hört sich als Titel einer politischen Initiative zwar großartig an. Was jedoch dahintersteckt - das haben wir heute gemerkt -, ist in weiten Teilen schlicht als Vorwahlgeplänkel anzusehen.

Wenn Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nichts anderes als Weichenstellung ins nächste Jahrtausend einfällt, als in Schleswig-Holstein unter anderem den Wasserpfeffing oder die „Wiesensteuer“ abzuschaffen, dann ist das strukturpolitisch eine schwache Vision.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viel heiße Luft, eine Reihe von Behauptungen, die einer sachlichen Prüfung nicht standhalten,

(Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

und eine Aufzählung von Selbstverständlichkeiten, die im Parlament und von der Landesregierung längst auf den Weg gebracht wurden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Mehr enthält Ihr umfangreiches Papier nicht, und man könnte es zur Seite legen.

Dazu allerdings sollte man dann doch noch etwas sagen: Mit Ihrer Initiative reihen Sie sich in die Gruppe derer ein, die die Standortstärken Schleswig-

(Bernd Schröder)

Holsteins schlechtreden wollen, und das kann doch wohl nur zum Nachteil des Landes sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Den Quatsch haben Sie schon oft erzählt!)

- Sie wissen das doch selbst, Herr Kayenburg. Es ist wider besseres Wissen, wenn Sie behaupten, daß wir für die Zukunft nicht gerüstet wären.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist aber wahr!)

Sie wissen ganz genau, daß die Mehrheitsfraktionen des Hauses und die Landesregierung wirtschafts- und strukturpolitische Ergebnisse und Zielrichtungen vorweisen können oder auf den Weg gebracht haben.

(Zurufe von der CDU)

Immer wieder ist es nachzulesen, daß selbst die hochwohlloblichen Wirtschaftsverbände diese Landesregierung loben. Also, lassen Sie es nach, diesen Standort schlechztureden!

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sorgen Sie dafür, daß Schleswig-Holstein als Standort für neue zukunftsorientierte Industrien und Dienstleister attraktiv bleibt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb wollen wir eine andere Regierung! - Zurufe von der CDU)

und sorgen Sie dafür, daß wir sichere Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein haben, daß wir die vorhandenen Arbeitsplätze absichern

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch dafür brauchen wir eine neue Regierung!)

und daß wir die Rahmenbedingungen verbessern! Das wäre eine politische Handlung, die auch Verantwortung zeigen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Ministerpräsidentin Simonis.

(Unruhe)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Ich fühle mich unwohl - so muß ich Ihnen gestehen -, wenn im Zusammenhang mit der Zukunft unseres Landes zitiert wird - dabei ist es mir völlig egal, aus welchem Buch zitiert wird -, daß der Mensch ein Schädling sei auf dieser Welt, der zu verschwinden habe.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und bei CDU und F.D.P.)

Ich glaube, unsere Glaubwürdigkeit in der Diskussion mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land würde zunehmen, wenn wir alle akzeptieren würden, daß der Mensch ein Teil der Schöpfung ist,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das würde uns vielleicht bescheidener machen!)

sein Kommen und Gehen nicht von uns beeinflußbar ist und nicht beeinflußbar sein sollte, sondern einem höheren, einem anderen Plan unterliegt. Das würde dann auch dem Oppositionsführer nicht mehr dazu bringen zu sagen, die Grünen seien Schädlinge.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Man muß mit seinen Worten aufpassen. - Das stand so in der Zeitung; wenn das falsch ist, müssen Sie es dementieren. Es stand heute in der Zeitung. Jedenfalls müssen wir aufpassen, welche Bilder wir hervorrufen, wenn wir uns auf andere berufen.

(Zurufe von der CDU)

- Ich sagte ja gerade, daß ich mich dabei unwohl fühle.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist völlig egal, wer es gesagt hat. Das kann von mir aus der größte Geist gewesen sein, der das in seinen Büchern geschrieben hat. Ich fühle mich bei solchen Worten, daß der Mensch ein Schädling ist, unwohl.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während man als Überschrift über das, was die CDU vorgelegt hat, schreiben könnte: „Mit Volldampf in die Vergangenheit“,

(Beifall des Abgeordneten Bernd Saxe [SPD])

komme ich bei Herrn Kubicki in die Versuchung, ihn zu bitten, ob er nicht vielleicht auch noch einmal

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

einen Blick auf die Aachener Karnevalsrede werfen möchte, die ich nächste Woche zu halten habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn ich die kriege, gern!)

Er scheint mir da ein guter Berater zu sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich kenne sie noch nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab noch nie soviel Zukunft für unser Land wie heute. Das hätte Ihnen die Lektüre der Presse der letzten zwei Tage zeigen müssen, die ja geradezu überquillt mit Hinweisen auf die hervorragende Entwicklung bei uns hier im Norden, nicht nur in Schleswig-Holstein, aber insbesondere auch in Schleswig-Holstein. Die notwendigen Innovationen –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fisch und Chips!)

- Nein, eben nicht „Fisch und Chips“; es ist eine ganze Menge mehr, und vielleicht lesen Sie es dann auch einmal.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So steht es heute in der Zeitung!)

Die notwendigen Innovationen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sind uns gelungen. Wir haben den Anschluß an den Süden gefunden, und wenn wir sie weiter vorantreiben und dabei gleichzeitig darauf achten, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erhalten, dann wird die Zukunft dieses Landes gestaltbar sein. Wir werden sie zum Nutzen der Menschen, die hier leben und arbeiten, gestalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und wenn wir darauf achten, daß es gerecht und fair zugeht, werden wir den Menschen auch zumuten können, daß sie nicht nur Zuwächse von uns versprochen kriegen, sondern daß es auch einmal weniger sein wird. Von sozialer Gerechtigkeit allerdings ist in Ihrem Antrag überhaupt nicht die Rede. Und Ihre Haltung paßt nahtlos in das, was gerade das Bundesverfassungsgericht dazu gebracht hat, die familienpolitische Kälte der Steuerpolitik der letzten Jahre mit einem einzigen Spruch zu kassieren und uns aufzugeben, das nun wieder in Ordnung zu bringen, was Sie 16 Jahre lang verbaselt haben.

(Beifall bei der SPD)

Als Grundlage für eine Zukunftsdiskussion, die die Herzen und Köpfe der Menschen gleichzeitig erreicht und sie mitnimmt, reicht Ihr Papier leider nicht aus. Wenn ich da gerade mitbekommen habe, daß der Herr Abgeordnete Stritzl beklagt, daß wir die Petersberger Beschlüsse nicht übernehmen wollen, dann weise ich darauf hin, daß dieses Papier doch das Waterloo von Frau Nolte war. Darin war doch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich verstehe Sie also dahin, Herr Stritzl, daß Sie gerade ein feuriges Plädoyer für die

Erhöhung der Mehrwertsteuer gehalten haben. Wir wollen es nur übersetzen, damit wir das dann, wenn Sie sich später hier aufpumpen wie ein Maikäfer im Frühling, auch in den Protokollen wiederfinden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht jetzt nicht darum - das war auch interessant zu hören -, wer was wann unterschrieben hat. Natürlich waren die Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit für Atompolitik - das bestreitet doch überhaupt gar keiner -, und zwar sogar in diesem Land; und einige waren dagegen. Es gab bei der F.D.P. Gegner der Kernenergiepolitik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das weiß doch jeder. - Was nützt es denn? Das Zeug ist da und muß nun weg.

Das, was wir brauchen, ist doch die Möglichkeit, den Leuten zu sagen, wohin es in der Zukunft geht, daß wir neu anfangen wollen, daß wir etwas anders machen wollen, daß wir aus unseren Fehlern lernen wollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir junge Unternehmer, die neue Arbeit schaffen; eine Beschäftigungspolitik für junge Leute, die Ausbildungschancen suchen; wir brauchen eine Bildungspolitik, die für die Zukunft unserer Kinder die Gestaltung übernimmt und gleichzeitig das finanziell Mögliche im Auge hat; wir brauchen eine soziale Infrastruktur und eine Bürgergesellschaft, die nicht alles auf den Staat abschiebt, sondern auch einmal selber die Ärmel hochkrepelt; wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmer, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlauben, daß sich Männer und Frauen gleichermaßen um ihre Familien kümmern können,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

zu Hause bleiben können oder auch arbeiten können. Und wir brauchen eine Haushaltspolitik - da müssen wir auch lernen; das gebe ich ja zu -, die einerseits Ausgaben begrenzt, andererseits soziale Kahlschläge vermeidet und gleichzeitig Innovationen in die Zukunft erlaubt.

Ich glaube, daß die Menschen in Schleswig-Holstein mit ihrem Leistungsvermögen und ihrem Engagement

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

in den letzten zehn Jahren eine Menge dazu beigetragen haben, daß unser Land heute so gut dasteht, wie es dasteht. Deswegen sind die ersten Herausforderungen für uns als Regierung, Perspektiven für mehr Arbeit und Einkommen, Zukunftssicherheit, Beschäftigungspolitik, die die sozialen Belange der Menschen berücksichtigt und die auf ihre Sorgen und Nöte eingeht. Wir brauchen Arbeit für Hochqualifizierte genauso wie für die, die nicht mehr so schnell mitrennen können. Und da - das gebe ich gern zu - kommt aus Bonn noch nicht genügend; das reicht noch nicht, was dort für weniger qualifizierte Menschen angeboten wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben mit unserem Zukunftsprogramm - dotiert mit 130 Millionen DM - wichtige Impulse gegeben für Arbeit, Innovationen und regionales Wachstum. Die Wagniskapitalförderung wird aufgestockt, wir werden uns darum bemühen, die Medienkompetenz dadurch aufzubauen, daß wir in den Schulen, in den Volkshochschulen, in den Berufsbildungsstätten den Menschen die Möglichkeit geben, mit diesem neuen Mittel fertigzuwerden. Mit dem Zukunftsprogramm wollen wir eine innovative Umweltpolitik mit vorantreiben, die Arbeitsplätze schafft. Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Zukunft für unser Land. Wir wollen gleichzeitig - das haben Sie gestern gehört - eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Land. Dazu sind wir verpflichtet, weil die dynamische Entwicklung in den Ostseeanrainerstaaten bedeutet, daß die Verkehrsströme wachsen werden und wir dort nicht tatenlos zuzucken können.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Im „Initiativkreis Ostsee“ wollen wir natürlich nicht nur über Verkehrsprojekte reden, meine sehr verehrten Damen und Herren; dazu gehören Hochschule genauso wie Bildung, dazu gehören Medien genauso wie Kunst, dazu gehören Minderheitenpolitik und Tourismus, gehört ein ganzes Gebiet von Politikfeldern, die wir uns erarbeiten müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und natürlich gehören dazu auch der Bau der A 20 mit der Elbquerung, die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg/Lübeck, eine zukunftsweisende Lösung in der Frage der Fehmarnbelt-Querung. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses: Zu alledem gehört, wenn man sich europäisch engagieren und positionieren will, auch eine Finanzinfrastruktur, die funktioniert. Wo war denn Ihre Zustimmung zum Verkauf der Provinzial, der es uns heute überhaupt erst ermöglicht, in Dänemark antreten zu können?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wo war denn Ihre Zustimmung zum Fitmachen der Landesbank, die heute die sechststärkste Bank in Dänemark geworden ist und überall in der Ostseeregion zu

erreichen ist? Wo war denn Ihre Zustimmung, als wir die Investitionsbank gegründet haben, und wo war Ihre Zustimmung, als wir die LEG gegründet haben, die heute im Land überall mit anpackt, wenn sich irgendwo etwas auf tut, was gemacht werden muß.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und selbstverständlich - da haben Sie recht nachzufragen, wie denn die einzelnen Äußerungen zu verstehen sind - erkläre ich hier für die Landesregierung, daß wir das zusammen mit Hamburg machen werden, so wie wir zusammen mit Hamburg die Bewerbung um die Produktion des **Airbus A 3 XX** unterstützen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Erlauben Sie mir zu dem Thema, über das ja in der Landtagstagung im Februar diskutiert wird, zwei Bemerkungen! Wer glaubt denn eigentlich, daß uns ein solcher Eingriff in die Natur leichtfällt? Das ist doch etwas, was man Menschen erklären muß. Es geht gar nicht darum, daß wir hier leichtfertig Natur gegen Arbeitsplätze schieben. Aber man muß erklären können, warum man das eine macht und das andere läßt oder ein Drittes tut.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen bin ich froh, daß wir im Kabinett eine einstimmige Entscheidung getroffen haben: Wir haben den Hamburgern mit dem **Staatsvertrag** die Möglichkeit gegeben, Ausgleichsflächen zu suchen, sie zu finden und im Genehmigungsverfahren vor der EU-Kommission durchzusetzen. Wir werden niemandem im Wege stehen.

Allerdings auch eine Bemerkung an die Naturschützer! Schauen Sie sich das Elend mit der Natur in Ländern an, in denen die Armut zum Himmel schreit! Es können sich eigentlich nur Länder, die reich sind und Arbeitsplätze haben, leisten, Naturschutz noch obendrauf zu bezahlen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Deswegen halte ich das Gegeneinanderschieben von Arbeitsplätzen auf der einen und Naturschutz auf der anderen Seite für falsch. Es kommt darauf an, minimale Eingriffe zu machen, optimale wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu garantieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Eine Bemerkung zur Kreditfinanzierung beziehungsweise zur Haushaltspolitik des Landes! Dort ist im letzten Jahr nicht alles so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben, dennoch gibt es auch Gutes zu berichten. Das Innovationsprogramm können wir nur bezahlen, wenn wir an anderer Stelle sparen. Wir haben in der Zwischenzeit die niedrigste Steigerungsrate bei den Nettoausgaben vorzuweisen. Die Kreditfinanzierungsquote lag im Haushalt 1998 bei unter 8 %, mit dem Schönheitsfehler, daß die Investitionsquote nicht hoch genug war. Wenn ich sie mit der Kreditfinanzierungsquote von Theo Waigel vergleiche, der bei über 12 % lag, finde ich, daß wir da in der Zwischenzeit einiges geschafft haben.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir auch eine Bemerkung zu der Frage, warum wir lieber Angestellte als Beamte beschäftigen, obgleich Beamte nach einer Milchmädchenrechnung immer billiger seien als Angestellte. Im Jahre 2010 werden wir mit mehr als 3 Milliarden DM durch Pensionszahlungen belastet sein. Was wollen Sie den jungen Leuten von heute eigentlich noch an Gestaltungsmöglichkeiten für ihre eigene politische Zukunft überlassen, wenn 15 % der Nettoausgaben allein für Pensionslasten ausgegeben werden müssen?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

An der Stelle muß doch etwas passieren, und das muß heute passieren; denn in zehn Jahren ist es zu spät für diejenigen, die dann merken, was in ihren Haushalten passiert ist.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Zukunft dieses Landes gibt es noch viel zu diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn wir nicht schon im Januar 1999 etwa 50 % einer Diskussion damit verschwenden, was wir im Wahlkampf im Jahr 2000 erleben werden, sondern wenn wir dieses Jahr dafür benutzen, den Menschen zu zeigen: Wir wollen unsere Kräfte bündeln, wir wollen die Fortschritte der letzten Jahre sichern, wir wollen uns neue Erfolge erarbeiten. Wir vertrauen darauf, daß die Menschen uns vertrauen. Wir glauben, daß wir im Konzert der 16 Länder und in Europa eine gute Position haben werden. Das macht auch Wahlkampfgetöse nicht kaputt.

(Anhaltender Beifall bei SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Konrad Nabel [SPD]: F.D.P. zwei Enthaltungen!)

- Ich höre, daß es zwei Stimmenthaltungen gegeben hat. Ich korrigiere: Der Antrag ist bei Enthaltung der Abgeordneten der F.D.P.-Fraktion abgelehnt worden.

Ich begrüße auf der Tribüne als Besucher Schülerinnen und Schüler der Theodor-Mommsen-Schule aus Bad Oldesloe. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 a) auf:

Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt Kiel

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1893

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Damit erteile ich das Wort zur Berichterstattung dem Herrn Justizminister.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die im Antrag angesprochenen Vorkommnisse oder Vorwürfe geben Anlaß zu dem kurzen Bericht, in dem nach Lage der Dinge - dafür werden Sie Verständnis haben - nicht alle Einzelheiten diskutiert werden können. Dazu wird im Innen- und Rechtsausschuß ergänzend Gelegenheit sein. Ich möchte mit drei grundsätzlichen Bemerkungen anfangen.

Erstens. Gegen jede Tendenz einer möglichen Resignation sage ich ausdrücklich: Drogen gehören nicht in Justizvollzugsanstalten, genausowenig wie Drogen

(Minister Gerd Walter)

in Diskotheken, Schulen oder andere Einrichtungen unserer Gesellschaft gehören.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

In der Justizvollzugsanstalt Kiel wie auch in anderen Anstalten des Landes werden unter dieser Überschrift vielfältige Maßnahmen ergriffen und immer wieder neu überprüft. In einem ständigen kreativen Prozeß sind wir dabei, den Handel mit und den Konsum von Drogen einzugrenzen. Hierzu gehören zum Beispiel regelmäßige Haftraumkontrollen, das Aussprechen von Besuchsverboten bei Einbringung von Drogen, vereinzelt sogar der Einsatz von Rauschgiftspürhunden. Im Einzelfall kommen überdies Urinkontrollen, körperliche Durchsuchungen, das Verbot der Benutzung des Kartentelefon, der Widerruf der Genehmigung des Tragens von Privatkleidung, die Kontrolle des Briefverkehrs, akustische und optische Besuchüberwachung und vieles andere mehr in Betracht.

Um ein Beispiel zu nennen: 1998 wurden allein in Kiel neun Disziplinarmaßnahmen wegen Tablettenkonsums, 31 wegen Drogenkonsums und -besitzes und 15 Verfahren wegen des Besitzes von Drogenutensilien durchgeführt - insgesamt 55 Disziplinarmaßnahmen gegen Gefangene.

Zweitens. Drogensucht ist eine Krankheit. Daher haben die Insassen der Justizvollzugsanstalten auch innerhalb des Vollzugs Anspruch auf Therapie. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt.

Im Vollzug werden verschiedene Formen der Suchthilfe angeboten. Entgiftungen werden unter ärztlicher Kontrolle durchgeführt und Patienten im Bedarfsfall in eine Fachklinik verlegt. Es finden regelmäßige Beratungen für Drogenabhängige und in geeigneten Fällen deren Vorbereitung auf eine externe Therapie im Wege der Zurückstellung der Vollstreckung der Reststrafe statt. In Kiel werden diese Maßnahmen von der „Drogenhilfe und -beratung Kiel“ durchgeführt, die jährlich Gesprächskontakte mit 120 bis 140 Klienten hat. 1998 konnten 23 Gefangene durch entsprechende Vermittlung in eine Therapie entlassen werden.

Die Probleme, die hier in den letzten Wochen bei der Übernahme der Kosten mit dem Sozialamt der Stadt Kiel aufgetreten sind, wo wir eine abweichende Rechtsauffassung zur Finanzierung haben, hoffen wir in absehbarer Zeit auf pragmatische Art und Weise zu lösen. Grundsätzlich sind in allen Anstalten überdies auch Substitutionsbehandlungen nach den gleichen Indikationsstandards wie außerhalb des Vollzugs möglich. Hiervon wird allerdings in der **JVA Kiel** kein Gebrauch gemacht, da der zuständige Anstaltsarzt, der diese Therapieentscheidung nach bestem Wissen und Gewissen selbstverantwortlich trägt und in diesem Zusammenhang keinen Weisungen unterliegt und aus nachvollziehbaren Gründen auch nicht unterliegen kann, die Indikation noch in keinem einzigen Fall gegeben hat. In Einzelfällen haben deshalb Verlegungen von Gefangenen stattgefunden, um Substitution zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird bekanntermaßen ein Modellversuch im Frauenvollzug in der JVA Lübeck mit dem Ziel vorbereitet, sterile Spritzenbestecke zur Verfügung zu stellen, um Abhängige, die nicht vom Drogengebrauch mit der Spritze abzubringen sind, wenigstens vor Infektionen zu schützen.

Das sind Beispiele, meine Damen und Herren.

Drittens. Trotz alledem - das ist, wenn man so will, die Kehrseite der Anstrengungen - bleiben Drogen in den Justizvollzugsanstalten, in allen Anstalten, bundesweit von Bayern bis Schleswig-Holstein, ein Problem. Kein Justizminister könnte sich zufrieden zurücklehnen und sagen, dieses Problem sei befriedigend gelöst.

Leider müssen wir auch für die in Rede stehende Kieler Anstalt davon ausgehen, daß Drogen in kleinen Mengen verfügbar sind oder gehandelt werden. Die Anstalt hat allerdings bis dato keinerlei Hinweise - insoweit zitiere ich aus den uns vorliegenden Berichten -, daß es sich um organisierte Geschäfte größeren Umfangs handeln könnte.

Angesichts dieser Situation bleibt es eine ständige Aufgabe, immer wieder das richtige Maß von Repression, Prävention und Hilfe in der richtigen Kombination zu finden und dabei - das ist ganz wichtig - die Prinzipien des **Behandlungsvollzuges**, wie sie im Strafvollzugsgesetz festgeschrieben sind, zu beachten. Das ist der gesetzliche Rahmen, in dem wir uns bewegen.

Wohlgemerkt - ich füge das absichtsvoll an -: Wir reden über **Gefängnisse**, in denen etwa 30 % der **Inhaftierten** vor ihrer Inhaftierung mit **Drogen** zu tun hatten. Wir reden über Gefängnisse, in denen die Menschen konzentriert zusammenleben, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit Drogen kriminell geworden sind. Und wir reden über Gefängnisse, in denen den Methoden der Drogenkontrolle auch wegen der Prinzipien des **Behandlungsvollzuges** gesetzlich Grenzen gesetzt sind.

Ich nenne einmal Beispiele mit Fragezeichen:

Die Anstalt von der Außenwelt abschotten?

Die Gefangenen isolieren?

(Minister Gerd Walter)

Jeden der 7.651 Besucher, die es 1998 in der Anstalt in Kiel gab, nackt vorführen?

Täglich die Körperöffnungen der Gefangenen untersuchen? - Ich sage es einmal bewußt so, damit wir wissen, worüber wir reden.

Das alles und vieles andere mehr, was man sich theoretisch denken kann, ist entweder unrealistisch oder im deutschen Strafvollzugsgesetz nicht vorgesehen - und in Teilbereichen muß man sagen: Gott sei Dank!

Das heißt aber weder Kapitulation noch Resignation. Diese Feststellungen schützen aber vielleicht ein wenig vor Illusionen: In einer **Gesellschaft**, die selbst nicht drogenfrei ist, haben es die Gefängnisse unter diesen Bedingungen besonders schwer, drogenfrei zu sein. Das bitte ich, nicht aus den Augen zu verlieren, wenn man rechtet oder richtet über den Erfolg der einen oder anderen Anstrengung, vielleicht auch über Mißerfolg.

(Beifall bei der SPD)

Zu den insbesondere von einem Gefangenen erhobenen Vorwürfen, die Fragen des **Drogenhandels in der Kieler Strafanstalt** betreffend, seiner angeblichen Duldung durch die Anstalt und damit verbundenen Gefahren für Gefangene! Diese **Vorwürfe** stehen offenbar in Zusammenhang mit einer Doppelentweichung, einem Doppelausbruch, über den wir im Innen- und Rechtsausschuß berichtet haben. Beide Gefangene sind in der Zwischenzeit wieder inhaftiert.

Die Staatsanwaltschaft führt Ermittlungen hinsichtlich der Frage, ob etwa Zusammenhänge mit behaupteten Drogengeschäften in der JVA Kiel zu befürchten sind.

Ein weiterer Gefangener, der sich bis heute nicht gestellt hat, hat seine Vorwürfe kurz vor Weihnachten gegenüber der Anstaltsleitung über seinen Anwalt und selbst gegenüber dem Landeskriminalamt geäußert und eine Verlängerung seines Hafturlaubs damit begründet; er habe Angst, in die Anstalt zurückzukehren.

Unabhängig von der Beurteilung des Wahrheitsgehalts dieser Einlassungen hat schließlich die Anstaltsleitung nicht zuletzt auf Bitten des Landeskriminalamts der Verlängerung des Hafturlaubs entsprochen und vorsorglich die Verlegung des Häftlings in die JVA Flensburg verfügt. Trotzdem ist er zum festgesetzten Zeitpunkt, am 27. Dezember, nicht zurückgekehrt. Daran hat auch die am 15. Januar telefonisch gegebene Zusage des Staatssekretärs, daß er zu seiner persönlichen Sicherheit - er, der Häftling, so er denn gefährdet ist - in der JVA Flensburg verbleiben könne, nichts geändert.

Es war fest vereinbart, daß er sich am 18. Januar stellt und sogleich die Möglichkeit erhält, seine Aussagen erstmals gegenüber der Staatsanwaltschaft zu Protokoll zu geben. Daß er es dann vorzog, nicht zu erscheinen, erhöht die Glaubwürdigkeit des Vorgeworfenen nicht.

Gleichwohl ermittelt auch hier die **Staatsanwaltschaft**. Denn auch Häftlinge haben einen Anspruch darauf, daß

ihren kritischen Vorwürfen nachgegangen wird. Das geschieht zur Zeit.

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß ich zu Einzelheiten polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Arbeit hier nichts sagen kann und auch nichts sagen werde.

Ich sage nur: Konkrete, verwertbare Belege für ein Fehlverhalten von Beamten oder gar der Anstaltsleitung liegen mir zur Stunde nicht vor.

Ich füge hinzu: Die Arbeit von Vollzugsbediensteten ist schon schwer genug. Ich werde mich nicht an Spekulationen beteiligen, die von einem Strafgefangenen ausgehen, der sich der Haft und damit auch der Überprüfbarkeit seiner Aussagen entzieht, und damit die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch schwerer macht.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, daß Sie vom Justizminister auch nichts anderes erwartet haben.

Ich sage aber gleichzeitig: Sollten die Ermittlungsarbeiten konkrete Anhaltspunkte für ein **Fehlverhalten von Mitarbeitern** ergeben, wäre es selbstverständlich, es ohne Ansehen der Person zu ahnden. So ist es in der Vergangenheit geschehen, und so wird es auch in Zukunft sein.

Kumpanei etwa mit illegalen Aktivitäten in Haftanstalten oder auch nur ein stilles Arrangement mit ihnen wäre das letzte, was sich der Vollzug leisten könnte. Ich bin davon überzeugt: Das sieht die große Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug ganz genauso.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen kleinen Nachtrag machen. Die **öffentlich gemachten Vorwürfe** des Gefangenen haben in der Presse eine große Resonanz gehabt. Die Resonanz auf die ebenso öffentlich gemachte Reaktion anderer Gefangener auf diese Vorwürfe war viel kleiner. Ein Gefangener, der reagiert hat - ich will einfach mal einen herausgreifen -, der - um das nicht zu verschweigen - im übrigen die unzureichenden Hilfeangebote für Drogenabhängige in der

(Minister Gerd Walter)

Anstalt kritisiert, schreibt unter anderem - ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten etwas länger -:

„In keinem Fall ist die Situation so dramatisch, wie sie durch den ‘flüchtigen Inhaftierten’, der hier in haarsträubender Weise von Erpressungen und ‘Lebensbedrohungen’ durch Mitinhaftierte in der JVA Kiel spricht, dargestellt wird ...

Auch hier gibt es, genau wie ‘draußen’, süchtige, kranke Menschen wie Alkoholiker, Drogenabhängige etc ... Aber die JVA Kiel als einen ‘Drogensumpf’ mit Erpressung und ‘Lebensbedrohung’ darzustellen, dazu gehört schon viel Abgebrühtheit.

In der Zeit, in der ich hier verweile, hat es sicherlich die eine oder andere Auseinandersetzung gegeben, so wie im Leben draußen auch, aber daß Inhaftierte mit dem Leben bedroht wurden, nur weil sie keine Drogen beziehungsweise Drogengelder mit in die Anstalt geschmuggelt haben, ist absoluter Unsinn ...

Diese Flucht in Zusammenhang mit Erpressung und Drogen zu bringen, ist völlig absurd ...

Während der eine Interviewpartner ...“

- so schreibt der Häftling; ich komme gleich zum Schluß -

„mit allen Mitteln versucht, sein Versagen im Hafturlaub zu kaschieren und um diesen zu verlängern, hat der zweite Interviewpartner ‘persönliche Gründe’ ..., es einigen Leuten ‘heimzuzahlen’. Die Foren Fernsehen und Zeitung kommen ihnen da gerade recht...

Aber falsche Anschuldigungen als Aufhänger dafür zu benutzen, um auf gewisse Mißstände aufmerksam zu machen, ist der Sache nicht gerade förderlich.“

Ich sage abschließend folgendes: Ich kann heute nicht entscheiden, welcher der beiden Gefangenen Recht hat. Aber nachdenklich macht mich das schon.

Jeder mag es mit sich selber abmachen, sich an Spekulationen zu beteiligen. Der Justizminister darf nicht spekulieren. Er ist gehalten, die Ermittlungen zu unterstützen und besonders sorgfältig nach Tatsachen zu fragen. Über diese werden wir Sie im Innen- und Rechtsausschuß weiter unterrichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für seinen Bericht.

Wir kommen zur Aussprache, die scheinbar erwünscht ist. Als erster Redner erhält Herr Abgeordneter Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Berichterstattung über **Drogen in schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalten** - das wäre kein Novum, sondern das haben wir in der Vergangenheit immer wieder zu lesen bekommen. Aber: Die Berichterstattung der vergangenen Woche hat eine neue Qualität. Allein die Tatsache, daß es Berichterstattung über angeblichen organisierten Drogenhandel in Zusammenhang mit massiven Bedrohungen von Häftlingen in Schleswig-Holstein gibt, macht es erforderlich, daß sich dieser Landtag ein eigenes Bild über die **Situation in unseren Justizvollzugsanstalten** verschafft.

Das betrifft natürlich auch die **Anstaltsleitung**, die Vorwürfen ausgesetzt ist, deren Wahrheitsgehalt ich nicht überprüfen kann. Ich werde mir die Vorwürfe nicht ungeprüft zu eigen machen können. Aber: Dieser Landtag hat einen Anspruch darauf, daß die Vorwürfe lückenlos aufgeklärt werden, daß die Ermittlungen zügig und intensiv fortgeführt werden. Ich erwarte dann auch von Ihnen, Herr Minister Walter, zum gegebenen Zeitpunkt einen ausführlichen Bericht an dieses Haus. Darauf hat die Öffentlichkeit einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Das bestreitet auch niemand!)

Die Menschen in Schleswig-Holstein sind natürlich zu Recht besorgt darüber, ob es in Schleswig-Holstein Mißstände massiver Art im Justizvollzug gibt. So liegt es in unser aller Interesse, diese Vorwürfe aufzuklären, Richtiges entweder zu bestätigen und dann Konsequenzen zu ziehen oder aber ungerechtfertigte Vorwürfe aus der Welt zu schaffen.

Daß es in den Justizvollzugsanstalten ein gravierendes Drogenproblem gibt, ist seit langem bekannt. Das haben Sie heute auch wieder eingeräumt, Herr Minister Walter. Ihr Amtsvorgänger, Herr Dr. Klingner, ist an dieses Problem mehr als resignativ herangegangen. Er formulierte in der Beantwortung einer von mir gestellten Kleinen Anfrage, unter den Bedingungen des Strafvollzuges sei Therapie von Drogenabhängigen kaum möglich, da die Voraussetzung der Freiwilligkeit, die für den Erfolg einer Therapie Voraussetzung sei, nicht gegeben sei.

(Thorsten Geißler)

Wer so denkt, kann eigentlich jegliche **Bemühungen um einen qualifizierten Strafvollzug** einstellen. Es ist doch nicht so, daß sich Strafgefangene unmittelbar nach ihrem Haftantritt um einen Arbeitsplatz reißen, daß sie sofort Schulungs- und Qualifikationsangebote annehmen, daß sie soziales Training anstreben. Dazu müssen sie vielmehr motiviert werden. Es muß daher ein vollzugspolitisches Ziel sein, die Therapie von Drogenabhängigen zu verstärken. Die Zahlen, die Sie heute genannt haben, zeigen, daß es über den Kreis derjenigen hinaus, die eine solche Therapie genießen, viele Drogenabhängige in unseren Anstalten gibt, die in noch viel stärkerem Umfang behandelt und denen geholfen werden muß.

Bei Ihrem Amtsvorgänger konnten wir bedauerlicherweise auch kaum Bemühungen feststellen, die **Verfügbarkeit von Drogen in Justizvollzugsanstalten** durch geeignete Maßnahmen einzudämmen. Es ist aus unserer Sicht bedauerlich, daß es auch unter Ihrer Amtszeit und Amtsführung, Herr Minister Walter, kaum neue Akzente in dieser Hinsicht gegeben hat. Mit der Aufstellung von Spritzenautomaten kann man sich gewiß manche lästigen Folgeprobleme vom Hals halten; das Grundproblem aber bleibt ungelöst, ja, es wird sogar verschärft.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind realistisch. Wir wissen, daß es eine hundertprozentige Sicherheit nicht gibt. Das haben Sie, Herr Minister Walter, soeben auch wieder eingeräumt. Aber man kann durch geeignete Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit minimieren, daß es gelingt, Drogen in die Justizvollzugsanstalten zu schmuggeln.

Ich habe mich gerade in den vergangenen Monaten immer wieder mit Justizvollzugsbediensteten unterhalten, die die Verhältnisse in den unterschiedlichen Bundesländern kennen, teilweise auch in anderen Bundesländern gearbeitet haben. Sie haben mir übereinstimmend berichtet, daß Schleswig-Holstein am unteren Ende der Sicherheitsskala steht. Ich will Ihnen dafür einige Beispiele geben:

Strafgefangene haben das Recht, **Besuch** zu empfangen. Es ist auch unbestritten, daß die Aufrechterhaltung familiärer und anderer stabilisierender sozialer Kontakte wichtig, ja unerlässlich für eine positive Persönlichkeitsentwicklung ist. Aber dieses Ziel kann man auch erreichen, ohne daß der Sicherheitsgedanke dabei völlig untergeordnet bleibt.

Wie sieht es in Schleswig-Holstein aus? Beispiel Kiel: Der Besuch in der JVA findet in einem großen Saal statt, 16 Tische, an denen jeweils vier Personen Platz nehmen können, nebeneinander oder gegenüber; zeitweilig sind also bis zu 64 Personen in diesem Saal anwesend. Die Aufsicht erfolgt durch drei Beamte. Sie sind aber auch mit Koordinierungs- und Läuferaufgaben sowie Schreibaufgaben betraut, so daß eine effektive Überwachung überhaupt nicht möglich ist.

Beispiel Lübeck: Ebenfalls ein großer Saal mit 30 Tischen, so daß zu bis zu 30 Gefangenen bis zu 90 Besucher kommen können. Eine Hallenaufsicht, die aber gleichzeitig Schreibarbeiten zu erledigen hat, ein Koordinator und vier Läufer sind anwesend. Unter diesen Bedingungen ist eine effektive Kontrolle nicht möglich. Das muß anders werden.

(Beifall bei der CDU)

Denn es gibt Bundesländer, in denen auf wenige Besuchertische eine Aufsichtskraft kommt, die ausschließlich mit Aufsichtsaufgaben betraut ist. Diese Tische sind auch so konstruiert, daß beispielsweise ein Durchreichen von Gegenständen unter der Tischplatte nicht möglich ist. Auch das ist in Schleswig-Holstein anders.

Ich weiß, daß alle Gefangenen in unseren Justizvollzugsanstalten nach Ende der Besuchszeit abgetastet werden. Aber Justizvollzugsangestellte haben mir geschildert, daß dieses Abtasten in der Regel so oberflächlich erfolgt, daß es ein leichtes ist, beispielsweise Drogen mit in die Zelle zu schmuggeln.

Der Angleichungsgrundsatz nach § 3 Strafvollzugsgesetz bedeutet nicht, daß Sicherheitsgesichtspunkte völlig außer Betracht zu bleiben haben. Gefangene sollen Freizeit auch in ihren Zellen sinnvoll nutzen können, dazu ist die Verfügbarkeit über eine bestimmte Anzahl privater Gegenstände unerlässlich. Wenn aber - das beklagt auch der Anstaltsleiter der JVA Kiel - die Liste der erlaubten Gegenstände so lang ist, daß eine effektive **Zellenrevision** mehrere Stunden in Anspruch nehmen würde, dann ist es ein leichtes, in einer Zelle auch Drogen in größerem Umfang aufzubewahren. Das führt natürlich zur Frustration bei den Beamten, und sie beschränken deshalb - weil es anders mit der Personalausstattung gar nicht leistbar ist - Zellenrevisionen in der Regel darauf, eine Kontrolle der Außenwände, der Gitter, der WC-Spülung und der Notrufanlage durchzuführen, und manchmal erfolgt auch eine oberflächliche, natürlich wenig Erfolg versprechende Inaugenscheinnahme einiger Gegenstände. Auch hier gibt es andere Standards in anderen Bundesländern. Herr Walter, Sie wären gut beraten, sich das einmal genau anzuschauen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich **Sicherheit im Vollzug** annehme, dann nicht etwa, weil ich Strafgefangene drangsaliere

(Thorsten Geißler)

will. Wir wollen einen ebenso effektiven wie humanen Strafvollzug.

Strafgefangene sind aber auch oder werden zu **Opfern der gegenwärtigen Vollzugspolitik**. Auch Gefangene, die vor Strafantritt keinerlei Drogen konsumiert haben, werden in Versuchung geführt. Manche verschulden sich, werden dann, wenn sie Freigang oder Urlaub haben, genötigt, Kurierdienste auszuführen. Es bilden sich Hierarchien, in denen diejenigen, die am unteren Ende stehen, der Nötigung und der Bedrohung ausgesetzt sind. Wobei wir über das Ausmaß der Bedrohung und Nötigung durchaus noch sprechen müssen, nämlich ob es so dramatisch ist, wie es geschildert worden ist. Das bedarf der Aufklärung. Aber auch die Drohung mit Schlägen ist etwas, was belasten kann und das zu einem Klima im Vollzug führt, unter dem viele leiden. Daß ein Gefangener, der Drogen konsumiert, dem Ziel der Resozialisierung nicht näher kommt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Herr Minister Walter, es gibt doch Gegenstrategien! Stellen Sie die Mißstände ab, die ich aufgezeigt habe. Trennen Sie Freigänger und regelmäßige Urlauber von anderen Gefangenen. Es gibt gegenwärtig zu viele Verbindungslinien, die die Drogenweitergabe ermöglichen oder vereinfachen.

In anderen Bundesländern gibt es **besondere Abteilungen für Drogenabhängige**. Es gab sie wohl auch einmal in Kiel. In diesen Abteilungen ist eine Therapieanbahnung natürlich sehr viel einfacher möglich und besser durchzuführen. Informieren Sie sich über diese Konzepte anderer Bundesländer! Stärken Sie die Verantwortungsbereiche der Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes. Sie sind diejenigen, die die Gefangenen am besten kennen, einschätzen und positiv beeinflussen können.

Auch auf den Generalstaatsanwalt des Landes kommt Arbeit zu. Es ist nicht hinzunehmen, daß auch Kuriere nicht belangt werden, die Drogen in die Anstalt schmuggeln, weil sie sich an die Grenzen der BtMG-Richtlinie halten, die vom Vorgänger des jetzigen Generalstaatsanwalts aufgestellt wurde: 30 g Haschisch und 5 g Heroin. Das sind keine Mengen für Eigenkonsumtion, sondern das sind Kleindealermengen. Es ist dringend erforderlich, daß diese Richtlinie kassiert und durch eine neue ersetzt wird, damit wir wieder andere Verhältnisse in unseren Justizvollzugsanstalten haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Immerhin, ein Fehler der Vergangenheit wird nun korrigiert. Die Auflösung der **Sozialtherapie in der JVA Lübeck**, eingerichtet von einer CDU-Landesregierung, wird widerrufen. Es wird eine neue Sozialtherapie errichtet, natürlich mit hohem finanziellen Aufwand. Ein ehemals bewährtes und eingespieltes Mitarbeiterteam muß durch einen völlig neuen Personalkörper ersetzt werden.

Ein leitender Justizbeamter sagte mir vor wenigen Tagen, die Drogenproblematik sei im Justizministerium

bisher eher ein Tabuthema. Man wollte Ruhe, und Drogen schaffen eine relative Ruhe. Damit, meine Damen und Herren, muß Schluß sein in Schleswig-Holstein!

Herr Minister Walter, vor Ihnen steht viel Arbeit. Es ist wichtig, daß Sie persönlich dabei die Zügel in die Hand nehmen. Ihre Berufung zum Justizminister vor drei Jahren ist fast einhellig begrüßt worden, denn Sie haben sich bemüht, in rechtspolitischen Fragen auch den Konsens mit der Opposition zu suchen, und das erkennen wir auch an. Aber seit einiger Zeit mehren sich die Stimmen im Justizbereich - das bleibt uns naturgemäß nicht verborgen -, die feststellen, daß Sie sich fast ausschließlich nur noch mit Europafragen beschäftigen und daß Sie das Justizressort praktisch vollständig Ihrem Staatssekretär übertragen haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine gute Entscheidung!)

- Frau Fröhlich, da klatschen Sie auch noch! Ich wünsche mir, daß das wichtige Ressort des Justizministers auch politisch wahrgenommen wird, und dafür haben wir einen Justizminister und nicht nur einen Staatssekretär.

(Beifall bei der CDU)

Die Europapolitik ist wichtig, und man bewegt sich dabei ja auch auf einem vergleichsweise angenehmen Parkett.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter!

Thorsten Geißler [CDU]:

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident!

Aber die Probleme machen erforderlich, daß sich der zuständige Justizminister auch wieder verstärkt persönlich in diesem Teil seines Ressorts engagiert. Herr Minister Walter, dazu fordere ich Sie angesichts der dringenden Probleme in unserem Land im Namen meiner Fraktion nachdrücklich auf!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Kötschau das Wort.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß ich mich sehr darüber freue, daß wir nicht nur einen sehr politischen Justizminister, sondern auch einen sehr politischen Staatssekretär haben.

Lieber Herr Kollege Geißler, wenn Sie mir bitte einen Moment Gehör schenken würden! Herr Geißler, zu einer Debatte gehört es auch, daß man zuhört, denn Sie wollen natürlich auch Argumente aufnehmen, wie ich Sie kenne!

(Bernd Saxe [SPD]: Nein!)

Ich möchte unterstreichen, daß der Justiz- und Europa-minister mit Europa durchaus auch Justizinteressen wahrnimmt. Denn internationale Rechtshilfeabkommen, internationale Kriminalität und ähnliches bedingt, daß er sehr stark im europäischen Geschäft verankert ist und diese Kontakte hat und hält. Das finde ich hervor-ragend.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein ganz anderer Aspekt!)

Da ist es auch eine Selbstverständlichkeit, daß der Justizstaatssekretär überwiegend die laufende Arbeit wahrnimmt. Ich kann nur sagen, daß wir froh sind, daß wir diese beiden an der Spitze des Ministeriums haben. Ich komme jetzt zur Sache. Anlaß dieser Debatte sind zwei **Fernsehberichte** vom 13. und 15. Januar 1999 über **Drogenhandel in der Justizvollzugsanstalt Kiel**. Ich möchte mich dazu äußern, nicht zu anderen Themen. Drogenfreie Justizvollzugsanstalten sind eine Mär. Und den in der Presse veröffentlichten Vorwürfen muß im einzelnen und in aller Ruhe nachgegangen werden.

Drogensucht ist eine Krankheit, und Drogenabhängige gehören nicht in die Justizvollzugsanstalt. Aus diesem Grund gibt es das Programm „Therapie statt Strafe“. Der Minister hat gerade darauf hingewiesen, daß im letzten Jahr aus der Justizvollzugsanstalt Kiel 23 Gefangene in eine solche Maßnahme überführt worden sind, um eben therapiert zu werden. Daneben gibt es eine ambulante Drogenhilfe für Gefangene, die durch das Sozialministerium gefördert wird. In der Justizvollzugsanstalt Kiel steht dafür eine volle Stelle zur Verfügung, nämlich für Drogenberatung und Behandlung. Dazu gehört auch die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Strafvollzugs. Ob dies ausreichend ist, ist zu überprüfen. Meine Fraktion wird diese Frage in die Beratungen des Innen- und Rechtsausschusses mitnehmen.

Zu den öffentlichen Vorwürfen: Hier muß ermittelt werden! Auf der **Grundlage des Ergebnisses dieser Ermittlungen**, Herr Kollege Geißler, werden wir im einzelnen weitere Maßnahmen beraten. Dazu gehören

Fragen danach, ob die bisherigen Angebote hinsichtlich Beratung und Therapieplätze ausreichend sind, welche weiteren Maßnahmen vor allem auch im Hinblick auf die Kontakte nach außen sinnvoll und erforderlich sind - wie ein entsprechender Schutz sowohl der Gefangenen als auch der Vollzugsbediensteten - vorgenommen und gesichert werden kann.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr deutlich vor die **Vollzugsbeamten** stellen. Ich freue mich, daß der Minister das auch getan hat. Ihre Arbeit in einem Bereich, der gesellschaftlich nicht anerkannt ist, ist ohnehin schwer genug.

(Zurufe von der CDU: Was?)

- Nein, Justizvollzugsbeamte haben kein hohes Ansehen in der Gesellschaft. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Es muß jedem Verdacht nachgegangen werden. Aber bis dahin gilt auch für Justizvollzugsbeamte die Unschuldsvermutung.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich möchte mich sehr deutlich vor die Beamtinnen und Beamten stellen, die einen verdammt schweren Job zu leisten haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich danke dem Herrn Justizminister, der sofort angeboten hat, in einer der nächsten Innen- und Rechtsausschußsitzungen über die Vorgänge in der Kieler Justizvollzugsanstalt zu informieren. Ich halte dies für einen sinnvolleren Schritt, als hier in der Plenardebatte zu spekulieren. Uns liegen nicht mehr **Informationen** als der Presse vor, vielleicht sogar weniger. Der Innen- und Rechtsausschuß ist der richtige Ort für inhaltliche Auseinandersetzungen, zumal hier auch die Gelegenheit besteht, gegebenenfalls die eine oder andere Frage in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Ob dies allerdings bereits am nächsten Mittwoch geschehen kann, ob es Sinn macht, ob die Ermittlungen dann so weit fortgeschritten sein werden, werden wir sehen. Das wird der Innen- und Rechtsausschuß entscheiden.

(Dr. Gabriele Kötschau)

Aber darüber, daß im Plenum aus laufenden Verfahren nicht berichtet werden kann, besteht in diesem Hohen Hause eine absolute Einigkeit.

Ich möchte im Anschluß an meinen Herrn Kollegen Geißler noch etwas sagen. Mir ist aufgefallen, Sie haben die Justizvollzugsanstalt als einen Höllenort beschrieben, als einen Ort der Hölle, in dem alles schrecklich ist. Ich möchte auch nicht dort wohnen. Nur frage ich Sie, Herr Geißler, wie ist das mit Ihren Ausführungen vom letzten oder vorletzten Jahr in Einklang zu bringen, daß unsere Justizvollzugsanstalten reine Erholungsheime seien?

(Thorsten Geißler [CDU]: Das habe ich nie behauptet!)

Irgendwo müssen Sie sich einmal entscheiden. Weniger, Herr Kollege, ist manchmal mehr.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Geißler hatte seinen großen Auftritt zu einem Thema, dessen **Fakten** überhaupt noch nicht geklärt sind, und der auch nicht nötig gewesen wäre, weil uns der Justizminister angeboten hatte, uns im Innen- und Rechtsausschuß darüber zu informieren, was ich für sinnvoll halte, weil da Gelegenheit zur Nachfrage besteht,

(Holger Astrup [SPD]: Wenig Öffentlichkeit!)

aber weniger Öffentlichkeit.

Ein **Bericht über die Umstände dieses konkreten Ausbruchfalls**, wie der Antrag es fordert, kann und darf aber erst vorgelegt werden, wenn die **Ermittlungen der Staatsanwaltschaft** abgeschlossen sind, was zur Zeit noch gar nicht der Fall ist. Vor Abschluß der Ermittlungen möchte ich mich auch gar nicht zu den Vorwürfen gegenüber den Bediensteten der JVA äußern.

Ich persönlich habe Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Aussagen des geflohenen Häftlings aufgrund der Umstände und der Gegendarstellung von anderen Insassen der JVA Kiel und der Ausführungen des Ministers.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der geringen Anzahl der Abgeordneten ist der Lärmpegel entschieden zu hoch.

(Heiterkeit bei SPD, CDU und SSW)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Motivation des Entflohenen, an die Öffentlichkeit zu treten, kann durchaus auch eine andere gewesen sein, als aufzuklären. Klar ist allerdings, daß es Drogen - so wie draußen - auch im Knast gibt. Dies ist keine neue Erkenntnis. Selbstverständlich sind die Strukturen der JVA ein Spiegelbild der Gesellschaft, nur daß der Alltag im Vollzug ungleich härter ist.

Nach Schätzungen des Bundesgesundheitsministeriums fixen 50 % der intravenös spritzenden Drogenabhängigen im Vollzug weiter. Das **Drogenproblem innerhalb von JVA**s kann also nicht getrennt von der Drogenproblematik **außerhalb** der Justizvollzugsanstalten gesehen werden.

Klar ist auch, daß dieses Problem nicht allein in Kiel oder in Schleswig-Holstein besteht. Das Bundesgesundheitsministerium geht davon aus, daß bundesweit 20 % der männlichen und 60 % bis 70 % der weiblichen Häftlinge drogenabhängig sind. Diese Zahlen sind angesichts der Tatsache, daß viele der Gefangenen aufgrund von Delikten im Zusammenhang mit Drogenkarrieren verurteilt wurden, nicht überraschend.

Das Drogenproblem im Justizvollzug muß also erst einmal als vorhanden wahrgenommen werden, und **Lösungsstrategien** müssen sich an dieser Tatsache orientieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen Wege finden, den Gefangenen innerhalb des Justizalltags die Möglichkeit zu geben, Drogen und deren Konsum zu entgehen. Wo dies nicht möglich ist, muß wenigstens die Möglichkeit gegeben werden - zum Beispiel durch Spritzenabtausch -, unnötige **Gesundheitsschädigungen** zu vermeiden.

Weiterhin sollten Maßnahmen ergriffen werden, damit die **Substitution** auf Wunsch der Gefangenen auch überall in den Justizvollzugsanstalten angeboten werden kann. Ein Gefangener hat eben nicht die Möglichkeit der freien Arztwahl. Daher ist ein Anstaltsarzt, der eine von vielen Berufskollegen anerkannte und durchgeführte Therapieform grundsätzlich ablehnt, für mich nicht tragbar.

(Matthias Böttcher)

Auch **drogenfreie Stationen**, in denen sich die Gefangenen freiwillig schärferen Kontrollen unterziehen lassen können - es gibt den Wunsch einiger Gefangener, dies zu tun -, müssen eingerichtet werden. Das hatten wir bereits vor einiger Zeit gefordert.

Die Finanzierung der **Therapien für Gefangene** muß zu jedem Zeitpunkt gesichert werden. Therapien können nicht erst nach der Entlassung einsetzen, wie es sich die Stadt Kiel zur Zeit vorstellt. Schließlich gilt für den Vollzug auch das, was für das Leben außerhalb des Vollzugs gilt: Tristesse und Langeweile, Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, an Freizeit- und Sportmöglichkeit wirken dem Drogenkonsum nicht gerade entgegen.

Letztlich sind diese genannten Maßnahmen die einzige Möglichkeit, Drogenkonsum und Drogenhandel außerhalb und innerhalb des Justizvollzuges zu beschränken. Besseres Wegschließen und Einschränkung des Besuchsrechts - wie es die CDU 1997 gefordert hatte - bringt den Süchtigen keine Lösung, ein Weg aus ihrer Krankheit zu finden. Sie bringt höchstens der CDU eine einfache Antwort auf ein schwieriges Problem. Die Antwort ist aber nicht die richtige.

Ich glaube, wir müssen uns dieses Problems auch annehmen. Wir müssen natürlich sehen, daß wir genügend Personal für den Justizvollzug bereitstellen. Wenn man aber diese Problematik angehen will, kann man keine Presseerklärungen herausgeben, die die Überschrift haben - Sie haben zwar nicht behauptet, daß die Gefängnisse eine Kureinrichtung seien, Sie haben sich aber hingestellt und gesagt, jedenfalls hat es das impliziert -: Gefängnisse dürfen keine Kureinrichtungen sein. Das ist der kleine feine Unterschied, weshalb Sie immer protestieren, wenn Sie in diesem Zusammenhang zitiert werden.

Ich möchte Sie auch noch auf einen kleinen Irrtum hinweisen. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, 5 g Heroin sei die Grenze, an dem das Verfahren eingestellt würde. Meines Erachtens ist die Grenze, an der das Verfahren eingestellt wird, 1 g und nicht 5 g. Es macht einen falschen Eindruck, wenn man falsche Zahlen benutzt. Ich bitte Sie, bei seriösen Angaben zu bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Ich korrigiere mich. Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Probleme mit Drogenhandel und Drogenkonsum sind in Gefängnissen leider alltäglich. Das ist auch nicht übertra-

schend. Herr Minister, Drogen gehören natürlich nicht in Justizvollzugsanstalten - ebensowenig wie in Schulen und in Diskotheken, so haben Sie gesagt. Ich gebe Ihnen recht. Aber wir sind uns sicherlich darin einig, daß es sehr naiv wäre zu glauben oder auch nur zu hoffen, ein gesellschaftliches Phänomen dieses Ausmaßes würde ausgerechnet vor Justizvollzugsanstalten halt machen.

Auch die **JVA Kiel** war in der Vergangenheit durch Drogenprobleme in die Schlagzeilen geraten. Am 13. Januar wurden erneut Vorwürfe laut, die allerdings eine neue Dimension haben. Ein aus dem Hafturlaub nicht zurückgekehrter Häftling berichtete gegenüber dem „NDR“, daß Mithäftlinge sogenannte Freigänger unter Druck setzten, damit diese für sie als Drogenbeziehungsweise Geldkuriere arbeiteten. Außerdem beschuldigte er in bisher nicht dagewesener Form die Anstaltsleitung. Diese wisse nicht nur von den Drogengeschäften, sie unternehme absichtlich nichts dagegen.

Das sind in der Tat **massive Vorwürfe**, die weit über die bisher bekannte und auch schon im Landtag diskutierte Drogenproblematik in JVs hinausgehen. Es besteht - darüber sind wir uns ja auch einig, der Minister hat es deutlich gemacht - dringend **Aufklärungsbedarf**.

Herr Minister Walter hat dies offensichtlich von Anfang an so gesehen, denn er hat bereits in einem Schreiben vom 18. Januar dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses angeboten, über den Vorfall im **Fachausschuß** zu berichten. Daß er schon heute im Rahmen der Plenartagung einen Bericht gibt, liegt im Interesse aller Beteiligten.

Sollte es allerdings Aspekte geben - auch dies ist seitens des Ministers, aber auch von der Frau Kollegin Kötschau bereits angesprochen worden -, die es nicht möglich machen, hier im **Plenum** öffentlich zu berichten - ich gehe davon aus, daß es solche Aspekte gibt, sowohl aus datenschutzrechtlichen wie auch aus verfahrenstechnischen Gründen -, dann ist es selbstverständlich, daß der Minister im Innen- und Rechtsausschuß, und zwar schon in der nächsten Sitzung, ausführlich und umfassend berichten wird.

Das ist auch deswegen notwendig, weil die **Anstaltsleitung** unter schwerem Verdacht steht. Wenn die Reputation der Anstalt, aber auch die Person des Anstaltsleiters nicht nachhaltig beschädigt werden soll, muß schnell und vorbehaltlos untersucht werden.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Sollten sich die Anschuldigungen erhärten, muß der Minister über personelle Konsequenzen nachdenken; wenn nicht, dann hat der Minister die Pflicht, seine Mitarbeiter auch öffentlich in Schutz zu nehmen - über das Maß hinaus, in dem er das heute bereits in - wie ich finde - hervorragender Art und Weise getan hat.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt natürlich auch für den flüchtigen **Häftling**. Wenn seine Aussage stimmt, so ist klar, daß er nicht in die JVA Kiel zurückkehren kann. Daran kann es keinen Zweifel geben. Wenn es nicht so ist, dann muß allerdings alles unternommen werden, ihn schnellstens in eine Haftanstalt zurückzubringen. Das kann dann auch die JVA Kiel sein. Ich gebe Ihnen recht, Herr Minister, wenn Sie sagen, daß die Glaubwürdigkeit nicht gerade dadurch zugenommen hat, daß sich der Häftling nach dem ihm ja zugesicherten Angebot, in Flensburg inhaftiert zu werden, nicht gestellt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zeitungsberichten zufolge hat das Landeskriminalamt bereits Ermittlungen in der JVA Kiel aufgenommen. Es tut sich also etwas, und das ist auch dringend geboten.

Der heutige Bericht des Justizministers kann zum jetzigen Zeitpunkt nur ein Zwischenbericht sein. Das Thema „**Drogen in Gefängnissen**“ und die Ereignisse im Kieler Gefängnis bleiben auf der Tagesordnung des Landtages und werden den Innen- und Rechtsausschuß zeitnah in seiner nächsten Sitzung weiter beschäftigen, dort dann erforderlichenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Es liegt im Interesse der Beschäftigten der JVA des Landes - nicht nur in Kiel -, es liegt aber auch im Interesse der drogenkranken Häftlinge, daß dieser Vorfall aufgeklärt wird und daß nicht nur darüber nachgedacht, sondern auch in diesem Sinne gehandelt wird, drogenkranken Häftlingen in Schleswig-Holstein besser und mehr zu helfen, als dies in der Vergangenheit offenbar möglich war.

Ein Wort noch zu den Vorwürfen, die hier an den Minister gerichtet worden sind! Wir müssen uns darüber klar sein, daß es bei der Problematik von Drogen in JVA überhaupt keine parteipolitischen Zuordnungen geben kann. Dies ist - wie ich zu Anfang sagte - ein gesellschaftliches Problem, das sich in einer solchen Einrichtung wie einer JVA fokussieren muß. Das geschieht in allen Ländern, völlig unabhängig davon, wer dort Justizminister ist.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In allen **Justizvollzugsanstalten** gibt es die Möglichkeit, an **Drogen** zu gelangen. Das ist ganz einfach die bundesdeutsche Wirklichkeit und auch die europäische Wirklichkeit. Schon viele Leute haben sich die Köpfe darüber zerbrochen, wie das verhindert werden kann, aber bisher leider - wie wir wissen - ohne Erfolg.

Wie kann es auch anders sein - unsere Gesellschaft ist nicht drogenfrei, und die Haftanstalten sind es allemal nicht.

Der Bericht im „Schleswig-Holstein-Magazin“ war deshalb erschütternd, weil er eine mögliche Folge des Drogenkonsums in Haftanstalten aufgezeigt hat. Sollte es sich dem Bericht entsprechend verhalten haben, dann wäre auf einen Freigänger massiv Druck ausgeübt worden. Er sei gezwungen worden, Drogen zu besorgen, wurde berichtet. Wenn man diesen Fall weiter spinnt, dann scheint das Gefängnisleben vor allem für diejenigen mit großen Gefahren verbunden zu sein, die Hafterleichterungen erhalten. Daß sie in die Kriminalität gezwungen werden sollen, kann nicht hingenommen werden.

Der Bericht des Ministers hat deutlich gemacht, wie schwierig diese Materie ist und wie wenig sie deshalb auch geeignet ist, aus dem „hohlen Bauch“ im Landtag debattiert zu werden. Wir wissen auch, daß Menschen, wenn sie sich öffentlich äußern - im Fernsehen, der Presse gegenüber -, vielleicht auch noch andere Absichten verfolgen, als nur die Wahrheit zu sagen oder sich mit einer Sache auseinanderzusetzen.

Meine Konklusion ist also: Ich hätte diesen Fall lieber anders behandelt; ich hätte lieber erst im **Innen- und Rechtsausschuß** darüber gesprochen, wo wir Fragen hätten loswerden und uns mit diesem Einzelfall hätten befassen können. Dann hätte ich auch gern vom Ministerium gehört, wie es mit der Drogenpolitik in den Haftanstalten aussieht, mit Prävention, mit den Möglichkeiten der Bestrafung. Ich hätte gern erfahren, wie man überhaupt eine Drogenpolitik im Sinne der Betroffenen betreiben kann.

Ich weiß, daß in anderen europäischen Ländern, die sich ja ebenfalls mit diesem Problem zu befassen haben, Modellversuche durchgeführt werden. Ich hätte zum Beispiel auch gern gewußt, ob man von diesen Modellversuchen etwas lernen kann. So habe ich gelesen, daß man nicht nur in Dänemark, sondern nach meiner Erinnerung auch in Schweden drogen-

(Anke Spoorendonk)

freie Abteilungen in den Haftanstalten eingerichtet hat. Häftlinge können dort also ganz gezielt darum bitten, dort inhaftiert zu werden. Ich wüßte gern, welche Erfahrungen man mit solchen Modellversuchen gemacht hat, und ich wüßte natürlich auch gern, ob es etwas bringt, wenn man für Schwerstabhängige in den Haftanstalten eine Heroinabgabe einrichten würde.

Es gibt also eine ganze Reihe von offenen Fragen. Diese Fragen müssen erst geklärt werden, bevor wir mit einer Debatte im **Landtag** weiterkommen können. Ich hätte mir - wie ich schon vorhin sagte - den anderen Weg gewünscht. Das sollten wir weiterhin im Auge behalten: erst im Innen- und Rechtsausschuß weiterarbeiten. Wenn es dann gewünscht wird, können wir uns im Landtag über Konzepte unterhalten und über die gesellschaftspolitischen Fragen. Ich denke aber, daß die Untersuchung im Ausschuß laufen muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Meiner Feststellung wird nicht widersprochen, daß mit der Berichterstattung und der Debatte sowie der Überweisung des Berichts zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuß dieser Tagesordnungspunkt erledigt ist? - Es wird nicht widersprochen.

Wir haben noch mehrere Tagesordnungspunkte zu behandeln, aber die verflossene Redezeit wird dafür sorgen, daß einige dieser Punkte über den Rand gedrängt werden.

Ich schlage Ihnen vor, die Tagesordnungspunkte 14 und 12 - den Forstbericht und das Thema der ökologischen Waldentwicklung - in der Februar-Tagung zu behandeln. - Dem wird nicht widersprochen; dann werden wir so verfahren.

Dann rufe ich Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1883

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Antrag und mit dem Beschluß des Landtages auf Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für die **Wettbewerbshilfe** um 30 Millionen DM im Haushaltsjahr 1999 haben die Koalitionsfraktionen in der letzten

Tagung deutlich gemacht, daß die Werften in Schleswig-Holstein nach wie vor eine Branche von herausragender Bedeutung sind und daß der Landtag den Unternehmen helfen will, sich in dem zunehmend verzerrten internationalen Wettbewerb zu behaupten, weil wir wissen, daß sich die Unternehmen ohne staatliche Hilfe am Markt bewähren könnten, wenn die wuchern- und ausufernde Subventionspraxis insbesondere von seiten der Schwellenländer nicht immer mehr dazu führen würde, daß das internationale Preisgefüge durcheinandergerät.

Unsere schleswig-holsteinischen **Werftbetriebe** haben sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen gemeinsamen Anstrengung von Unternehmen und Belegschaften den **Markterfordernissen** angepaßt, haben Produkte und Verfahren erneuert, haben rationalisiert und modernisiert, haben verschlankt und umstrukturiert.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis kann man heute mit Fug und Recht sagen, daß die Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein eine moderne, leistungsfähige und technologieorientierte Branche ist, deren Produkte höchsten Ansprüchen genügen und weltweit gefragt sind.

(Jürgen Weber [SPD]: Genauso ist es! - Einzelner Beifall bei der SPD)

Wir sollten darum auch an dieser Stelle Dank sagen den Arbeitgebern, den Unternehmen, den Verbänden, der Landesregierung und den Kommunen, aber insbesondere auch den Belegschaften, den Betriebsräten, den Gewerkschaften, die zum Teil unter bitteren Einschränkungen und Belastungen an diesem Modernisierungsprozeß mitgewirkt haben und Opfer für das Überleben ihrer Betriebe und damit auch zur Rettung ihrer Arbeitsplätze gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Zugleich aber plädieren wir weiterhin für ein Ende des **Subventionswettilaufs** in der Welt, denn wenn Marktbedingungen herrschen würden - ich habe das eben schon gesagt -, bräuchten wir uns um die Chancen unserer schleswig-holsteinischen Betriebe keine Sorgen zu machen. Bis es aber so weit ist, müssen wir weiter mithelfen, weil die Arbeitsplätze in den Werftbetrieben in Schleswig-Holstein und die Arbeitsplätze

(Bernd Saxe)

in der Zulieferindustrie weit über Norddeutschland hinaus gerettet und erhalten werden müssen.

Zu kritisieren ist - auch dieses ist kein neues Thema -, daß sich der Bund in den letzten Jahren immer mehr auch aus seiner Verantwortung für die Werften herausgestohlen hat und daß die Standortländer zunehmend mit den Belastungen alleingelassen worden sind.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Von einer Zweidrittel-Bundesbeteiligung über die Hälfte sind wir mittlerweile bei nur noch einem Drittel **Bundesbeteiligung** gelangt. Dies ist die Verantwortung der alten Bundesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Ja, Frau Schmitz-Hübsch, so ist das! Die SPD-Landtagsfraktion und auch die Landesregierung, haben immer wieder darauf gedrängt, diesen Zustand wiederherzustellen, und wir werden dies übrigens auch in Zukunft gegenüber der neuen Regierung mit gleichem Nachdruck tun.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Ingrid Franzen [SPD], Thomas Stritzl [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Peinlich allerdings ist es, wenn jetzt CDU-Bundestagsabgeordnete durchs Land reiten und verkünden, der Bund müsse in der Wettbewerbshilfe endlich mehr tun. Dies ist hochgradig peinlich! Dazu haben sie 16 Jahre lang Gelegenheit gehabt. In dieser Zeit war nie etwas davon zu hören. Und jetzt zu kommen und zu sagen, wir waren schon immer der Meinung, ist wirklich nichts als peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir erbitten mit unserem heutigen **Antrag** einen Bericht über die **Lage der Branche**, über den erreichten Stand der Umstrukturierung, über künftige Chancen und Perspektiven, über Kooperation mit Betrieben außerhalb Schleswig-Holsteins, und auch über Kooperation mit Wissenschaft und Forschung, um am Markt weiter die Chancen zu erhalten und zu verbessern. Sehr geehrter Herr Minister, wir wissen, daß die in dem Antrag gesetzte Frist denkbar knapp ist. Insofern kann ich Ihnen schon heute sagen, daß wir durchaus Nachsicht üben werden, wenn sie nicht zu halten sein wird. Wir wollten jedoch deutlich machen, daß uns das Thema wichtig ist und daß darin auch eine gewisse Eile liegt.

Die CDU hat darum gebeten, den Antrag dem Ausschuß zu überweisen. Das hat sich erledigt? - Das hat sich erledigt! Dann bitte ich um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz des dramatischen Schrumpfungsprozesses der schleswig-holsteinischen Werften bleiben wir das Bundesland mit einem besonders großen Anteil der **Werftindustrie** am Bruttoinlandsprodukt.

Es ist deshalb richtig, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag auch in dieser Legislaturperiode die Landesregierung auffordert, über die Zukunft der heimischen Schiffbauindustrie zu berichten.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Daß dieser Antrag mit der Rückkehr des Abgeordneten Benker in den Landtag zusammentrifft, der in der vorigen Legislaturperiode diesen Antrag eingebracht hat, halte ich für puren Zufall, Herr Benker! Trotzdem sei daran erinnert, daß bereits im Juli 1994 der **Wirtschaftsausschuß** zu dem damaligen Bericht der Landesregierung eine umfangreiche Anhörung angesetzt hatte, zu der alle Werften des Landes eingeladen worden waren.

Für die Abgeordneten war das eine sehr informative Veranstaltung; wir lernten viel über die Wettbewerbslage der Werften und über ihre Bemühungen, zum Beispiel durch Zusammenarbeit und Innovation ihre Situation zu verbessern. Den damaligen Wirtschaftsminister Steinbrück hingegen hat sie in den Folgejahren dennoch nicht dazu veranlaßt, die Obergrenze der Werftenhilfe voll auszuschöpfen. Trotz der erheblich veränderten Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder wollte er nicht einsehen, daß das Land nun einen größeren Anteil zu leisten habe.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit, auch in der ersten Reihe!

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Ich fahre fort. Kurz vor der Bundestagswahl änderte sich die Einstellung des Wirtschaftsministers und schlug sich im Nachtragshaushalt in neuen Ansätzen für die Werftenhilfe nieder. Heute ist natürlich alles anders. Heute haben die Grünen die Werftenhilfe erfunden, gegen die sie bis vor kurzem noch mehr oder weniger offen zu Felde gezogen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Saxe [SPD])

Ich möchte die eigentliche Debatte auf den Zeitpunkt vertagen, an dem die Ergebnisse vorliegen. Herr Saxe, ich habe mich besonnen und stimme deshalb schon heute Ihrem Berichtsantrag zu, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Ich fände es gut, wenn der Wirtschaftsminister seinen Bericht in der März-Tagung geben kann.

Ich bitte die Landesregierung, unter Punkt 5 des Antrages, in dem es um die **internationalen Vereinbarungen** zur Zukunft des Schiffbaus und vor allen Dingen um die **zukünftige Subventionierung** geht, auch das Verhalten der USA darzustellen, an deren Verweigerungshaltung bekanntlich internationale Abkommen gescheitert sind. Ohne die Mitwirkung der USA aber können wir internationale Vereinbarungen über die Reduzierung der Subventionen im Schiffbau getrost vergessen! Außerdem bitte ich Sie unter diesem Punkt um eine Darstellung darüber, welche Aufträge von den schleswig-holsteinischen Werften nicht akquiriert werden konnten, weil das Land die Fördermittel des Bundes nicht voll ausgeschöpft hat.

Schleswig-Holstein wird wohl noch für eine lange Zeit die Zahlungen an die Schiffbauindustrie fortsetzen müssen, nachdem aktuelle Meldungen aus Asien - speziell Korea - wieder belegen, daß dank staatlicher Subventionierung dort unsere Werften mit den Preisen einfach nicht mithalten können.

Das Land wird diese Aufgabe wohl weitgehend allein schultern müssen, denn viel mehr Geld als vorher ist auch unter Rot-Grün aus Bonn nicht zu erwarten; im Gegenteil! In der Antwortnote des Bundeswirtschaftsministers an den schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister - beide parteilos in rot-grünen Regierungen - klingt es so, als wolle sich der **Bund** völlig aus der **Schiffbauförderung** zurückziehen. Diese habe nämlich eine stark regionalwirtschaftliche Zielsetzung und müsse in erster Linie von den Ländern finanziert werden, heißt es unfreundlich aus Bonn, und Sie haben es dankenswerterweise veröffentlicht, Herr Minister.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, und uns wurde mal weisgemacht, nach einem Regierungswechsel in Bonn werde alles besser, und es werde Milch und Honig fließen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Es ist schon besser geworden!)

Welch ein Irrtum! Ich stimme dem Berichtsantrag zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der gerade richtigen Dosis Ekel, Abscheu und Empörung reagierten die Sozialdemokraten auf die F.D.P.-Initiative zur Änderung des Verteilungsschlüssels der **Wettbewerbshilfe** im Dezember letzten Jahres. Trotzdem bemühte sich der Wirtschaftsminister Bülck und wurde bei seinem Amtskollegen in Bonn vorstellig. Bei der Mühe blieb es denn auch, denn der neue Bundeswirtschaftsminister machte unmißverständlich deutlich, daß die Bundesregierung gar nicht daran denke, auch nur eine müde Mark mehr für die deutsche **Schiffbauindustrie** zur Verfügung zu stellen - Herr Kollege Saxe, so deutlich, wie noch keine Bundesregierung zuvor! Bisher war die nationale Bedeutung des Schiffbaus für Deutschland jedenfalls nicht in Frage gestellt worden. Die Schröder-Regierung weist dem Schiffbau gerade noch regionale Bedeutung zu. Mit dieser Haltung kann man gegenüber der koreanischen Staatskonkurrenz bestimmt nichts ausrichten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich sehe dies als eine deutliche Ohrfeige der neuen Bundesregierung für die Werften hier im Lande an.

So weit, so schlecht. Am 15. Januar 1999 verkündete Minister Bülck das traurige Ergebnis, zu dem die F.D.P.-Fraktion lediglich feststellen kann: Der ehemalige Wirtschaftsminister Peer Steinbrück hätte sich von einem Ersatzspieler wie Werner Müller sicherlich nicht so schnell in die Tasche stecken lassen. Oder, das Ergebnis ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß Teamchefin Heide Simonis nur noch mit den Ersatzspielern von der Reservebank ihre letzte Halbzeit bestreiten muß.

(Beifall bei der CDU)

Daraufhin einigte man sich noch schnell auf eine ganz empörte Pressemitteilung, damit auch alle zu-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

frieden auf den ebenso energisch agierenden wie einflußlosen Kieler Wirtschaftsminister blicken können, und dachte sich zudem noch etwas ganz Originelles aus. Dieselbe Fraktion, die uns im Dezember noch Heuchelei vorwarf, stellt im Januar nun einen **Berichtsantrag** zur Zukunft der Schiffbauindustrie, dem wir natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, zustimmen werden, denn auch wir sind natürlich auch daran interessiert zu hören, was sich in der Schiffbauindustrie im Lande tut.

Ich hätte allerdings einige Fragen an den Antragsteller hinsichtlich der Formulierung des Antrages. Da heißt es doch tatsächlich: „Dieser Bericht soll konzeptionelle Vorstellungen insbesondere über folgende Fragestellungen enthalten: Stand und Ergebnisse der Bemühungen...“ Ich frage mich: Wie soll man konzeptionelle Vorstellungen vom Stand und zu den Ergebnissen der Bemühungen haben?

(Bernd Saxe [SPD]: Warten Sie es doch ab!)

Sprachlich ist das für mich ziemlich schwer nachzuziehen.

Aber sieht man einmal davon ab, dann muß ich mir noch die Frage stellen: Geht es bei diesem Antrag nun um konzeptionelle Vorstellungen der Landesregierung - die Landesregierung soll ja berichten -, oder geht es möglicherweise um konzeptionelle Vorstellungen der Schiffbauindustrie? Das hätte ich ganz gern gewußt.

(Bernd Saxe [SPD]: Beides! - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Je nachdem, wie man diese Frage beantwortet, wäre dann natürlich auch sofort die nächste Frage zu stellen: Soll denn nun die **Landesregierung** der **Schiffbauindustrie** sagen, wie es weitergehen soll, oder sollen uns die Werften erzählen, wie es bei ihnen weitergeht? Die Ansätze sind - ich sage das jetzt etwas scherzhaft - durchaus unterschiedlich; das eine wäre der uralte industriepolitische Ansatz der Sozialdemokraten, und das andere, die Industrie selbst zu fragen, wie sie ihre Zukunft sieht, wäre eigentlich eher unser Ansatz.

Wir werden - das habe ich bereits gesagt - dem Antrag zustimmen. Wir werden dann den Bericht auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit diskutieren. Ich hoffe, daß der bisher jedenfalls sehr gute Dialog, den wir mit unseren schleswig-holsteinischen Werften und mit der Schiffbauindustrie insgesamt hier im Hause geführt haben, dann auf diesem Wege auch weitergeht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat mit seinem Beschluß zum Haushalt 1999 eine neue Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 30 Millionen DM für die **Wettbewerbshilfe** für die **Werften** in Schleswig-Holstein mit einem Sperrvermerk „Freigabe durch den Finanzausschuß“ in den Etat eingestellt. Damit können Aufträge für die Jahre 2001 bis 2003 akquiriert werden.

Es ist bekannt, daß der grünen Fraktion die Zustimmung dazu nicht einfach gefallen ist, denn der Landesanteil an der Wettbewerbshilfe macht über die Hälfte der gesamten Wirtschaftsförderung durch unsere Regierung aus. Und das ist ein Problem.

Wenn man sich diesem Problem nicht stellt und so tut, als sei es eine böse Schikane der Landesregierung gegenüber den Werften, daß über die Frage nachgedacht wird,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir tun nicht so, das ist so!)

daß das Land nicht die volle Summe abdeckt, wie sie vom Bund bereitgestellt wird, dann wird man - so glaube ich - den Realitäten in diesem Land nicht gerecht.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Werftindustrie ist eine wichtige Industrie in diesem Land. Wir halten den Schiffbau für einen modernen Industriezweig mit großer Bedeutung für die Zukunft, und wir glauben, daß die Schifffahrt ein umweltverträgliches Verkehrsmittel ist. Wir müssen aber arbeitsmarktpolitisch zur Kenntnis nehmen, daß die **Schiffbauindustrie** einschließlich der Zuliefererindustrie in Schleswig-Holstein nur 1,5 % der Arbeitsplätze ausmacht - so die Zahlen des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik -, während demgegenüber viele andere Wirtschaftszweige wie zum Beispiel der Tourismus die zehnfache Bedeutung haben, und daß trotzdem dieser eine Wirtschaftszweig die Hälfte aller **Wirtschaftsförderungsmittel** bekommt. Das ist ein Ungleichgewicht, das jeden mit Sorge erfüllen sollte, der sich mit der Wirtschaftspolitik dieses Landes beschäftigt, und das uns nachdenken lassen muß, ob wir daran etwas ändern können, und wenn ja, was wir daran ändern können.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da hat er recht!)

(Karl-Martin Hentschel)

Wir von der grünen Fraktion haben uns in der letzten Zeit sehr stark mit den Werften auseinandergesetzt, haben eine Reihe von Werften besucht. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß die Werften wichtige Industriekerne sind, daß gerade die kleinen Werften wie Hitzler in Lauenburg, Hugo Peters in Wewelsfleth und die Husumer Schiffbauwerft von wichtiger regionalpolitischer Bedeutung sind,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

weil sie häufig die letzten industriellen Kerne in der Region sind. Wir haben den Eindruck bekommen, daß die Werftindustrie in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es handelt sich nicht um rückständige, altmodische Industrien, sondern um hochmoderne Produktionszweige.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Werften in Schleswig-Holstein, auch die kleinen, existieren nur deswegen noch, weil sie weltspitze sind. Das muß man ganz eindeutig sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Sonst hätten sie keine Chance.

Zugleich haben wir die Situation, daß der Markt im Schiffbau durch die hohen **Subventionen** in anderen Ländern, insbesondere in Ostasien, hochgradig verzerrt ist. Solange das so ist, werden wir in Schleswig-Holstein nicht einseitig aus der Wettbewerbshilfe aussteigen können. Wir sehen es aber als richtig an, daß es eine Abstufung gibt. Die höchsten Subventionen werden zur Zeit in Süd-Korea gezahlt. Das ist bekannt. Es ist schade, daß der Weltwährungsfonds die Kredite noch einmal ohne Bedingungen gewährt hat, so daß Süd-Korea weiterhin produzieren kann, ohne die Kredite zu bedienen.

Das internationale Abkommen ist gescheitert, aber nicht an Süd-Korea, sondern an den USA, weil die USA riesige Kriegswerften aus der Zeit des kalten Krieges haben, die sie heute weiter subventionieren. Man muß auch sehen, welche Probleme die Rüstungsindustrie in diesen Dimensionen aufwirft, wenn anschließend die Notwendigkeiten abnehmen. Das ist ein Problem, das wir nicht aus den Augen verlieren sollten - gerade auch angesichts der Situation der schleswig-holsteinischen Werften nicht.

Wir haben in der EU eine maximale Förderung von 9 %, wir haben in Deutschland eine maximale Förde-

rung von 7 %, und wir liegen in Schleswig-Holstein in der Gesamtförderung deutlich darunter. Das heißt, wir fördern in Schleswig-Holstein weniger. Ich glaube, daß die schleswig-holsteinischen Werften trotzdem gut dastehen, weil sie in den letzten Jahren auch gezwungen waren, sich der Produktivität zu stellen.

Wir haben aber auch mitbekommen, daß wir im Moment eine ausgesprochen kritische Lage durch die Entwicklung in Ostasien, mit der Abwertung der koreanischen Währung haben. Deswegen müssen wir mit sehr viel Sorge beobachten, was in den nächsten zwei Jahren passieren wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluß.

Wir haben diesen Antrag deswegen gestellt, weil ich glaube, daß es für die Parlamentarier in diesem Land, die diese enormen Geldmittel für die Werfthilfe zur Verfügung stellen, eine Selbstverständlichkeit sein muß, daß sie über den Stand der Werftindustrie und über die Perspektiven umfassend informiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke, für die semantischen Bemerkungen zum Antrag, die ich mit Interesse gehört habe. Sie haben natürlich völlig recht, man hätte ihn grammatikalisch oder semantisch besser formulieren können. Wir haben da noch zu lernen. Aber in der Sache sind wir uns einig, und darüber freue ich mich. Deswegen hoffe ich, daß wir trotz dieser kleinen Mängel den Antrag verabschieden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht nur bedauerlich, daß Regierungen dann, wenn sie Opposition geworden sind, die besten Ideen bekommen, es ist auch bedauerlich, wie schnell Regierungen ihre alten Forderungen aus Oppositionszeiten vergessen. Anders kann der SSW die Haltung des neuen Wirtschaftsministers der rot-grünen Bundesregierung zur gerechten Verteilung der **Wettbewerbshilfe** zwischen dem **Bund** und den **Ländern** nicht bewerten.

Der SSW kritisiert schon seit Jahren die Entscheidung der damaligen CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung, den Anteil des Bundes an der Wettbewerbshilfe für die Werften so zu reduzieren, das heute nur noch ein Drittel der Mittel aus Bonn kommen und die Länder zwei Drittel aufbringen müssen.

Wir bleiben dabei: Es ist eine nationale Aufgabe, den Schiffbau als strategische Industrie zu fördern und somit die **Existenz der Werften** zu sichern. Das heißt für uns: Einen Rückzug des Bundes aus der nationalen Aufgabe der Schiffbauförderung darf es nicht geben.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Deshalb sollte sich der Bund zumindest mit 50 % am Wettbewerbshilfeprogramm beteiligen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.], Günter Neugebauer [SPD] und Bernd Saxe [SPD])

Das wäre aus unserer Sicht eine faire Lastenverteilung und würde der Schiffbauindustrie in unserem Lande eine hundertprozentige Ausnutzung der möglichen Werftenhilfe sichern.

(Unruhe)

Das nur vorweg zum vorliegenden **Berichts Antrag** über die Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein! Den Berichts Antrag, mit dem der Wirtschaftsminister aufgefordert wird, unter anderem über den Stand der Bemühungen der Werften um die Umsetzung innovativer Schiffskonzepte und deren Marktfähigkeit Auskunft zu geben, können wir natürlich unterstützen; denn auch der SSW ist daran interessiert, daß wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Zukunft dieses wichtigen Wirtschaftsbereiches mitgestalten können. Denn eines ist klar: Der hochqualifizierte und spezialisierte Schiffbau ist ein nicht zu entbehrender Wirtschaftszweig, insbesondere auch im Landesteil Schleswig.

(Anhaltende Unruhe)

Auch dem zweiten Teil des Berichts Antrages, in dem dazu Stellung genommen werden soll, wie nach einem EU-weiten Auslaufen der Wettbewerbshilfen die Werften in Schleswig-Holstein in die Lage versetzt werden können, mittelfristig aus eigener Kraft am Markt bestehen zu können, sehen wir mit Interesse entgegen. Ein Abbau der Subventionen ist im Prinzip natürlich wün-

schenswert, aber wir dürfen uns nichts vormachen: Solange alle wichtigen Schiffbauländer ihre Werftindustrie finanziell unterstützen, muß auch die **Werftenhilfe** für den deutschen Schiffbau fortgeführt werden. Auch ich habe der Presse entnehmen können, was in Korea läuft.

Sonst wäre die **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Werftindustrie in Gefahr, die sich nach einer Studie des Bremer Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik zur Zeit nicht schlecht darstellt: Trotz scharfer Konkurrenz behauptet sich Deutschland weiter in der Spitzengruppe der größten Schiffbaunationen der Welt und ist weltweit das dritt wichtigste Schiffbauland für Handelsschiffe.

(Anhaltende Unruhe)

Die meisten schleswig-holsteinischen Werften - ich sage das nicht nur, weil das von mir erwartet wird, sondern ich tue das gern; ich denke insbesondere an die Husumer Werft und die Flensburger Schiffbaugesellschaft - sind im Prinzip ohne **Subventionen** wettbewerbsfähig. Aber solange die **Werftindustrie** nicht nur in Europa, sondern weltweit subventioniert wird, muß die Wettbewerbshilfe für die Werften weiter gezahlt werden. Sonst werden unsere Werften gegenüber anderen Werften in Europa, die im Durchschnitt mit sehr hohen Quoten des Gesamtverkaufspreises bezuschußt werden, nicht mehr konkurrenzfähig sein. Gerade die mittelgroßen Werften benötigen den vollen Betrag von 100 % Werftenhilfe, um Aufträge und Arbeitsplätze auch für die Zukunft zu sichern.

Ich freue mich darüber, daß wir über diesen Antrag einvernehmlich beschließen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, lassen Sie mich aus einer Presseinformation der schleswig-holsteinischen Bundes-

(Minister Horst Günter Bülc)

tagsabgeordneten Austermann, Börsen und Koppelin kurz einen Satz zitieren.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Gute Leute!)

Hierin heißt es:

„Eine Veränderung der Anteile von Bund und Ländern ist nicht vorgesehen. Schiffbauhilfe ist vorrangig regionale Wirtschaftspolitik.“

Deswegen wurde bereits 1996 der Verteilungsschlüssel geändert und angewendet.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört! - Bernd Saxe [SPD]: Aha! - Unruhe)

Es zeigt sich, daß wir die Diskussion über die Zukunft der Werften alljährlich führen. Dabei sind die Sachverhalte ähnlich wie in den vergangenen Jahren.

(Zuruf von der CDU)

- Die Presseinformation ist vom 26. Juni 1998.

Zunächst in aller Kürze noch einmal die **Rahmenbedingungen!** Nach den EU-rechtlichen Rahmenbedingungen dürfen die Wettbewerbshilfen nur noch für die Akquisitionsjahre 1999 und 2000 gewährt werden. Internationale Bemühungen, Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau zu beseitigen, sind gescheitert. Mit einer Ratifizierung des OECD-Abkommens durch die USA rechne ich nicht mehr.

(Anhaltende Unruhe)

Damit fehlen uns internationale Absprachen zur Beseitigung von **Preisdumping**, das auf der weltweiten Schiffbaubühne im Augenblick durch die fernöstlichen Schiffbauländer übermäßig betrieben wird.

Wie Sie alle wissen, hat der **Bund** im Rahmen des **Wettbewerbshilfeprogramms** seit 1992/93 die Lastenverteilung zunehmend auf die **Länder** verschoben. Die ursprüngliche Aufteilung von einem Drittel zu zwei Dritteln ist jetzt umgekehrt. Das bedeutet einschließlich der letzten Tranche der Wettbewerbshilfe eine Minderung des Bundesanteils um rund 560 Millionen DM zu Lasten der norddeutschen Küstenländer. Dieser Rückgang ist im übrigen - wie schon durch das Zitat belegt - von der alten CDU/F.D.P.-Bundesregierung zu vertreten.

Der Sachverhalt war schon mehrfach Gegenstand von Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum des Landtages. Dabei herrschte immer Einigkeit darüber, daß dieser Zustand wieder geändert werden soll.

(Vereinzelter Beifall)

Alle Aktivitäten hierzu verliefen jedoch im Sande. In den parlamentarischen Diskussionen um die Forderung nach mehr Engagement betreffend Fortführung und Neuverteilung der Lasten dieses Programms habe ich Ihnen am 9. Dezember 1998 dargelegt, daß ich Bundeswirtschaftsminister Müller gebeten habe, auf eine Erhöhung des Bundesanteils hinzuwirken. Dieser Vorstoß verlief negativ.

Gleichwohl habe ich einen letzten Versuch unternommen und alle Bundestagsabgeordneten Schleswig-Holsteins angeschrieben mit dem Ziel, sich für die Werften einzusetzen. Möglicherweise gelingt es über diese parlamentarische Schiene doch noch, sowohl für das Land als auch für unsere Werften mehr herauszuholen.

(Anhaltende Unruhe)

Nach letzten Informationen wird der **Bund Haushaltsmittel** für eine weitere Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms für die Werften zur Verfügung stellen, wobei die Höhe noch offen ist. Der Regierungsentwurf sieht zur Zeit einen neuen Ansatz von 50 Millionen DM vor, der nach den Erfahrungen der letzten Jahre jedoch noch im Laufe der Haushaltsberatungen aufgestockt werden könnte.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung der Koalitionsfraktionen beziehungsweise des Schleswig-Holsteinischen Landtages, weitere 30 Millionen für die siebente Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms zugunsten der schleswig-holsteinischen Werften einzusetzen. Diese neuen Mittel versetzen unsere Werften in die Lage, 1999 zusätzliche Aufträge für die kommenden Jahre zu akquirieren. In welchem Umfang dies der Fall sein wird, hängt von der Höhe der Beteiligung des Bundes ab. Selbst bei dem bisher ungünstigen Verteilungsschlüssel wären das immer noch 45 Millionen DM, was einem denkbaren Auftragsvolumen von 750 Millionen DM entspräche.

Ich sehe es als eine Bestätigung unserer Politik an, daß sich die schleswig-holsteinischen Werften im Vergleich zu denen in anderen Ländern bisher gut behauptet haben

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

und der Arbeitsplatzabbau wesentlich moderater verlief als anderswo.

Ich kann verstehen, daß der **Landtag** angesichts der großen Summen, um die es bei der **Wettbewerbshilfe** geht, über Lage und Weiterentwicklung unserer Werften grundsätzlich diskutieren will und daß vom Wirtschaftsminister ein Bericht über die Zukunft der

(Minister Horst Günter Bülck)

Werften gefordert wird. Diesem Wunsch komme ich gern nach.

Im Hinblick auf die umfangreichen Vorarbeiten, in die die Interessenverbände und die Werften einzubinden sind, ist die angegebene Frist allerdings äußerst knapp bemessen. Ich werde das für die nächste Woche vorge-sehene Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Werften, dem Verband Schiffbau und Meerestechnik und der IG Metall nutzen, ihnen Gelegenheit zu einer ersten Einschätzung des umfangreichen Fragenkatalogs zu geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, SSW und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ist Ausschußüberweisung beantragt?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer dem vorgelegten Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen! Als letzten Tagesordnungspunkt heute rufe ich Tages-ordnungspunkt 19 auf - eine kurze Debatte ist zuge-sagt -:

Gleichbehandlung der Schularten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1333

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsaus-schusses

Drucksache 14/1871

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1901

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter, Herrn Abge-ordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Aus-schuß hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluß vom 26. März 1998 überwiesenen Antrag am 7. Mai und 17. Dezember 1998 befaßt.

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion, die Nummern 1 und 2 des Antrages für erledigt zu erklären, und mit fünf Stimmen von CDU und F.D.P. gegen vier Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er, Nummer 3 des Antrages anzunehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Erfolgserebnisse müssen sein! - Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Wir können in die Debatte einsteigen. Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden sicherlich verstehen, daß wir zu diesem Tagesord-nungspunkt auf eine Aussprache nicht ganz verzichten können. Ich kann verstehen, daß Sie keine Lust auf eine Debatte haben, in der nur noch einmal das Für und Wider dargelegt wird - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun kommen Sie bitte zur Sache!

Jost de Jager [CDU]:

Ja! - Ich freue mich, daß ich die Gelegenheit habe - Herr Präsident, soviel Zeit muß sein -, kurz auf Punkt 3 hinzuweisen. Es ist ein alter Antrag der CDU in zwei-erlei Hinsicht. Es ist nämlich zum ersten eine alte For-derung von uns, und es ist zum zweiten ein Antrag, der mittlerweile ein Jahr alt ist. Auch, wenn die Forderung nicht tauf frisch ist: Wir werden sie immer wieder erhe-ben, weil das dahinterstehende Anliegen richtig ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir tun dies mit der gleichen Stetigkeit und Verläß-lichkeit, wie Sie, meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, unsere Anträge, ohne sich inhalt-lich ernsthaft damit zu befassen, sozusagen ritualmäßig ablehnen.

Zur Chronologie: Der Antrag wurde im März 1998 eingebracht und dem Bildungsausschuß überwiesen. Dort schmorte er die Haushaltsberatungen hindurch und sollte im Dezember letzten Jahres zur Abstimmung gestellt werden. Leider war es den Regierungsfraktio-nen nicht möglich, trotz der spannenden Abstimmung vollzählig teilzunehmen, so daß der Ausschuß den Antrag hinsichtlich der **Angleichung der Unterrichts-verpflichtung** zustimmte. Für uns ist das immerhin ein gradueller Fortschritt. Üblicherweise werden unsere Anträge gleich abgeschmettert. Jetzt

(Jost de Jager)

haben wir es immerhin bis zur Beschlußempfehlung geschafft.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter de Jager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Jost de Jager [CDU]:

Ja!

Jürgen Weber [SPD]: Herr Kollege de Jager, können Sie mir erklären, wie Sie folgende Fakten zusammenbringen: nämlich auf der einen Seite Ihre Aussage, daß wir all Ihre Anträge ohne intensive Diskussion ablehnten, und auf der anderen Seite die Tatsache, daß keine Bildungsausschußsitzung kürzer als viereinhalb Stunden war?

(Heiterkeit und Beifall)

- Lieber Kollege Weber: a) habe ich nicht „intensiv“ gesagt, sondern „ernsthaft“! Länge muß nicht immer etwas mit Ernsthaftigkeit zu tun haben.

(Widerspruch bei der SPD - Heiterkeit)

b) ist mein Eindruck, daß seit Oktober vergangenen Jahres die Länge der Ausschußsitzungen spürbar abgenommen hat.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Länge meiner Ausführungen könnte spürbar kürzer sein, wenn ich hier zum Schluß käme. Sie werden aber sicherlich Verständnis dafür haben, daß ich weitermache.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich etwas beruhigen. Sonst müssen wir eine Pause einlegen.

Jost de Jager [CDU]:

Wir sind uns bewußt, daß Sie erneut den Versuch unternehmen werden, uns zu überstimmen. Herr Astrup, ich gebe Ihnen allerdings den Tip: Zählen Sie erst einmal durch!

(Heiterkeit - Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Habe ich schon!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, ich verstehe völlig, daß Sie die peinliche Abstimmungspanne im Bildungsausschuß nutzen, um hier

eine Attacke zu fahren. Ich entschuldige mich ausdrücklich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß zwei von uns zwischendurch rausgegangen sind. Insofern müssen wir die Abstimmung jetzt korrigieren.

Ich will nur ganz kurz sagen: Wenn ich sage „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, wie es die Gewerkschaften fordern, ist festzuhalten: Das ist nicht einmal bei Gesamtschulen so. Wenn die jetzt bei gleicher Arbeitsbelastung unterschiedlich lange Arbeitszeiten haben sollen, halte ich das schlichtweg für unglaublich.

Im übrigen: Wenn Sie schon eine **Gleichbehandlung der Schularten** fordern, verweise ich darauf, daß die Grund-, Haupt- und Sonderschullehrer bei der Unterrichtsverpflichtung im Bundesvergleich an zehnter Stelle stehen. Setzen Sie sich doch einmal für die ein, anstatt ständig Attacken gegen die Gesamtschulen zu reiten!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zu der Panne ist alles gesagt worden, was nötig ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt „Panne“?)

Zu der normalen Länge der Bildungsausschußsitzungen ist auch alles gesagt worden, was nötig war. Mein Kompliment an Herrn de Jager: Seit er die Sache für die CDU verantwortlich managt, hat sich da eine deutliche Änderung ergeben,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

was der Intensität und Ernsthaftigkeit der Arbeit - Herr de Jager, da bin ich jetzt ein bißchen gekränkt - gar keinen Abbruch tut. Ich jedenfalls gebe mir regelmäßig Mühe

(Unruhe)

(Irene Fröhlich)

- auch jetzt möchte ich Sie eigentlich erreichen -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Jetzt weiß ich, warum die Bildungsausschußsitzungen so lange dauern!)

Ihren Vorschlägen und Anträgen ernsthaft und aufmerksam zu folgen.

Aber ich sage einmal folgendes: Der 1021. Folge des 1091. Antrags, die Gesamtschule abzuschaffen, kann ich nun einmal nicht zustimmen. Deswegen bitte ich Sie, ein Einsehen zu haben.

An den **Gesamtschulen** soll keineswegs mehr Arbeit geleistet werden, sondern die Arbeit soll das gleiche Maß haben wie an anderen Schulen. Ich denke, daß wir diesem Antrag dann zustimmen können. Ich verweise darauf, daß wir uns verständigt haben, eine Arbeitszeitkommission ins Rennen zu schicken, um eine höhere Effizienz der Unterrichtsleistung in Schleswig-Holstein sicherzustellen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse!)

Ich hoffe, daß aus dieser Kommission vor Ende der Legislaturperiode ein brauchbarer Vorschlag kommt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Damit rechne ich eigentlich nicht!)

Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wenn Sie sich zu kurz fassen, besteht die Gefahr, daß ich noch den Waldbericht aufrufe.

(Heiterkeit)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug. - Das ist nicht gewünscht.

Dann erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich glaub', ich steh' im Wald!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liege Kolleginnen und Kollegen! Ich werde dem Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Damit erteile ich der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort. - Das sieht auch nach Kürze aus.

(Heiterkeit)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich kann auch ohne Manuskript länger reden, Herr Präsident! - Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Erstens: Ich will, was die Länge der Bildungsausschußsitzungen angeht, Herr Kollege Weber und Herr Kollege Klug, in Zukunft gern meinen Teil dazu beitragen, daß sie konzentriert und trotzdem konstruktiv ablaufen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Sie haben hier sicherlich eine Debatte gefordert, weil Sie zwar die Argumente schon alle gehört haben, aber noch nicht von mir. Ich will Ihnen zumindest folgendes sagen. Ich nehme mit einer gewissen Genugtuung und Aufmerksamkeit zur Kenntnis, daß zwei Ihrer Forderungen, die Sie noch vor einem Jahr hier vehement verteidigt haben, nämlich die sofortige Übertragung von Stellen - was Auflösung von Integrationsmaßnahmen, Auflösung von Ganztagsbetrieb an drei Viertel aller **Gesamtschulen** bedeutet hätte - haben fallen lassen.

(Ursula Röper [CDU]: Nein!)

- Jedenfalls haben Sie im Ausschuß anders abgestimmt. Gut! Ich nehme eine gewisse Entspannung zur Kenntnis, was die festgefahrene Betonposition in Sachen Gesamtschule in Ihrer Partei angeht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Herr Rüge tut sein Bestes dazu!)

Das nehme ich mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis, weil das zum Schulfrieden im Land beitragen kann.

Eine zweite Bemerkung kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Versuchen Sie einmal, nicht immer alle statistischen Daten einfach auszublenden, die Gesamtschulen angehen, und gucken Sie sich nur ein Datum an: Das ist die Zahl derjenigen, die die Gesamtschulen im Vergleich zum übrigen Schulsystem ohne Schulabschluß verlassen. Die Prozentzahl liegt um fast die Hälfte niedriger als in anderen Schularten.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich weiß, womit Sie gleich wieder kommen. Sie kommen gleich wieder mit Qualität und so.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Eines sage ich Ihnen: Ich scheue den Vergleich von **Qualität von Abschlüssen** an Gesamtschulen und von Abschlüssen im übrigen Schulsystem überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Denken Sie einmal daran, was es heutzutage für junge Menschen bedeutet, ohne Schulabschluß aus der Hauptschule oder gar der Realschule abzugehen, und daran, welche Chancen sie dann auf dem Arbeitsmarkt haben - beziehungsweise nicht haben! Dann sollten Sie einmal überlegen, ob Sie solche Daten nicht auch einmal unter dem ganz simplen Gesichtspunkt einer Kosten-Nutzen-Rechnung betrachten.

(Ursula Röper [CDU]: Gucken Sie sich mal die Stundenzahl an der Hauptschule an! - Beifall bei der SPD)

Dazu rate ich Ihnen. - Zur Hauptschule, dazu, daß wir sie stärken wollen, haben wir hier Gott sei Dank gemeinsam Stellung bezogen, Frau Röper! Nun verlassen Sie diesen Konsens nicht wieder!

(Ursula Röper [CDU]: Es ändert sich ja nichts!)

Es tut mir leid, daß ich zum Schluß vielleicht noch etwas Ernstes habe sagen müssen.

(Ursula Röper [CDU]: Es tut uns auch leid!)

Herr Kubicki, auch Ihnen konnte ich das nicht ersparen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich höre Sie immer gern!)

Ich denke, daß wir diese Debatte damit vorläufig etwas befriedet und auch beendet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung und komme zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 14/1901, der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen. Auch wenn unsere Rituale nach außen nicht immer verständlich sein mögen, muß ich trotzdem folgendes noch machen: Ich lasse über den Ursprungsantrag, Drucksache 14/1333, in der Fassung des angenommenen Änderungsantrages, Drucksache 14/1901, abstimmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Nein, nein!)

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Ursprungsantrag in der geänderten Fassung mit demselben Stimmenverhältnis angenommen worden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Herr Präsident, die Beschlußempfehlung muß zur Abstimmung gestellt werden!)

- Nein, das ist erledigt, Herr Kollege!

Ich habe nur noch bekanntzugeben, daß die nächste Tagung des Landtages am 24. Februar 1999 beginnt. Ich wünsche allen ein schönes Wochenende!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17:52 Uhr